



20. Heft | 4. Oktober 1916

WILHELM KOLB · WAS NUN?

MAN konnte nicht damit rechnen, daß die Reichskonferenz den Streit schlichten würde, der das organisatorische Gefüge der sozialdemokratischen Partei in seinen Grundfesten erschütterte und zur Spaltung der parlamentarischen Vertretung der Partei geführt hat. Sie hat es auch nicht getan. Nichtsdestoweniger kommt ihr eine erhebliche Bedeutung zu. Ihre politische Bewertung hängt allerdings in allererster Linie davon ab, welche Konsequenzen Parteileitung und Reichstagsfraktion aus ihrem tatsächlichen Ergebnis ziehen werden.

In den Verhandlungen der Konferenz ist der Kern der tiefgehenden Differenzen kaum berührt worden. Mit peinlicher Vorsicht gingen insbesondere die Mitglieder des Parteivorstands an dem innern Problem der Sozialdemokratie vorbei, das doch mit elementarer Gewalt zu einer Entscheidung drängt. Der Krieg hat die Krise der Sozialdemokratie nicht hervorgerufen, er hat nur ihren Verlauf beschleunigt. Solange sich die Partei gegen diese Erkenntnis stemmt, ist es auch nicht möglich einer wirklichen Fortsetzung der Politik des 4. August die Wege zu ebnen. Die Mehrheit für diese Politik wäre wahrscheinlich noch viel größer gewesen, wenn man sich ein Jahr früher zu einer Auseinandersetzung entschlossen und nicht statt dessen die mehr als bedenkliche Taktik der Konzessionen an die Minderheit betrieben hätte, mit der man dieser den Wind aus den Segeln nehmen zu können glaubte. Die Erfahrungen des zweiten Kriegsjahrs haben zur Evidenz bewiesen, daß diese Taktik völlig verfehlt war und nur dazu beigetragen hat die Basis zu unterminieren, auf der die Politik des 4. August ruht. Wenn diese Politik nur in dem Bekenntnis zur Pflicht der Vaterlandsverteidigung bestände, dann hätte der Konflikt gar nicht solche Dimensionen annehmen können. Denn über diese Pflicht besteht ja, abgesehen von der kleinen Gruppe der Internationalisten, innerhalb der Partei, wie sich aus den Konferenzverhandlungen ergab, keine Meinungsverschiedenheit. Nicht das Prinzip der Vaterlandsverteidigung an sich bildet den Streitpunkt, sondern die logische Konsequenz, die sich daraus ergibt: die positive Stellung gegenüber dem heutigen Staat. In der Tat läßt sich die Bewilligung der Kriegskredite nur dann wirklich begründen, wenn man sich auf den Boden einer konsequent behandelnden Staatspolitik stellt. Hält man sich für verpflichtet den Brand zu löschen, wenn er ausgebrochen ist, dann ist es ein Unsinn, wenn man sich der Verpflichtung entziehen will dafür zu sorgen, daß das Haus gegen Brandgefahren überhaupt gesichert wird. Bewilligt man die Kriegskredite, so kann man logischerweise das Gesamtbudget nicht ablehnen.

Die Sozialdemokratie kann sich künftig bei den Wehrfragen unmöglich mehr so verhalten wie vor dem 4. August 1914. Das besagt selbstverständlich keineswegs, daß sie nun kritiklos jeder Militär- und Marineforderung ihre Zustimmung geben muß. Nein, die Kritik ist nach wie vor sehr vonnöten, nur muß sie von anderen Gesichtspunkten ausgehen. Wir dürfen diese Staatsnotwendigkeiten nicht mehr negieren, müssen sie vielmehr als unsere eigenen erkennen und ihr System zu verbessern und zu vervollkommen suchen. Das gleiche gilt für die Kolonialpolitik. Wenn man die Zurückgabe der vom Kriegsgegner besetzten Kolonien verlangt, dann kann man auch in Zukunft sich diesen Kolonien gegenüber nicht mehr ablehnend oder auch nur gleichgültig verhalten. Aber auch die Steuer- und Wirtschaftspolitik unserer Partei muß einer umfassenden Neuordnung unterzogen werden. Mit unserer mehr oder minder radikalen Ablehnung aller indirekten Steuern werden wir in Zukunft nicht mehr fortfahren können. Wir werden dann auch einsehen, daß der Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern, der doch nur die Erhebungsart, nicht die ökonomische Wirkung kennzeichnet, nur eine Frage zweiten Grades ist. Und auch in der Behandlung der gesamten Wirtschaftsprobleme kann nach den Erfahrungen dieses Krieges die einseitige Konsumentenpolitik, wie sie bisher von der Sozialdemokratie betrieben wurde, nicht mehr fortgesetzt werden. Es ist eben jetzt sinnfällig geworden, daß die Arbeiterklasse neben ihren Konsumenteninteressen gewaltige Produzenteninteressen hat, ja, daß diese auf die Dauer die wichtigeren sind und letzten Endes jene mit umfassen. Von diesem Gesichtspunkt aus wird dann auch die Brücke von Stadt zu Land geschlagen. Wir müssen endlich zu einer wirklichen Agrarpolitik kommen, nicht zu Zwecken des Stimmenfangs bei der bäuerlichen Bevölkerung sondern aus Gründen der nationalen Selbsterhaltung, deren erstes, primitivstes Erfordernis die Pflege der heimischen Landwirtschaft ist.

Es ist überhaupt undenkbar mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg an die Wiedereinrichtung unserer Volkswirtschaft herantreten zu wollen, wenn man nicht den Mut besitzt dieser nationalen Notwendigkeit die Parteipolitik anzupassen. Will die Sozialdemokratie an der Lösung der großen Aufgaben mitwirken, die dem deutschen Volk nach dem Friedensschluß bevorstehen, so kann sie es nur in Gemeinschaft mit anderen Parteien. Eine Zusammenarbeit, die wirkliche Ergebnisse zeitigen will, ist aber auf der Grundlage der Beschlüsse, an die die Politik der Partei von früher her gebunden ist, unmöglich. Es wäre eine falsche Pietät, wollte man diese Beschlüsse formell aufrechterhalten, wenn sie faktisch längst ausgehöhlt sind. Das schafft eine unwahre Situation, die eine gerade Politik nicht zuläßt. Die Neuorientierung der Reichspolitik hat die politische Neuorientierung der Sozialdemokratie zur unerläßlichen Voraussetzung. Eben deshalb ist es auch ganz verkehrt die Lösung der Krise, die ihre tieferliegenden Ursachen in dem klaffenden Widerspruch zwischen einer falschen, unwissenschaftlichen, aber als bindend anerkannten Theorie und den täglichen Erfordernissen der politischen Praxis hat, bis nach dem Krieg verschieben zu wollen. Das ewige Parteidiplomatisieren ist wirklich alles andere als ein Ergebnis staatsmännischen Geistes. Es beendet doch den Konflikt nicht, es macht ihn chronisch. Diese Parteitaktik hat ja nun wirklich auf der ganzen Linie Schiffbruch erlitten.

Leider hat sich trotz dem 4. August auch bei der Mehrheit die Einsicht noch nicht völlig durchgesetzt, daß Agitation und Organisation nicht Selbstzweck sondern nur Mittel zu höheren Zwecken sind. Zu welchen Gefahren eine vorwiegend auf agitatorische Tageserfolge eingestellte Politik für die Arbeiterklasse und damit auch für die Sozialdemokratie selbst führt, das wissen diejenigen, die bei der Lebensmittelversorgung selber mitarbeiten. Diese Agitation hat die Massen radikalisiert, ohne in der Sache selber auch nur einen Schritt weiterzuführen. Die Parteileitung will die Einheit um jeden Preis. Sie kann sie nur erreichen, indem sie alles vermeidet oder beseitigt, was bei der Opposition auf Widerstand stößt. Infolge dieser Methode wird aus der Partei nach und nach jede politische Substanz entfernt, und es bleibt nur die leere organisatorische Hülse. Dann aber ist auch diese, die der Parteileitung das Kostbarste dünkt, nicht mehr zu retten; denn sie hat für sich nicht mehr genügend Widerstandskraft, diese ist mit ihrer Funktion geschwunden. Durch Konzessionen an die Minderheit festigt man nicht die Mehrheit, sondern bewirkt man immer weitere Absplitterung. Die Leute des Sumpfes überzeugt man durch solche Haltung erst recht nicht; diese streben naturgemäß dem sich vergrößern, nicht dem sich verkleinernden Körper zu.

Der Agitation von links her kann eine verständige Parteileitung kein anderes Gegenmittel bieten als dies: daß sie Ergebnisse ihrer Politik aufweist. Eine Wirksamkeit großen Stils kann man aber nur entfalten, wenn man klar und offen sich zu einer einheitlich reformistischen Politik bekennt. Die Sozialdemokratie muß ihre politische Tätigkeit darauf einstellen, daß sie in immer größerem Maß die eigentliche Staatspartei der Zukunft wird, diejenige Partei, die zunächst im Gegenwartsstaat das erfüllt, was das Bürgertum unvollendet, ja in den ersten Anfängen gelassen hat, und die dann darüber hinaus den kapitalistischen Staat schrittweise sozialisiert. Auf dem Weg des Reformismus muß es gelingen der deutschen Arbeiterklasse den Einfluß auf das Staatswesen zu verschaffen, auf den sie ihrer Zahl und ihrer Produktivkraft nach berechtigten Anspruch hat. Nur auf diesem Weg wird es überhaupt möglich sein die schweren Folgen des blutigen Völkerringens für das ganze Volk auszugleichen.

Wenn die jetzige Mehrheit der Sozialdemokratie weiterhin nichts mehr sein will als die Mehrheit, dann wird sie sehr bald die Minderheit sein. Die Einheit der Partei in der alten Friedensweise, die auf geregelterm Instanzenweg, ohne Zuhilfenahme der Politik, jederzeit wiederhergestellt werden konnte, wo sie gefährdet schien, ist heute nur noch ein Phantasiegebilde. Sie besteht nicht mehr, weil die Voraussetzungen dafür fehlen. Die Erklärungen der beiden Minderheitsgruppen auf der Reichskonferenz lassen keinen Zweifel darüber, daß sie nicht gewillt sind sich auf der Basis des 4. August mit der Mehrheit zu verständigen. Sie können es auch verünftigerweise nicht, und wir müssen jede Folgerichtigkeit anerkennen. Von einem Willen zur Parteispaltung ist darum noch nicht die Rede. Es gibt hüben wie drüben kaum jemand, der solche Spaltung wünschte. Aber bei der Entscheidung über die Krise der Sozialdemokratie handelt es sich nicht mehr darum, was wir wünschen, sondern was die durch die innere, geschichtliche Entwicklung der Bewegung geschaffenen Tatsachen objektiv fordern, wenn die Partei nicht ein Trümmer-

haufen werden soll. In ihrem gegenwärtigen Zustand ist die Sozialdemokratie politisch nicht aktionsfähig. Sie muß es werden, wenn sie den Kern einer parlamentarischen Gruppierung abgeben will, auf die dann die Politik des Reichs und der Einzelstaaten eingestellt werden muß. Will die Sozialdemokratie die Parlamentarisierung und Demokratisierung des Deutschen Reichs, so darf sie diese nicht postulieren sondern muß sie durch eigene starke Kräfte in Verbindung mit anderen Gruppen, die zusammen eine arbeitsfähige Mehrheit abgeben, selber herbeiführen. Noch ist es nicht zu spät. Die Mehrheit für die Politik des 4. August ist da. Sie kann im Volk noch viel größer sein als es nach dem Stimmenergebnis auf der Konferenz den Anschein hat. Ein großer Teil des politischen Kredits, den die deutsche Sozialdemokratie sich nach dem 4. August 1914 erworben hatte, ist durch Unentschlossenheit und Gehenlassen bereits verloren. Ein entschiedener Wille zu fruchtbarer Arbeit kann das Verlorene wiederbringen und darüber hinaus die dringenden Aufgaben der nächsten Zukunft, die in Wahrheit schon Aufgaben der Gegenwart sind, erfüllen.

Ob die deutsche Sozialdemokratie beim Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und bei der Neugestaltung der deutschen Politik in entscheidender Weise mitwirken wird, das hängt nicht von dem guten oder bösen Willen einer Regierung oder der anderen Parteien ab, das ist nur Sache ihres eigenen Willens, und sie kann die Verantwortung für die Zukunft auf niemand abwälzen. Die Sozialdemokratie der Zukunft wird politisch sein, oder sie wird nicht sein. Wenn die Reichskonferenz diese Alternative uns gezeigt hat, ist sie, obgleich äußerlich alles beim alten blieb, nicht vergebens zusammenberufen worden.

XX
**LUDWIG QUESSEL · MITTELEUROPA UND DIE
 OSTMÄCHTE**



EGEN die Ansicht, daß, wie die Dinge in den beiden Kriegsjahren sich nun einmal entwickelt hätten, der Anstoß zu einem kollektiven Verständigungsfrieden eher von Petersburg als von London zu erwarten sei, wendet sich Genosse Eduard Bernstein in sehr heftiger Weise.¹⁾ Er ist immer noch der Meinung (und diese findet auch weiterhin in unserer Partei zahlreiche Gläubige), daß eine eventuelle spätere Verständigung der verbündeten mitteleuropäischen Völker mit Rußland und Japan ein Bund mit den Mächten der Finsternis wäre. Nun ist es freilich richtig, daß Rußland und Japan zu den jüngsten Verfassungsstaaten der Welt gehören und ihre Verfassungszustände noch einen unfertigen Charakter aufweisen. Ist es aber wahr, daß nicht der Besitz demokratischer Einrichtungen sondern das Streben nach ihnen ein Merkmal freiheitlicher Gesinnung ist, so kann man die Russen und die Japaner, die sich in wenigen Jahrzehnten auf dem steinigen Weg der Demokratie ein gutes Stück vorwärts gearbeitet haben, vielleicht in weit höherem Maß als Vertreter des Selbstbestimmungsrechts der Völker ansehen als das in ererbten Formen lebende Angelsachsenentum, dessen demokratische Institutionen vielfach nur den Deckmantel für die Herrschaft einer Plutokratie abgeben. Überhaupt ist es charakteristisch, daß manche Genossen im

¹⁾ Siehe Bernstein Wohin?, in der Neuen Zeit, 1915-1916, 2. Band, pag. 678 ff.

Osten noch immer die schwärzeste Reaktion sehen. Für sie, die Sozialisten, scheint es keine historische Entwicklung zu geben. Bernstein zum Beispiel erscheint es geradezu als »eine gedanken- und gesinnungslose Behandlung der auswärtigen Politik« noch irgendwo anders als in England, dem Staat des Lichts, einen Aufstieg zur Demokratie zu entdecken. Nur so ist es zu verstehen, daß für ihn eine Annäherung an die Ostmächte faktisch das selbe bedeutet wie eine Verständigung mit der Reaktion. Denn was könnte aus dem Osten wohl Gutes kommen? Der »Weitblick«, den Bernstein vermißt, besteht also im Grunde darin den Ostmächten jede demokratische Entwicklungsmöglichkeit abzusprechen. Wie wenig solche Auffassung mit der durch den Weltkrieg offenbarten Wirklichkeit übereinstimmt, lehrt uns das Urteil Dr. Hans Vorsts, der sich im Berliner Tageblatt (also an einer der Hinneigung zum Osten gewiß nicht verdächtigen Stelle) über die zu erwartende demokratische Entwicklung Rußlands nach dem Weltkrieg wie folgt äußert:

»Aber dies läßt sich schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß die Reaktion in Rußland abgewirtschaftet hat, womit das größte Hindernis für die Entwicklung des Staates beseitigt ist. Während des Krieges hält sich der reaktionäre Kurs noch gerade mit Mühe und Not, weil die russische Öffentlichkeit sich scheut durch eine offene Machtprobe die augenblicklichen Gefahren des Staates noch zu vermehren. Aber nach dem Kriege ist die Reaktion unmöglich. Denn die sozialen Kräfte des Landes sind erwacht wie nie zuvor, sie sind organisiert und haben die Mittel in der Hand die Regierung auf den Weg zu zwingen, den sie als richtig erkannt haben.«²⁾

Vorst sieht eben im Osten nicht immer nur den Staat, sondern die Völker, die dahinter stehen. Gerade auf Bernsteins Behandlung des Ostens trifft der Vorwurf zu, den er gegen mich erhebt, daß ich bei meinen Betrachtungen über die Weltlage fast stets nur von Staaten und Ländern spreche, während die Völker nur nebenbei einmal Erwähnung finden. Genosse Bernstein sieht nämlich nicht die Völker des Ostens sondern nur deren Staat, und dieser erscheint ihm nicht als ein in der Entwicklung begriffener Organismus sondern als ein fester Kristall, der nach 100 Jahren noch sein wird, was er heute ist. Bei einer solchen Anschauung kann man freilich nichts vom Aufstrebenden wahrnehmen, da bleiben die östlichen Völker ewiger Verdammnis verfallen, und das Heil für Mitteleuropa liegt einzig und allein im Anschluß an den Westen (oder vielmehr an England; denn jene Kollektivbezeichnung, die scheinbar Frankreich mit gleicher Liebe umfaßt, ist nur eine irreführende Selbsttäuschung).

Worauf gründet sich nun der Westlerglaube, daß für uns am leichtesten eine Verständigung, die einen dauernden Frieden verbürgt, mit England zu erreichen wäre? Drei Gründe weiß Bernstein hierfür anzuführen: Erstens sei in England »Regierung und Volk mit dem größten Widerstreben in den Krieg eingetreten«, zweitens sei die antideutsche Strömung in England »neuern Datums«, und drittens sei diese nicht »in dauernden Tendenzen fundiert«. Es verlohnt sich auf diese Gründe näher einzugehen, weil die von Bernstein vertretene Auffassung in der Sozialdemokratie auch heute noch viele Anhänger hat.

Zum ersten Punkt erlaube ich mir Bernstein darauf aufmerksam zu machen, daß gerade die ihm besonders nahestehenden Kreise Englands darüber wesentlich anders denken als er. Es wird Bernstein wohl nicht unbekannt geblieben sein, daß diejenigen Engländer, die seit der ersten Marokkokrise

²⁾ Siehe Vorst Was wird aus Rußland?, im Berliner Tageblatt vom 20. September 1916.

die auf einen Krieg von Moskau bis zu den Pyrenäen bewußt und konsequent hinstuernde Politik der britischen Regierung bekämpften, sich gleich nach Ausbruch des Krieges unter dem Namen einer Union of Democratic Control eine besondere Organisation schufen, als deren Sekretär der berühmte Kämpfer für die Rechte der Kongoneger, der kolonialpolitische Schriftsteller E. D. Morel fungiert. Schon 2 Jahre vor Ausbruch des Krieges gab Morel ein Buch heraus, in dem er an der Hand eines umfangreichen Urkundenmaterials die von der britischen Diplomatie von 1904 bis 1912 betriebene Kriegspolitik resolut an das Licht der Öffentlichkeit zog und ihre auf den Weltkrieg hinstuernden Tendenzen vor aller Welt bloßlegte. Von diesem Buch ließ er zu Beginn des Jahres 1915 eine unveränderte neue Ausgabe erscheinen. Der Umschlag zeigt als Buchschmuck einen nackten Mann, der sich mit verbundenen Augen dem Rande eines Abgrundes nähert. Das Vorwort zur Neuauflage schrieb Genosse Ramsay MacDonald. Es heißt darin:

»Ich erinnere mich der unangenehmen Wirkung, die dieses Buch auf mich übte, als ich es vor 2 Jahren zum erstenmal las. Ich wollte nicht daran glauben, und doch waren seine Tatsachen so gebieterisch und seine Schlüsse so logisch, daß ich daran glauben mußte. Nie wurde die Unehre, die in diplomatischen Kreisen für Ehre gehalten wird, in erbarmungsloser Weise bloßgestellt. Die Ereignisse und die Politik, die hier dargelegt sind, bilden die Einführung in den gegenwärtigen Krieg.«³⁾

Die Anklage, die Morel und MacDonald gegen die britische Regierung erheben, daß sie mit vollem Bewußtsein seit 1904 an der Herbeiführung eines Koalitionskrieges gearbeitet habe, ist in England natürlich nicht unwiderrprochen geblieben. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß ihre Gegner bei der Verteidigung der Auslandspolitik der britischen Regierung lange nicht so weit gehen wie die deutschen Anglophilen. So gibt der Oxforder Universitätsprofessor und liberale Parlamentarier Gilbert Murray in einer Streitschrift gegen die Union für demokratische Kontrolle zu, daß die britische Regierung, als ihr Österreich-Ungarns Absicht wegen der Ermordung des Erzherzogpaares eine Strafexpedition gegen Serbien zu unternehmen bekannt wurde, leicht die Mittelmächte zu einem Rückzug vor Serbien hätte bringen können. Lloyd George brauchte nur, wie 1911 bei der zweiten Marokkokrise, eine Drohrede des Inhalts zu halten, daß eine Strafexpedition gegen Serbien England bestimmen werde an der Seite Rußlands und Frankreichs gegen die Mittelmächte zu fechten. Indem die britische Regierung das übliche diplomatische Mittel der Drohrede unterließ, habe sie, so meint Murray, Deutschland eine Falle (trap) gestellt, in die es denn auch hineingeraten sei. Wer nun weiß, daß Englands militärische Sachverständige mit dem französischen Generalstab bereits feste Vereinbarungen für den kommenden Krieg getroffen hatten, und daß diese Tatsache von der Northcliffepresse seit Jahren laut über den Kanal geschrien wurde, um in Frankreich die schon im Erlöschen begriffene Revanchestimmung neu zu entfachen, wird begreifen, daß die Union für demokratische Kontrolle die Behauptung der Ententediplomatie, sie mußte zur Verhinderung der Strafexpedition gegen Serbien in den Krieg eintreten, als eine dreiste Unwahrheit bezeichnet und mit Recht betont, daß England in einem gleichen Fall nie auf eine Strafexpedition verzichtet

³⁾ Siehe MacDonalds Vorrede zu Morel Ten Years of Secret Diplomacy and Unheeded Warning /London 1915/.

hätte, wofür man aus der britischen Geschichte zahlreiche Beispiele anführen könne. Wie kann nun Bernstein, der anderen vorwirft, sie stünden ganz und gar unter dem Einfluß der bürgerlichen Parteien, sich kritiklos die Argumente Sir Edward Greys zu eigen machen und mit diesem behaupten, die britische Regierung sei nur »mit dem größten Widerstreben in den Krieg eingetreten«?

Das zweite Argument: daß der Gegensatz zwischen England und Deutschland »neuern Datums« sei, beweist das Gegenteil dessen, was damit bewiesen werden will. Es ist leicht nachzuweisen, daß die antideutsche Strömung in England in dem Maß breiter und tiefer wurde wie die Milliarden der deutschen Ausfuhr anwachsen. Das führt uns sofort zum dritten Argument, daß nämlich der deutsch-englische Gegensatz nicht »in dauernden Tendenzen fundiert« sei. Ist denn der wirtschaftliche Wettbewerb Deutschlands auf allen Märkten der Welt eine vorübergehende Erscheinung? Gewiß ist es richtig, wenn Morel sagt, daß durch Erschließung der Neuländer und Intensivierung der Kolonialwirtschaft eine derartige Erweiterung der Rohstoffproduktion und der Absatzmöglichkeiten geschaffen werden könnte, daß England sich vor Deutschlands friedlichem Wettbewerb nicht zu fürchten brauchte und deshalb für England auch keine Notwendigkeit bestehe die industrielle und kommerzielle Konkurrenz Deutschlands in einem Kriegsbrand zu vernichten. Angesichts des ständig wachsenden deutschen Handels wäre aber die unvermeidliche Konsequenz dieser Politik der Verzicht Englands auf eine alle überragende Stelle unter den Handels- und Industrienationen gewesen. Gerade davon wollte jedoch nicht nur die englische Regierung sondern auch das englische Volk nichts wissen. Es war durch die deutsche Konkurrenz aus seinem ruhigen Behagen aufgescheucht und wünschte nichts sehnlicher herbei als die Wiederherstellung des faktischen Handels- und Industriemonopols, das England von 1815 bis 1870 (infolge der Vernichtung des französischen Wettbewerbs durch den großen Krieg gegen die Revolution und das Kaiserreich) tatsächlich besaß. Mit dem Wirtschaftsgegensatz war der machtpolitische verknüpft. War das Deutsche Reich weiterhin in der Lage seine Bevölkerung jährlich um eine Million zu vermehren und durch industrielle Arbeit den Wohlstand des Landes zu erhöhen, so mußte einmal der Augenblick kommen, wo Deutschland und Österreich-Ungarn die Vormacht im westlichen und mittlern Europa zugefallen wäre. Die Kontinentalvölker wären so von der britischen Suprematie befreit und die britische Politik der balance of power, die ehrliche Engländer einen Brutofen der Kriege genannt haben, ein für allemal lahmgelegt worden. Diesen Anspruch auf Vorherrschaft wollte aber das britische Reich nicht preisgeben, und so war ein Ausgleich zwischen England und Deutschland also tatsächlich unmöglich geworden. An diesen Gegensätzen hat der Krieg nichts geändert. Weder die Haltung der britischen Staatsmänner noch die Stellungnahme der englischen Presse läßt irgendeine Hoffnung zu, daß England von seinem Vernichtungswillen ablassen werde. Bernstein ist freilich der naiven Ansicht, die kleine Gruppe mutiger Männer, die sich um die Union für demokratische Kontrolle scharen, repräsentierten die eigentliche Meinung des britischen Volkes. In Wirklichkeit hat sich die Zahl der Anhänger des Verständigungsfriedens in England im Lauf des Krieges immer mehr vermindert, und sie sind immer

einflußloser geworden. Bei der überwältigenden Stärke ihrer Gegnerschaft können sie für die Herbeiführung eines Friedens, der dem deutschen Proletariat seine früheren Lebensmöglichkeiten sichert, gar nichts leisten.

Nach alledem muß man sagen, daß für eine Verständigung mit England die Voraussetzungen fehlen. Damit ist aber die Verständigung mit den Westmächten im Bernsteinschen Sinn vorerst überhaupt erledigt. Denn wenn unsere Anglophilen von den Westmächten sprechen, denken sie, wie ich schon oben andeutete, im Grunde immer nur an England. Das Schicksal Frankreichs ist ihnen gleichgültig. Gegenwärtig ist nun allerdings nicht daran zu denken, daß eine Verständigung mit Frankreich unabhängig von England zustande kommen könnte. Solange aber Frankreich mit Deutschland kämpft, wird es seine lateinischen Schwesternationen Italien und Rumänien an seiner Seite finden. Wer wie Bernstein glaubt, daß der Anstoß zum kollektiven Verständigungsfrieden im Westen erfolgen könnte, muß deshalb seine Blicke notwendigerweise nach London richten. Da man dort aber, wie ich zu zeigen versuchte, nicht an Verständigung sondern nur an Vergewaltigung denkt, wäre es für das deutsche Proletariat verhängnisvoll, wenn es sich von dem Bernsteinschen Trugbild weiter irreführen ließe. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß die gleiche Auffassung auch von rechtsstehenden Politikern vertreten wird. Wir können unser eigenes Urteil in den schwierigen Fragen der Außenpolitik unmöglich von den Anschauungen der gegnerischen Parteien abhängig machen. Das wäre in der Tat eine »gedanken- und gesinnungslose Behandlung der auswärtigen Politik«, über die Bernstein jetzt klagen zu können glaubt.

Es ist im Grunde nur ein »gedankenloses« Nachreden, ohne jede kritische Nachprüfung, wenn man eine Verständigung Deutschlands mit den Ostmächten als reaktionär fürchtet, ja als unsozialdemokratisch perhorresziert. Betrachten wir zunächst unser Verhältnis zu der Ostmacht Japan. Die Presse aller Richtungen stimmt darin überein, daß die Entwicklung in den beiden Kriegsjahren Japan in einen immer deutlicheren Gegensatz zu England gebracht hat. Zum Beweis möchte ich den Vorwärts zitieren, der die Meldung der russischen Presse, daß England an der Küste in seiner chinesischen Einflußsphäre Truppen landen wolle, mit folgendem Kommentar begleitet:

»Diese Meldung beleuchtet blitzartig die Situation im Fernen Osten. Japan ist bekanntlich nach Abschluß seines Bündnisses mit Rußland besonders eifrig am Werke seine Einflußsphäre in China zu erweitern und sich neue Stützpunkte für die Beherrschung des Reiches der Mitte zu verschaffen. Nach der Abgrenzung der Interessensphären mit Rußland hat Japan hierbei ziemlich freie Hand gehabt, da es in letzter Zeit nur auf papierene Proteste der Vereinigten Staaten stieß, die um das Schicksal der freien Tür in China besorgt sind. Nun zeigt aber die Note des englischen Gesandten in Peking, daß England nicht gewillt ist dem Vordringen Japans, das die englische Stellung in Mittel- und Südchina bedroht, untätig zuzusehen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die englische Note weniger eine Warnung an China als eine kaum verhüllte Drohung an Japan sich ihm gegebenenfalls mit bewaffneter Macht in den Weg zu stellen.«⁴⁾

Diese Anschauung des Vorwärts entspricht durchaus den Tatsachen, und ihr Gewicht wird dadurch wahrlich nicht vermindert, daß sie sich möglicherweise mit der Ansicht des Grafen Revenilow deckt. Der Nonsens der

⁴⁾ Siehe Englische Interventionsabsichten in Südchina?, im Vorwärts vom 21. September 1916.

Meinung, daß sozialdemokratische und bürgerliche Anschauungen über fremde Völker und Staaten niemals übereinstimmen dürften, tritt an diesem Beispiel sinnfällig zutage. Doch das nur nebenbei. Jedenfalls, Deutschland hat in Ost- und Zentralasien lediglich wirtschaftliche, nicht aber territoriale Interessen zu vertreten. Nichts wäre törichter, als wenn wir uns durch das Schreckgespenst der *gelben Gefahr* etwa dazu verleiten ließen in Asien die britische Politik zu unterstützen. Erleichtert wird uns diese Stellungnahme dadurch, daß die Stimmung des japanischen Volkes anscheinend durchaus deutschfreundlich ist. Gerade dieser Tage wurde mir von einer angesehenen Persönlichkeit, die bei Kriegausbruch in Ostasien weilte, bestätigt, daß die Japaner die Deutschen schon damals als ihre zukünftigen Verbündeten gegen England betrachteten und deshalb ihnen gegenüber eine entsprechend freundliche Haltung einnahmen. Da Japan und Rußland sich jetzt mit einander verbündet haben, so beeinflußt das Verhältnis zu dem einen Volk auch das zum andern.

In Innerasien haben wir keine Reibungsflächen mit Rußland. Das gleiche gilt allerdings noch nicht für Vorderasien und Europa. Hier haben wir mit den panslawistischen Ansprüchen zu rechnen, die auf den Besitz der Meerengen und auf ein Protektorat Rußlands über die slawischen Völker Europas hinzielen. Die slawophile Idee, nach der alle Slawen ein geistiges Ganze bilden und eine gemeinsame geistige Mission haben, ist von russischen Machtpolitikern zu der panslawistischen Forderung, daß die Slawenvölker ein großes Slawenreich unter der Herrschaft Rußlands bilden sollen, umgestaltet worden. Im Weltkrieg ist dieses panslawistische Postulat tatsächlich aber bereits zusammengebrochen. Als die Bulgaren zu den Waffen griffen, bewiesen sie damit, daß es auf ihr politisches Verhalten keinen Einfluß ausübt. Und ebenso wie die Bulgaren lehnen die Polen die russische Herrschaft im Prinzip ab. Damit ist die Anschauung politisch erledigt, auf der der panslawistische Anspruch auf ein Protektorat Rußlands über die Slawen Süd- und Mitteleuropas theoretisch fußte. Man darf es als eine Rückwirkung dieses Zusammenbruchs der panslawistischen Idee betrachten, wenn Miljukow in seinen letzten Reden als rein russisches Kriegsziel (abgesehen von der Befreiung der besetzten Gebiete) nur noch den Besitz der Meerengen proklamierte. Dem Ziel der Eroberung der Meerengen haben zwei Kriegsjahre Rußland nicht viel näher gebracht. Als Fürst G. Trubetzkoi im Jahr 1910 die Bilanz der russischen Außenpolitik zog, hob er hervor, daß Rußland 1878 auf dem Berliner Kongreß auf die Meerengen deshalb verzichten mußte, weil es ganz Europa gegen sich hatte. Unter deutlichem Hinweis auf die Entente meinte er dann: der Augenblick sei vielleicht nicht mehr so fern, wo der größere Teil von Europa dafür eintreten werde, daß Rußland von den Meerengen Besitz ergreife. Jetzt kämpfen angeblich England, Frankreich, Italien, Serbien und Rumänien für dieses Ziel. Trubetzkoi's Voraussage vom Jahr 1910 scheint also jetzt eingetroffen; dennoch liegt der Erfolg für Rußland noch in nebelhafter Ferne. Wie nun aber, wenn auch die Entente den russischen Wunsch nicht verwirklichen könnte? Welche Hoffnung bliebe dann für Rußland noch Konstantinopel und die Meerengen in seinen Besitz zu bringen? In diesem Fall werden sich die Russen eben sagen müssen, daß sie nicht im Kampf gegen Mitteleuropa und die Türkei sondern nur durch Verständi-

gung mit ihnen etwas erreichen können. Allerdings nicht den Besitz Konstantinopels und der Meerengen, wohl aber die freie Durchfahrt für ihre Kriegsschiffe unter Bedingungen, die die Interessen der Türkei nicht verletzen. Bernstein freilich wiederholt die immer aufs neue vorgebrachte, aber niemals begründete Behauptung, daß eine Verständigung mit Rußland nur durch »Verrat« an unseren Verbündeten zu »erkaufen« sei. Das Gegenteil ist richtig. Gerade eine Verständigung mit England würde nur durch Preisgabe der Türkei erzielt werden können. Wenn aber Rußland auf den Besitz der Meerengen, die es bisher weder selbst noch mit Englands Hilfe erobern konnte, verzichtet und sich mit der freien Durchfahrt begnügt, so wäre die Grundlage für ein russisch-türkisches Einvernehmen gewonnen. Auch die Interessen Österreich-Ungarns laufen denen Rußlands nicht dauernd entgegen. Sobald die asiatische Politik eines Witte und eines Rosen in Petersburg wieder die Oberhand gewinnt, sind die Reibungsflächen zwischen diesen beiden Reichen verschwunden. Was schließlich Bulgarien anlangt, so hat, sofern man sich in Rußland einmal von den panslawistischen Herrschaftsillusionen gegenüber den Balkanvölkern freigemacht hat, eine dauernde Feindschaft zwischen den Bulgaren und den Russen überhaupt keinerlei Grundlage.

Im Gegensatz zu der westlerischen Ideologie lehrt eine in die Völkerinteressen etwas tiefer eindringende Betrachtung, daß in der Tat »für Mitteleuropa der Weg zum dauernden Frieden nicht der sinkenden sondern der aufgehenden Sonne zuführt.«⁵⁾ Dieses Ziel für uns und unsere Verbündeten zu erreichen ist Aufgabe der Politik bei und nach dem Friedensschluß. Einstweilen geht es noch um die militärische Verteidigung der Errungenschaften zweier Kriegsjahre. Haben wir uns im Krieg behauptet, so wird es die Aufgabe unserer Staatsmänner sein alles aufzubieten, damit nach dem Krieg das europäische Festland durch Ausschaltung der Streitpunkte mit den Ostmächten gegen die englischen Herrschaftsansprüche, die nie versiegende Quelle neuer Kriege, gesichert ist.

XX
**MAX COHEN · ÜBER DEN DEUTSCH-ENGLISCHEN
WIRTSCHAFTSGEGENSATZ**



BSCHON die englische Geschichte mehrerer Jahrhunderte jedem, der sehen will, aufs deutlichste zeigt, daß eigentlich alle von England geführten Kriege Wirtschaftskriege gewesen sind, gibt es immer noch Sozialisten, die sich im Schweiß ihres Angesichts nachzuweisen bemühen, daß der jetzige Krieg Großbritanniens gegen Deutschland aus rein politisch-ideologischen Gründen entstanden ist. Dabei ist es mehr als merkwürdig, daß es angebliche Marxisten sind, bei denen man derlei Behauptungen begegnet. Denn eigentlich sollten marxistisch geschulten Denkern die wirtschaftlichen Vorgänge den tiefsten Grund alles Geschehens, also auch des politischen bilden. In der Tat, wenn die von Marx so genial konzipierte Methode der ökonomischen Fragestellung sich klassisch bewährt hat, so gerade bei der Aufstellung der Ursachen des deutsch-englischen Konflikts. Selten wohl sind die rein wirtschaftlichen Gegensätze so offensichtlich mit den politischen und macht-

⁵⁾ Siehe meinen Artikel Quo vadis, Germania?, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 892.

politischen verknüpft gewesen wie in dem Verhältnis Englands zu den Kontinentalstaaten, zuletzt zum Deutschen Reich.¹⁾

Das Deutschland aus den siebziger und dem Anfang der achtziger Jahre ist jenseits des Kanals immer mit einem gewissen, wenn auch herablassenden Wohlwollen behandelt worden. Erst das sich in Riesensprüngen entwickelnde Deutschland, das alle anderen europäischen Nationen wirtschaftlich überflügelte und das englische Industriemonopol zertrümmerte, wurde zum Ärgernis und zum Feind. Freilich, wenn Deutschland, das auch an militärischer Macht überaus kräftig war, sich dem durch seinen Weltbesitz häufig vor kriegerischen Händeln stehenden England als Festlandsdegen zur Verfügung gestellt hätte, so würde man drüben vielleicht ein Auge zugedrückt haben. Ich sage: vielleicht. Denn nichts ist bezeichnender für die Stimmung, die in weiten englischen Kreisen gegen Deutschland herrschte, als daß sogar in den Zeiten der Chamberlainschen Annäherungsversuche eine starke öffentliche Meinung sich gegen eine Verbindung mit einem so gefährlichen Wirtschaftskonkurrenten aussprach. Und die englische Regierung selber mußte damals, 1901, zugeben, daß im Unterhaus die vertragliche Festlegung eines Bündnisses zwischen den beiden Ländern kaum zu erreichen gewesen wäre. Diese Stimmung gegen Deutschland ist in den ausschlaggebenden Schichten Großbritanniens immer die selbe geblieben, gleichviel ob die konservative oder die liberale Partei das Staatsruder in Händen hatte. »There are no frictions between us, there exists only rivalry«, sagte Eduard VII. zu einem deutschen Staatsmann,²⁾ und er traf damit den Kern des deutsch-englischen Gegensatzes: Diese beiden Völker trennen keine Differenzen, sie trennt die Rivalität. Wem das bis zum Beginn und zu den ersten Wochen des Krieges noch nicht klar geworden ist, den müssen die Tatsachen in den 26 Kriegsmonaten eines bessern belehrt haben. Denn mit geradezu elementarer Wucht hat sich das Bahn gebrochen, was für England sowohl die tiefste Ursache wie der eigentliche Zweck des Krieges war: der entschlossene Wille die deutsche Wirtschaft nicht nur während des Kampfes sondern auf Jahrzehnte über ihn hinaus zu vernichten. All die ungezählten, von England ausgehenden wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen beweisen, daß der Brite sein Ziel fest im Auge behält, mögen Verbündete oder Neutrale auch dabei zugrunde gehen. Die Handlungen keines unserer anderen Gegner tragen die charakteristischen Merkmale des englischen, auf unser Wirtschaftsleben gerichteten Vernichtungstrebens; wo sie sich aber dennoch ähnlich äußern, geschieht es unter britischem Druck und unter britischer Führung.

Es gibt wohlmeinende Leute, innerhalb und außerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die der Auffassung sind, England habe mit Recht in der größer werdenden deutschen Flotte eine Drohung gegen seine eigene Sicherheit gesehen, die deutsche Flotte sei der wahre Grund der englischen Feindschaft gewesen, und diese Tatsache widerlege das Argument, daß der

¹⁾ Wie, im Gegensatz zu jenen vermeintlichen Marxisten, die in Wahrheit verspätete Liberale sind, ein wirklich marxistisches Denken in die Englandprobleme eindringen kann, zeigen die Artikel Schippels England, Englands wirtschaftliche Kriegführung, Deutschland, England und Rußland, Englische Hoffnungen auf den russischen Markt, England und der Bruch des Dreibunds, Deutschasiatische Weltpolitik, England und Rußland, Handelspolitische Kriegspläne in England, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 1113 ff., und. 1170 ff., 1915, 1. Band, pag. 380 ff. und 434 ff., 2. Band, pag. 527 ff., 3. Band, pag. 1278 ff., 1916, 1. Band, pag. 417 ff.

²⁾ Siehe Oncken Die Vorgeschichte des Krieges, in dem Sammelwerk Deutschland und der Weltkrieg (Leipzig 1915), pag. 493.

Krieg in wirtschaftlichen Gegensätzen seine Ursache habe. Die so schlußfolgern, sehen nicht, daß sie sich selber schon widerlegen. Zweifellos war die eigentliche Triebfeder der englischen Politik die: sich die alleinige Seegewalt zu sichern; daher ist auch die Zerstörung der deutschen Kriegesflotte den Engländern eines der wichtigsten Kriegsziele. Aber dieser Flottengegensatz ist ja gerade der klarste Ausdruck des wirtschaftlichen Gegensatzes. Er liegt allerdings nicht in der bloßen Handelskonkurrenz, diese allein hat die Politik Englands nicht bestimmt. Der Handel ist nur der Exponent der wirtschaftlichen Kräfte überhaupt, und diese wiederum hängen von der Größe und Entwicklungsfähigkeit der produktiven Kräfte des Volkes ab. Der Wirtschaftsgegensatz erschöpft sich also nicht in der Handelsrivalität; wohl aber zeigt diese bei Nationen, deren eigene Wirtschaft so innig mit der Weltwirtschaft zusammenhängt, wie es bei der englischen und bei der deutschen der Fall ist, das dynamische Verhältnis und die Zukunftsaussichten der Produktivkräfte dieser Nationen an. In dem maritimen Alleinherrschaftsstreben Englands kommt gerade die Tatsache zum Ausdruck, daß die eigene Produktionskraft zurzeit für sich allein der des andern Volkes nicht mehr überlegen ist, daß ihrer Produktion daher durch Zwang ein Monopol gesichert werden muß. Eine offensive Drohung gegen England war die deutsche Flotte nie. Ihre Existenz und Vermehrung sollte vielmehr nur für England ein stets wachsendes Kriegsrisiko schaffen. Der Risikogedanke war der eigentliche Zweck des deutschen Flottenbaus.³⁾ Außerdem vermehrte die deutsche Flotte in jedem Jahr die Aussicht die schwere Schädigung durch das englische Seebeuterecht im Kriegsfall zu verringern. Kein Geringerer als der ermordete Jaurès hat auf die verderblichen Folgen des englischen Seebeuterechts hingewiesen, das nach seiner Meinung eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen England und Deutschland begünstigen mußte.⁴⁾

In der Neuen Zeit, die ja wohl als ein marxistisches Organ gilt, ist des öftern davon die Rede gewesen, daß der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz schon um deswillen als Kriegsgrund nicht in Betracht kommen könne, weil der englische Ausfuhrhandel in den letzten Jahren einen ansehnlichen Aufschwung genommen habe und man in England auf dem Weg sei sich des deutschen Nebenbuhlers besser als bisher zu erwehren. Vor mehr als einem Jahr bereits haben Spectator und Anton Hofrichter sich um diesen Nachweis bemüht, und auch in der sozialistischen Tagespresse ist das Thema behandelt worden. Besonders der zuletzt Genannte hat in einer Untersuchung der englischen Ausfuhrziffern auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß die Ausfuhrsummen für viel hochentlohnte Arbeit enthaltende Fertigware in ständigem Steigen begriffen seien, und daß diese für England vorteilhafte Tatsache nicht nur genüge, um die deutsche Konkurrenz als erträglich zu empfinden, sondern auch beweise, daß es unrichtig sei von diesem Krieg als einem Wirtschaftskrieg zu sprechen. Es sei nun einmal ganz davon abgesehen, daß sich auch in Deutschland die Ausfuhr von Waren, die gutbezahlte Arbeit enthalten, in aufsteigender Linie entwickelte. Darf man denn überhaupt den deutsch-englischen Wirtschaftsgegensatz auf so kleinem Gesichtsfeld betrachten? Als ein Ansteigen

³⁾ Siehe Quessel Die Bedeutung der Seegeltung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 945 ff.

⁴⁾ Siehe Jaurès Die neue Armee /Jena 1913/, pag. 446.

in gerader Linie darf man ihn sich doch ohnehin nicht vorstellen. Ein Auf und Ab in Einzelheiten hat es immer gegeben. Sicher ist aber das eine: Die fortschreitende Durchbrechung des englischen Handels- und Industriemonopols durch Deutschland rief in nahezu allen Schichten des englischen Volkes die Überzeugung wach, daß geeignete Schritte zur Abwehr getan werden müßten. Dadurch erhielt die englische Politik die Richtung gegen Deutschland, und diese Tatsache war nach und nach im Bewußtsein weitester Volksteile so fest verwurzelt, daß jene Richtung nicht plötzlich, bei der ersten besten Gelegenheit, geändert werden konnte. Um so weniger, als diese Politik der traditionellen britischen Methode durchaus entsprach und eine sehr reale, fast allen wahrnehmbare Grundlage hatte.

Nun hat aber jene Auffassung, nach der die deutsche Konkurrenz in den letzten Jahren für England weniger fühlbar geworden sei (am 28. November 1915 schrieb der Vorwärts, »daß die englische Industrie, die um die Wende des Jahrhunderts tatsächlich ins Hintertreffen zu kommen drohte, sich in letzter Zeit wieder ganz mächtig emporgerafft hat«), außerdem einen großen Haken: Sie ist nämlich nicht richtig. Die zu diesem Zweck herbeigeholten Ausfuhrzahlen werden entweder einfach als Gesamtziffern verglichen oder, wie in der erwähnten Darstellung Hofrichters, unter wenig entscheidenden Gesichtspunkten untersucht. Es ist nämlich vor allem nötig festzustellen, wohin die ausgeführten Waren gehen. Gerade das ist unerläßlich, wenn man die Wirkungen der Konkurrenz verschiedener Länder genau beurteilen will. Denn es handelt sich hier doch darum für den Vergleich die Ausfuhr in solche Gebiete auszuschalten, die, aus irgendeinem Grund, einen der Konkurrenten bevorzugen. Mit absoluter Zuverlässigkeit läßt sich das natürlich nicht bewerkstelligen. Aber zumindest muß man, wenn man die Leistungsfähigkeit zweier konkurrierender Länder wirklich kennen lernen will, von der Gesamtausfuhr die in die Kolonien in Abzug bringen, da hier die Bevorzugung des Mutterlands selbstverständlich und kaum vermeidbar ist. Dann bleiben die Länder übrig, von denen man sagen kann, daß in ihnen die Nationen unter gleichen Voraussetzungen mit einander konkurrieren, und die man als Gebiete gleichen und freien Wettbewerbs bezeichnen darf. Wenn man so verfährt und von der deutschen und englischen Gesamtausfuhr den Teil in Abzug bringt, der in die eigenen Kolonien sowohl wie in die des andern Landes geht, so erhält man, für das letzte Jahrfünft vor dem Krieg das folgende Bild.

Jahr	Ausfuhr in Millionen Mark	
	deutsche	englische
1909	6279	4854
1910	7105	5478
1911	7696	5687
1912	8540	6000
1913	9588	6391

Wir sehen hier, daß Großbritannien, dessen Gesamtausfuhr die deutsche im Jahr 1913 noch um mehr als 400 Millionen Mark überstieg (10 505 gegen 10 096 Millionen) in den Gebieten freien und gleichen Wettbewerbs von Deutschland längst geschlagen war. Und zwar mit sehr bedeutenden, von Jahr zu Jahr wachsenden Summen. In den 5 Jahren von 1909 bis

1913 ist die deutsche Mehrausfuhr von 1425 Millionen Mark auf 3197 Millionen gestiegen, sie hat sich also auf mehr als das Doppelte erhöht. So sieht das vom Vorwärts festgestellte »Emporrafen« und die weniger fühlbar gewordene deutsche Konkurrenz in den letzten Jahren in Wirklichkeit aus. Es ist die Ausfuhr in das ungeheure Kolonialreich, wodurch die Gesamtausfuhr Englands noch so bedeutend erscheint. Hierzu kommt aber noch ein weiteres, was die deutsche wirtschaftliche Überlegenheit nicht minder schlagend bezeugt.

Mit Ausnahme von Spanien, Portugal und der Türkei (in allen dreien ist Deutschland den Engländern aber hart auf den Fersen) hat die deutsche Ausfuhr die englische in allen Ländern Europas um gewaltige Summen überholt. Hiervon machen weder das vor der Tür liegende und befreundete Frankreich oder Belgien, noch das anglisierte Norwegen oder die nicht viel ferner gelegenen Dänemark und Schweden, ebensowenig das dicht vor England liegende Holland eine Ausnahme. Anders steht es mit der Ausfuhr nach Übersee. Hier hat Deutschland Großbritannien nur in den Vereinigten Staaten überholt; in Brasilien, Argentinien und Chile (um einige der wichtigeren überseeischen Länder zu nennen) macht es ihm scharfe und immer näher kommende Konkurrenz, während es in China und Japan noch ziemlich weit hinter England zurückbleibt. Die beiden nachstehenden Tabellen geben eine Übersicht über die Ausfuhr Deutschlands und Englands in die wichtigsten europäischen und überseeischen Staaten für das letzte Jahr fünf vor dem Krieg.

Einfuhrland	Ausfuhr in Millionen Mark									
	1909		1910		1911		1912		1913	
	deutsche	englische	deutsche	englische	deutsche	englische	deutsche	englische	deutsche	englische
Rußland	444	220	547	245	625	270	680	274	880	362
Österreich-Ungarn	767	70	822	80	918	94	1035	99	1105	89
Frankreich	455	428	543	449	599	486	689	512	790	580
Holland	453	234	499	254	532	262	608	286	693	308
Belgien	349	212	391	218	413	228	493	244	551	264
Schweiz	413	57	453	67	482	78	520	80	536	84
Italien	289	242	323	250	348	264	401	280	393	292
Dänemark	196	104	225	112	218	110	254	116	284	120
Schweden	156	124	190	134	192	126	197	142	230	164
Norwegen	104	68	120	80	124	96	145	112	162	114
Spanien	69	97	72	98	88	110	113	138	143	157
Portugal	29	46	33	55	40	56	42	60	52	65
Türkei	79	152	105	172	112	189	113	162	98	154
Vereinigte Staaten	606	595	633	629	640	550	698	600	713	586
Argentinien	175	373	240	382	260	372	239	411	266	452
Brasilien	92	169	122	328	152	238	193	253	200	249
Chile	58	92	65	109	85	122	112	123	98	120
China	57	169	66	183	72	242	82	216	123	297
Japan	78	167	89	202	113	237	111	244	123	290

In den überseeischen Gebieten hat zweifellos die Tatsache, daß man in England seit vielen Jahrzehnten den Verfrachter aller Waren zu sehen gewohnt war, ferner die große, der deutschen an Tonnengehalt weit überlegene englische Handelsflotte viel zur Aufrechterhaltung des englischen

Übergewichts beigetragen. Dazu kommt noch die außerordentliche Gunst aller überseeischen Verhältnisse, die, mit ihren zahlreichen englischen Besitzungen und Kohlenstationen, eine überaus wichtige Stütze des englischen Handels bilden. Es ist indessen sehr wahrscheinlich, daß ein nicht unbedeutlicher Teil der in den englischen Ausfuhrziffern (besonders in den überseeischen) erscheinenden Warenmengen in Deutschland hergestellt wird. Die englische Statistik kennt nämlich den deutschen Begriff des Ursprungslands nicht. Bei ihr gibt es nur ein Herkunftsland. Es mag nun nicht allzu selten vorkommen, daß Waren, die aus französischen, belgischen, holländischen oder anderen Häfen nach England gelangen, und von einem englischen Exporteur übers Meer geschickt werden, deutschen Ursprungs sind. Die Summe der englischen Ausfuhrstatistik erfährt unter Umständen auf diese Weise eine mehr oder minder starke Erhöhung. Die deutsche Statistik verfährt anders. Sie registriert in der deutschen Ausfuhrstatistik lediglich die Waren deutschen Ursprungs, so daß die Waren fremden Ursprungs, mit denen der deutsche Exporteur natürlich ebenfalls Handel treibt, die Ziffern der deutschen Ausfuhr nicht vermehren. Über die letztgenannten Vorgänge gibt es kein zuverlässiges Zahlenmaterial. Die Tatsachen selbst aber sind in England nicht weniger bekannt als die große Überlegenheit der deutschen Konkurrenz auf den Gebieten gleichen und freien Wettbewerbs.

Diese Feststellungen tragen vielleicht mit dazu bei die Einsicht zu fördern, daß die Behauptung, England komme es in diesem Krieg vor allem andern auf das Niederschlagen des deutschen Wirtschaftslebens an, kein leeres Gerede ist, wie das viele Wortführer der sozialdemokratischen Opposition ihren Anhängern erzählen. Nein, die immer stärkere deutsche Konkurrenz für mehrere Menschenalter zu beseitigen ist für England Sinn und Ziel dieses Krieges. Wenn das von denen, die die Politik des 4. August bekämpfen, auch immer noch weiter bestritten werden sollte: den deutschen Arbeitern wird diese Tatsache jeden Tag mit einer neuen englischen Maßregel des Wirtschaftskampfs eingehämmert. Und daß sie von ihnen begriffen wird, das ist das Wichtigste. Denn dieses Begreifen ist erforderlich, um klar zu erkennen, daß es in diesem Krieg um die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes, damit auch um die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse geht. Daß England auch nach Friedensschluß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln versuchen wird der deutschen Produktionsausdehnung jedes denkbare Hindernis zu bereiten, ist sehr wahrscheinlich. Eines der wirksamsten hat England in seiner weitgehenden Beherrschung des Rohstoffmarktes. Die kolonialpolitischen Schlußfolgerungen, die sich daraus für Deutschland ergeben, müssen indes gesondert behandelt werden.

XX
**ROBERT SCHMIDT · VON DER KRIEGS- ZUR
FRIEDENSWIRTSCHAFT**



EUTE bereits Betrachtungen darüber anzustellen, wie sich beim Eintritt des Friedens unser Wirtschaftsleben gestalten wird, mag verfrüht erscheinen. Indes, wie unsicher Voraussagen gegenwärtig naturgemäß auch sind, die Frage, welche Eingriffe in unser Wirtschaftsleben vorgenommen werden müssen, um diesen gewaltigen Prozeß der Umwandlung und Wiedergestaltung zu leiten, ist von

solcher Bedeutung, daß ihre Erörterung auch jetzt schon nicht als übereilt oder voreilig unterlassen werden kann. Die Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung ist natürlich sehr abhängig davon, unter welchen Bedingungen der Friede geschlossen wird. Kämen wir in die unglückliche Lage ihn uns von einem haßerfüllten Gegner diktieren lassen zu müssen, so hätten wir ganz sicher mit einem sehr starken Druck auf wirtschaftlichem Gebiet zu rechnen. Von einem schnellen Aufwärts des Handels könnte dann keine Rede sein, und unser Export würde in schwere Bedrängnis geraten. Selbst wer die Forderungen der Pariser Konferenz für übertrieben hält und nicht glaubt, daß sie in vollem Umfang durchgeführt werden können, muß sich doch sagen, daß bei einem solchen Kriegsausgang von einer gleichberechtigten Stellung Deutschlands auf dem Weltmarkt keine Rede mehr sein könnte. Was das bedeutete, ist klar. Die auf den Export angewiesenen Industrien wären genötigt ihre Produktion zu reduzieren, und Hunderttausende von Arbeitern ständen nach Abschluß des Krieges ohne Beschäftigung und Erwerb da. Mit einem solchen Ausgang des Krieges rechnen die nachfolgenden Betrachtungen nicht.

Aber ein wichtiger Faktor wird nicht unberücksichtigt bleiben können: die künftige politische und wirtschaftliche Bedeutung Englands. Der Krieg hat die wirtschaftlich sehr bedeutenden Kolonien Englands enger untereinander verbunden. Großbritannien wird also seine Machtposition nachher ebenso rücksichtslos ausnutzen können wie während des Krieges. Der engere Zusammenschluß des weitverzweigten Reiches führt zur wirtschaftlichen Abschließung, zur Zusperrung der (immer schon sehr fragwürdigen) offenen Tür. Wir haben schon heute davon einen Vorgeschmack. England hat durch seine überlegene Stellung alle neutralen Staaten unter seinen Bann gezwungen, ohne daß auch nur einer ernsthaften Widerspruch wagt. Dieser Druck wird nach dem Krieg, wenn auch mit anderen Mitteln, fortgesetzt werden.

Der Arbeiter kommt für das Wirtschaftsleben in doppelter Weise, als Produzent wie als Konsument, in Frage. Als Produzent ist er an einer gutbeschäftigten Industrie interessiert. Stärkere Arbeitsgelegenheit gibt die Möglichkeit einer bessern Lohnregulierung und vermindert die Arbeitslosigkeit. Als Konsument bedarf er einer möglichst umfassenden Versorgung mit den Mitteln seiner leiblichen und geistigen Existenz. Wie wird nun die Industrie ihre Umwandlung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vollziehen, welche Störungen werden hier eintreten, wie wird das große Heer der aus dem Felde Zurückkehrenden beschäftigt, wie werden die Industrien, die sich vollständig für die Bedürfnisse des Heeres eingerichtet haben, sich wieder auf den normalen Bedarf einstellen? Und wie wird die Reproduktion der Ware Arbeitskraft vor sich gehen?

REREITS im März 1915 wiesen die deutschen Gewerkschaften auf die Bedeutung des Arbeitsnachweises für den Beginn des Friedens hin. Sie forderten, daß schon jetzt Maßnahmen für eine bessere Ausgestaltung der Arbeitsvermittlung durch die Zentralisierung des Arbeitsnachweises getroffen würden.¹⁾ Mittlerweile hat die Regierung einige Maßnahmen dazu ergriffen; freilich noch keine

¹⁾ Siehe U m b r e i t Kriegsfürsorge und Arbeitsvermittlung, sowie die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 234 ff. und 411 ff.

vollgültigen. An einem einheitlichen organisatorischen Aufbau der Arbeitsvermittlung mangelt es leider noch. Hier muß möglichst schnell das Fehlende nachgeholt werden. In enger Verbindung mit den Arbeitsnachweisen steht die Arbeitslosenversicherung. Hier müssen die Ansätze zur Unterstützung der Erwerbslosen, die wir in der Gemeinde finden, durch Bereitstellung von Staatsmitteln organisatorisch weiter ausgebildet werden. Wir wissen nicht, ob und in welchem Umfang wir mit einer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, jedenfalls aber müssen wir Vorsorge treffen, daß die Männer, die die Entbehrungen eines schweren Feldzugs hinter sich haben, nicht nach dem Krieg als Arbeitslose auf der Straße stehen.

In der Landwirtschaft wird ein Mangel an Beschäftigung nicht vorhanden sein. Im Gegenteil, man wird hier aufs neue eingehend die Frage der Arbeiterbeschaffung prüfen müssen. Denn die Zeit wird vorüber sein, wo die Landwirtschaft einige hunderttausend Arbeiter aus dem Ausland heranziehen konnte. Jetzt wird sie bestrebt sein müssen durch Anwendung technischer Hilfsmittel menschliche Arbeitskräfte zu sparen wie auch einheimische Arbeiter durch freie und geordnete Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeit wieder zuzuführen.

Durch das Wiederaufleben der Industrie wird der Arbeitsmarkt stark beeinflußt werden. Für die einzelnen Industrien dürften die Verhältnisse hier sehr verschieden liegen. Während einige Industriegruppen mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen können volle Beschäftigung zu finden, wird für andere eine Zeitlang Unsicherheit herrschen. So ist anzunehmen, daß der Bergbau, die Eisenindustrie, der Maschinenbau sofort wieder in voller Tätigkeit sein werden. Ebenso günstig dürfte es um Schiffsbau und Verkehrsgewerbe, Seeschifffahrt und Binnenschifffahrt bestellt sein. Sehr unsicher werden sich dagegen die Verhältnisse zum Beispiel im Baugewerbe gestalten. Der Krieg hat hier ganz gewaltige Wirkungen hervorgerufen.

Um einen Begriff zu geben, welchen Rückgang in der Zahl der Betriebe und der Beschäftigten das Baugewerbe aufzuweisen hat, sei die folgende Gegenüberstellung aus den Berichten von 8 Baugewerksberufsgenossenschaften wiedergegeben. Leider sind die Berichte von 1915 noch nicht vollständig erschienen, es fehlen von den 12 Berufsgenossenschaften noch 4. Immerhin geben die 8, für die uns Zahlen zur Verfügung stehen, einen Anhalt über den Rückgang im Gewerbe.

Jahr	Anzahl der	
	Betriebe	Arbeiter
1913	127 603	1 055 590
1915	121 317	427 654
Rückgang	6 286	627 936

Trotz dem großen Rückgang der Arbeiterzahl existiert gegenwärtig keine Arbeitslosigkeit im Beruf. Durch die Einberufungen und das Hinüberwechseln in andere Berufe hat sich die Zahl der Beschäftigten stark vermindert. Nach dem Krieg wird aber eine Rückkehr zu der Berufsarbeit eintreten. Die Aussichten für das Baugewerbe sind nicht besonders günstig. Die Beleihung von Grundstücken wird Schwierigkeiten machen. Die Unsicherheit auf dem Hypothekenmarkt dürfte noch größer werden als vor

dem Krieg, so daß das Baugewerbe unmittelbar vor keiner guten Konjunktur steht. Durch starke Nachfrage nach kleinen Wohnungen kann sich die Lage möglicherweise bald heben. Auch Staat und Gemeinden könnten etwas dazu beitragen, wenn sie ihre Bautätigkeit sofort voll wieder aufnehmen. Doch auch das wird nicht so leicht sein; denn Staat und Gemeinden werden an allen Ecken sparen müssen, da die hohe Schuldenlast sie dazu zwingen dürfte. Solche Aufträge allein können auch das Baugewerbe nicht auf seine normale Höhe heben.

Ein anderer Berufszweig, der durch den Krieg besonders gegenwärtig stark zu leiden hat, ist die Textilindustrie. Im Vorjahr war sie noch reichlich beschäftigt, und die Heeresaufträge warfen große Gewinne ab. Das änderte sich mit der Einschränkung des Verbrauchs der Rohstoffe. Auch hier zeigt die Statistik der Berufsgenossenschaften starke Rückgänge. Leider erstreckt sich die Ermittlung nur auf 4 von 8 Berufsgenossenschaften der Textilindustrie. Für diese 4 mögen die statistischen Ergebnisse aus den Jahren 1913 und 1915 im folgenden gegenübergestellt sein:

Jahr	Anzahl der	
	Betriebe	Arbeiter
1913	7 200	502 857
1915	6 700	403 309
Rückgang	500	99 458

Die Übersicht stellt die Lage des Berufs günstiger dar als sie gegenwärtig ist, weil inzwischen noch stärkere Einschränkungen im Verbrauch der Rohstoffe eingetreten sind. Auch hier ist ein Teil der Arbeiter zu anderen Berufen übergegangen, aber ein sehr erheblicher Prozentsatz der Beschäftigten hat sich mit einer verkürzten Arbeitszeit und niedrigerem Verdienst abfinden müssen. Nach dem Krieg werden für diese Industrien starke Aufträge vorliegen. Es fragt sich nur, in welchem Umfang dann die jetzt beschlagnahmten Rohstoffe zur Verarbeitung werden kommen können. Sind noch große Bestände vorhanden, so wird die Industrie bald den Betrieb in vollem Umfang wiederaufnehmen können. Dagegen muß die Rohstoffversorgung für diese Industrie wie auch für einige andere planmäßig vorbereitet werden. Dem freien Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt darf man die Deckung des Bedarfs nicht überlassen, sonst hätten wir mit Preisen zu rechnen, die noch die Kriegspreise überflügelten. Durch die große Nachfrage auf dem Auslandsmarkt würden die Preise übermäßig in die Höhe getrieben und dazu bei dem Mangel an Schiffsraum auch noch die Frachtraten gewaltig gesteigert werden. Diesen ungünstigen Wirkungen kann man nur durch Regelung des Einkaufs und der Einfuhr unter Aufsicht staatlicher Organe entgegenreten. Ferner wird es darauf ankommen die Rohstoffe planmäßig zu verteilen. Sonst laufen wir Gefahr, daß der kapitalkräftige Unternehmer die Rohstoffe an sich reißt und der schwächere zurückstehen muß. Die für die einzelnen Industrien ins Leben gerufenen Organisationen werden im Frieden diese neuen Aufgaben übernehmen können; außerdem ist durch den Reichskommissar für Übergangswirtschaft und einen Beirat der deutschen Industrie anscheinend in gleicher Richtung Vorgekehrung getroffen. Diese Gesellschaften müssen freilich unter genaue Kontrolle gestellt werden, weil sie sonst sehr leicht nur bestimmten Interessen-

tengruppen zugute kämen. Die Arbeiter sind aber an einer möglichst gleichmäßigen Beschäftigung der Betriebe interessiert.

Eigenartig liegen die Verhältnisse in der Holzindustrie. Als Kriegsindustrie kommen nur einige ihrer Branchen in Betracht, vor allem die Stellmacherei und die Korbmacherei. Die übrigen Berufszweige haben stark unter der Einwirkung des Krieges gelitten. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat durch eine Umfrage, die sich auf 20 968 Betriebe erstreckt, Ermittlungen über die Zahl der Beschäftigten vor dem Krieg, im Juli 1914, und während des Krieges, am 1. Dezember 1915, angestellt. Das Ergebnis ist folgendes:

Zeitpunkt	Anzahl der		
	Betriebe	männlichen Beschäftigten	weiblichen Beschäftigten
Juli 1914	20 968	240 185	19 500
Dezember 1915	12 600	99 670	16 968
Rückgang	8 368	140 515	2 532

Festgestellt ist ferner, daß 590 Betriebe einen Berufswechsel vollzogen haben, das heißt zu einer andern Fabrikation übergegangen sind. Hier waren vor dem Krieg 24 143 männliche und 2326 weibliche Personen beschäftigt. Am 1. Dezember 1915 arbeiteten in diesen Betrieben 12 163 männliche und 2968 weibliche Arbeiter. Die Zusammenstellung ergibt, daß 39 % der Betriebe stillliegen und der Rückgang der Arbeiterzahl 60 % beträgt. Überträgt man diese Zahlen auf die 571 549 Personen, die nach der Berufszählung vom Jahr 1907 im Gewerbe beschäftigt waren, so kann man einen Rückgang in der Arbeiterzahl von 342 929 annehmen. Da die Zahl der Betriebe nach obiger Feststellung einen Rückgang von 39 % zeigt und die Betriebszählung von 1907 205 418 Betriebe nachweist, müßten, nimmt man den gleichen Rückgang auf die Gesamtzahl der Betriebe an, rund 80 106 Betriebe eingegangen sein. Wie weit diese (wahrscheinlich befinden sich darunter sehr viele Kleinbetriebe) nach dem Krieg wiedererstehen werden, ist unsicher.

Die Aufträge in der Luxusmöbelschreinerei sind verhältnismäßig stark, die Kriegsgewinne fließen anscheinend in so viele Kanäle, daß sich in diesen Kreisen der Wohlstand in höheren Aufwendungen für häusliche Einrichtung bemerkbar macht. Nach dem Krieg wird es dem Gewerbe an Beschäftigung nicht fehlen, da die Lager stark geräumt sind. Auf die Exportindustrie in einigen Berufen, wie die Musikinstrumentenindustrie, werden die hohen Preise für Rohmaterialien ungünstig einwirken. Ebenso wird die schlechte Lage des Baugewerbes sich für einige Zweige der Holzindustrie bemerkbar machen. Viel wird von der Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarkts abhängen. Liegen die Erwerbsverhältnisse ungünstig, so wird der Bedarf für die Erzeugnisse der Industrie eine Einschränkung erfahren, die die Aussichten für einen guten Geschäftsgang herabdrückt.

Es würde zu weit führen andere Industriegruppen einer gleichen Betrachtung zu unterziehen. Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wie verschieden die Verhältnisse in den einzelnen Berufszweigen liegen. Es ist danach nicht ausgeschlossen, daß einzelne Gewerbe unter einer ungünstigen

Konjunktur zu leiden haben werden, während andere volle Beschäftigung finden. Vielleicht vollzieht sich in solchen Fällen dann ebenso wie im Krieg in der Arbeiterschaft wieder ein Berufswechsel, der indessen nicht so leicht vonstatten gehen dürfte. Wird nicht durch große Nachfrage an Arbeitskräften ein Ausgleich geschaffen, so dürfte für die männlichen Arbeiter die Rückkehr zu ihrer Berufsarbeit durch die Steigerung der Frauenarbeit noch bedeutend erschwert werden. Der Gewerkschaftsorganisation erwachsen hier wichtige Aufgaben.



AUCH nach dem Krieg werden die Arbeiter eine Zeit, deren Dauer sich noch nicht absehen läßt, die Erschwernisse zu ertragen haben, die gegenwärtig in der Nahrungsmittelversorgung bestehen. Bei einigen Nahrungsmitteln werden natürlich, sobald der freie Verkehr wieder hergestellt ist, Erleichterungen eintreten. Zu berücksichtigen ist aber, daß weite Produktionsgebiete, die bisher Deutschland mit versorgten, schwer unter dem Krieg gelitten haben. Hier genügt es auf Rußland hinzuweisen; ebenso wird der Balkan nicht mehr die gleichen Mengen liefern können wie unter normalen Verhältnissen, und in den neutralen Staaten Europas sind die Bestände aufgezehrt. Wir haben deshalb für geraume Zeit mit einer verminderten Einfuhr an Futtermitteln, Vieh, Fleisch und Hülsenfrüchten zu rechnen. Die Folge wird sein, daß sich hier die Preise auf der bisherigen Höhe halten oder doch nur langsam abwärts gehen. Auf der andern Seite muß die Nachfrage nach diesen Produkten bei allen durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Staaten stark in die Höhe gehen; bei dem verminderten Angebot wird die Preissteigerung also eine doppelte sein. So werden wir auch nach Friedensschluß für eine Zeitspanne nicht auf die Rationierung der Lebensmittel und die Festsetzung von Höchstpreisen verzichten können. Sonst könnten bei wüsten Preistreibern in der Ernährung der großen Volksmasse Schwierigkeiten entstehen.

Wieweit es möglich sein wird Öle und Pflanzenfette hereinzubekommen, läßt sich augenblicklich nicht sagen; es ist aber anzunehmen, daß der Bedarf daran eher gedeckt werden kann. Ebenso wird es mit der Einfuhr von Kaffee, Tee, Kakao und Reis bestellt sein. Aber die Einfuhr all dieser Artikel wird verlangsamt, unregelmäßig und mit enorm hohen Frachtkosten belastet sein, da der nötige Schiffsraum für einen so großen Bedarf nicht zur Verfügung steht. Auch hier wird eine planmäßige Organisation beginnen müssen. Die Einfuhr muß der privaten Spekulation entzogen, die Verteilung der eingeführten Waren darf nicht der Willkür und dem freien Wettbewerb überlassen sondern muß durch eine Verteilungsstelle besorgt werden, wie wir sie gegenwärtig in der Zentraleinkaufsgesellschaft besitzen. Mit aller Entschiedenheit müssen wir fordern, daß diese Institution erhalten bleibt und für die Bedürfnisse der Friedenswirtschaft weiter ausgestaltet wird. Im Frieden wird eine solche Organisation ja eine noch bedeutend schwierigere Aufgabe zu bewältigen haben als jetzt, da die Einfuhr erheblich größer sein wird. An der Lösung dieser Aufgabe wird unsere deutsche Seeschifffahrt starken Anteil haben.

Zur Versorgung des innern Marktes müssen die Einrichtungen weiter ausgebaut werden, die einige (leider nur sehr wenige) Gemeinden während des Krieges geschaffen haben. Es seien hier nur ein paar kurze Hinweise gegeben. Die großen Gemeinden müssen darauf bedacht sein auf ihren

Rieselgütern in größerem Maßstab Vieh, besonders Milchvieh, zu halten und die Milch der städtischen Bevölkerung bis direkt in den Haushalt selbst zu liefern. Das Beispiel, das die Stadt Straßburg hier geboten hat, ist mustergültig für eine gemeinnützige Kommunalpolitik.²⁾ Auch die Aufzucht von Schweinen muß die Gemeinde in die Hand nehmen. Die Nahrungsabfälle der städtischen Bevölkerung werden in noch viel größerem Umfang und in vollkommenerer Durchführung als bisher für die Schweinefütterung nutzbar gemacht werden müssen. Fast alle größeren Städte haben durch ihre Rieselgutanlagen die Möglichkeit reichlich Futtermittel anzubauen. Die Kommune kann bei einer guten Organisation viel zum Nutzen der großen Verbraucherkreise unternehmen. Diese Selbsthilfe der städtischen Gemeinden könnte sich dann auch in erheblichem Maß auf die städtische Bevölkerung selbst übertragen; sie wird bei den hohen Fleischpreisen, die sicherlich bestehen bleiben, mehr als bisher zur Aufzucht von Kleinvieh und Geflügel übergehen müssen. Gerade deshalb brauchen wir die Einfuhr von billigen Futtermitteln; wir dürfen uns hier also nicht auf eine Zoll-erhöhung einlassen, die eine Verteuerung der Futtermittel bringt.

Werden die hier angedeuteten Wege beschritten, so wird es möglich sein bald wieder zu normalen Verhältnissen zu gelangen und die Gefahr einer dauernd zu teuren Lebenshaltung zu beseitigen. Diese Gefahr wäre für die Arbeiterschaft um so größer als es fraglich erscheint, ob nach dem Krieg der Ausgleich durch entsprechend hohe Löhne bestehen bleiben wird oder allgemein erreicht werden kann. In das Gebiet der Selbsthilfe fällt auch die weitere Ausgestaltung unserer Konsumvereine, die die Nahrungsmittelversorgung noch besser organisieren müssen. Vor allem wäre die bereits prinzipiell angebahnte engere Verbindung zwischen Produzenten und Konsumenten weiter auszubauen, um eine gute Versorgung des Lebensmittelmarkts bei mäßigen Preisen herbeizuführen. Auch eine Förderung der Eigenproduktion der Konsumvereine ist in Aussicht zu nehmen.

Wir haben damit zu rechnen, daß gegen eine solche Friedenswirtschaft gewisse Interessentengruppen Front machen werden. Für die Durchführung solcher Forderungen braucht deshalb die Arbeiterklasse eine geschlossene politische Vertretung, die ihr Ziel auf die praktischen Aufgaben richtet. Ist diese Voraussetzung erfüllt, so wird es uns nicht schwer fallen dieses arbeitsreiche Programm zur Durchführung und Anerkennung zu bringen. Und dann wäre eine wahrhaft nationale Arbeit von eminenter sozialer Bedeutung geleistet.

XX
KURT GRELLING · PHILOSOPHISCHE GRUNDLAGEN DER POLITIK



ER Zweck der folgenden Ausführungen ist eine Besinnung auf das Wesen und die Grundlagen der Politik. Bevor wir aber damit beginnen können, bedarf es einer Verständigung darüber, in welcher Bedeutung wir hier von Politik reden. Diese Erörterung wird uns dann gleich mitten in das zu behandelnde Thema hineinführen.

Sprechen wir von der Politik der Regierung oder einer Partei, so meint

²⁾ Siehe die Rundschau Kommunalsozialismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915, 1. Band, pag. 309 f., und in diesem Band, pag. 983 f.

hier das Wort einen Inbegriff von Handlungen, die, allgemein zu reden, auf das öffentliche Leben gerichtet sind. In anderer Bedeutung gebrauchen wir das Wort, wenn wir von Politik als von einem Unterrichtsgegenstand reden, etwa in Zusammensetzungen wie Wirtschaftspolitik oder Finanzpolitik. Hier bezeichnet das Wort einen Inbegriff von Regeln, Regeln nämlich, nach denen die Politik in erster Bedeutung verfährt oder verfahren sollte. Wir haben es also in diesem Fall mit einer politischen Kunstlehre zu tun. Dabei ist für den gewöhnlichen Gebrauch des Wortes in diesem Sinn charakteristisch, daß die Regeln, die den Inhalt dieser Kunstlehre bilden, bloße Regeln der Vermittlung sind, das heißt, daß sie für anderswoher bekannte Zwecke die geeignetsten Mittel angeben. Politik in diesem Sinn ist also eigentlich angewandte Naturlehre der Gesellschaft. Neben diesen beiden Bedeutungen des Wortes gibt es aber noch eine dritte, wahrscheinlich die ursprüngliche Bedeutung: Politik als philosophische Wissenschaft. Sie wird auch notwendig gefordert als Ergänzung der beiden anderen Bedeutungen, denn sie soll die Zwecke angeben, die die politische Kunstlehre fremdher entlehnen muß. Die Kunstlehre sagt uns nur: Wenn der Zweck *A* geboten ist, so ist auch das Mittel *B* geboten, sie stellt also nur hypothetische Imperative des politischen Handelns auf. Aber jeder hypothetische Imperativ erfordert zu seiner Ergänzung einen kategorischen, das heißt die Angabe, welche Zwecke denn nun schlechthin geboten sind.

Die Idee einer solchen Politik als philosophischer Wissenschaft war in der ganzen Geschichte der Philosophie lebendig. Man braucht nur an Namen wie Platon, Aristoteles, Augustinus, Spinoza zu denken. Auch die Aufklärungszeit arbeitete an ihr unter den Namen des Naturrechts einerseits und der Philosophie der Geschichte der Menschheit andererseits. Erst der Historismus und Relativismus, wie er in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Herrschaft gelangte, hat diese Idee der Vergessenheit überliefert. Aufgabe des 20. Jahrhunderts wird es sein sie zu neuem Leben zu erwecken. Diese Aufgabe wird um so dringender, je verwirrender der Streit der politischen Meinungen wird, und je mehr sich deshalb die Notwendigkeit einer philosophischen Orientierung in diesem Chaos geltend macht. Ist doch die immer mehr sich ausprägende Signatur unserer politischen Debatten das Vorherrschen einseitigster Interessenpolitik; bei einem Politiker oder einer Gruppe von solchen fragt man heute in erster Linie danach, nicht welche Prinzipien, sondern welche Interessengruppen sie vertreten. Es gibt freilich Leute genug, die auf den, der solche Bedenken äußert, mitleidig herabblicken, wie etwa auf jemand, der im Zeitalter der Elektrizität und der drahtlosen Telegraphie mit der Postkutsche fahren möchte. Parteien, so heißt es, sind nichts anderes als Organisationen zur Vertretung der Interessen bestimmter Klassen und Stände und wollen auch gar nichts anderes sein. Die Prinzipien aber sind nur die Feigenblätter des seine Nacktheit schamhaft verhüllenden Klassenegoismus, und auch sie werden bald fallen, da ja doch niemand sich mehr durch sie täuschen läßt. Dies alles mag einigermassen zutreffen als Beschreibung des bestehenden Zustands. Als Norm gedacht, widerspricht es sich selbst. Der Gedanke allein ist ja absurd genug, daß alle Einrichtungen des heutigen politischen Lebens, das Parlament, die Parteien, die Presse, keinem andern Zweck dienen sollten als einer bessern Organisation des Kampfes aller gegen alle. Aber im Begriff

einer Norm politischen Handelns liegt schon die Anforderung die Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen nicht dem Zufall zu überlassen. Nichts anderes als Zufall ist aber die Entscheidung durch die jeweils größte Macht. Die Maxime also die Entscheidung politischer Fragen den Interessenten selbst zu überlassen erweist sich schon vor der Logik als falsch.

Aber, so könnte man einwenden, der Philosophie bedürfen wir dennoch nicht. Wo der gute Wille fehlt, nützt sie ohnehin nichts, wer aber guten Willens ist, der braucht nur sein gesundes Gefühl zu befragen, das wird ihm eine bessere Richtschnur sein als alle doch stets strittige Philosophie. Was nützen ihre schönsten und bündigsten Beweise? Wenn man näher zusieht, knüpfen sie mit ihren Voraussetzungen doch immer an Unbewiesenes, gefühlsmäßig Angenommenes an und können noch von Glück sagen, wenn das Gefühl ein gesundes war. Dem Leugner seiner Voraussetzungen kann auch der Philosoph nichts beweisen.

Dieser Einwand, so plausibel er klingt, macht selbst eine Voraussetzung, die ich nicht zugeben kann. Er steht und fällt mit der Behauptung, daß nichts als guter Wille nötig sei, um der Entscheidung des gesunden Gefühls in jedem Fall sicher zu sein. Das ist leider eine Illusion. Zwei Ursachen sind es, die diesen Anspruch des gesunden Gefühls gerade in politischen Fragen trüben. Die geringste Selbstbesinnung zeigt doch jedem von uns, wie er bei allen Entscheidungen abhängig ist von äußeren Einflüssen, die sein Denken und Fühlen modifizieren. Wie schwer wird es uns oft die Nachwirkungen einer verkehrten Erziehung als solche zu erkennen und gar uns darüber zu erheben. Nation, Religionsgemeinschaft, Klasse, alle zwingen uns einen Komplex überkommener Vorstellungen und Urteile auf, die sich in unserm Innern in kaum zu entwirrender Verschlingung mit den natürlichen spontanen Äußerungen unseres Geistes durchdringen. Haben wir aber einmal diese Quelle des Irrtums erkannt, sind wir mißtrauisch geworden gegen die sich uns unmittelbar aufdrängenden Urteile, versuchen wir also unsere Entscheidungen verstandesmäßig zu rechtfertigen, so droht uns eine andere, vielleicht noch größere Gefahr. Denn nun bemächtigt sich unser die Dialektik der Interessenten. Wir wollen uns im Streit der Meinungen auf die Seite der besten Gründe schlagen, aber bei der Kompliziertheit der Zusammenhänge des öffentlichen, besonders des Wirtschaftslebens können wir meist nicht bis zu den letzten Gründen einer Meinung vordringen. Da bieten sich uns Führer an, die uns die Arbeit erleichtern wollen; sie haben angeblich die uneigennützigsten Absichten und entnehmen ihre Gründe dem unverdächtigen Arsenal der objektiven Wissenschaft. Wie nahe liegt es da sich solchen Führern anzuvertrauen, ihren Vereinen beizutreten, für sie zu stimmen usw. Zum Glück warnt den Aufmerksamen die Vielzahl dieser Führer, von denen jeder ein anderes Programm mit anscheinend gleich guten Gründen vertritt. Weiteres Nachforschen belehrt uns denn auch, daß wir es gar nicht mit Leuten zu tun haben, die uns wirklich belehren wollen, sondern mit solchen, denen es nur darum zu tun ist unsere Stimme, unser Gold oder unsern Einfluß ihren eigenen Interessen oder denen ihrer Auftraggeber dienstbar zu machen. Vor solcher Gefahr nun schützt der gute Wille allein sicher nicht. Taubenunschuld ist auf diesem Feld rettungslos verloren, wenn sie sich nicht mit Schlangenklugheit paart. Gegen Dialektik gibt es nur einen wirksamen Schutz: bessere Dialektik. Die beste Dialektik ist aber

diejenige, die nicht bloß stark ist im Beweisen und Widerlegen, die vielmehr ihre Behauptungen in aller Strenge nicht auf willkürliche Dogmen sondern auf einsichtige Grundsätze zurückführt. Das ist aber keine andere Methode als die der Wissenschaft. Wie wir sahen, bedienen sich ihrer auch die Interessenten, aber ihnen ist sie nur Mittel, um aus willkürlichen Voraussetzungen die gewünschten Folgerungen abzuleiten. Das einzige Mittel sich vor diesem Mißbrauch der Wissenschaft zu schützen liegt darin, daß man die Entscheidung des Streitens der autonomen Wissenschaft selbst anheimgibt. Da es sich aber darum handelt eine Richtschnur für menschliches Handeln zu finden, so kommt nur eine Wissenschaft in Frage, nämlich die Philosophie, und zwar die praktische Philosophie oder Ethik. Die Politik als philosophische Wissenschaft muß also ein Teil der wissenschaftlichen Ethik sein. Ob aber so etwas wie wissenschaftliche Ethik möglich ist, läßt sich am besten dadurch beantworten, daß man ihr Wirklichkeit verleiht.

Versuchen wir nun zunächst einmal uns über die Methode zu orientieren, deren sich eine solche philosophische Wissenschaft zu bedienen hat. Es wird das die selbe Methode sein, die für die Philosophie überhaupt angebracht ist. Ohne mich hier auf eine tiefere methodologische Diskussion einzulassen, muß ich doch einige Punkte feststellen, die für das Verständnis des Folgenden unentbehrlich sind. Wir sahen schon, daß die Methode nicht dogmatisch sein darf, das heißt sie darf nicht mit der Aufstellung unbegründeter Prinzipien anfangen. Vielmehr muß sie zu jedem Prinzip eine unmittelbare Vernunftkenntnis als seinen Grund aufweisen. Sie muß aber ferner, um sich vor der Gefahr einer leeren Spekulation zu schützen, sich ständig an dem Wahrheitsgefühl oder, was auf das selbe hinausläuft, an dem konkreten Urteil des Lebens orientieren und darf diesem nicht ohne Grund widersprechen. Freilich, da die Philosophie uns ja gerade von Vorurteilen befreien soll, darf sie nicht alle vorwissenschaftlichen Urteile ungeprüft hinnehmen; aber wenn sie eines verwirft, so muß sie auch in der Lage sein durch ihre Gründe das ihm zugrunde liegende Gefühl aufzulösen und als irrtümlich erkennen zu lassen. Ein Teil der Methode besteht also darin aus den konkreten Urteilen des täglichen Lebens die ihnen zugrunde liegenden allgemeinen Prinzipien zu abstrahieren. Diesen Teil will ich als Abstraktion bezeichnen. Der andere besteht in dem Nachweis des Ursprungs der Prinzipien aus der Vernunft. Ihn nenne ich Deduktion. Gehen wir nun mit diesem Maßstab an die gegenwärtige philosophische und politische Literatur heran, so finden wir, daß fast nirgends den hier aufgestellten Ansprüchen an die Wissenschaftlichkeit der Methode genügt wird. Um so größere Beachtung verdient eine kleine Schrift, die hiervon eine Ausnahme macht. Ich will deshalb an ihrem Beispiel zu zeigen suchen, wie es möglich ist Politik philosophisch zu begründen. Es handelt sich um Leonard Nelsons Theorie des wahren Interesses.¹⁾

Im Leben des einzelnen entstehen die ethischen Probleme immer durch eine Kollision der Interessen, das heißt dadurch, daß jemand ein eigenes Interesse nur befriedigen kann, indem er gleichzeitig ein fremdes verletzt. Und nicht anders verhält es sich im politischen Leben; nur daß dort an die Stelle der Individuen Gruppen von solchen treten, Klassen, Berufsstände, Rassen,

¹⁾ Siehe Nelson Die Theorie des wahren Interesses und ihre rechtliche und politische Bedeutung /Göttingen 1913/.

Nationen, Konfessionen usw. In einem solchen Fall fordert nun, wie leicht einzusehen, die Gerechtigkeit eine Berücksichtigung der kollidierenden Interessen *ohne Ansehen der Person*. Wenn eines der kollidierenden Interessen vorgezogen wird, so muß das ausschließlich in der Natur des Interesses seine Begründung finden und nicht in dem Umstand, daß gerade diese Person, zum Beispiel der Handelnde, sein Träger ist. Dies ist das Gesetz der Gleichheit der persönlichen Würde. Es wird von Nelson in der genannten Abhandlung ohne nähere Begründung vorausgesetzt. Seine Deduktion hat er an anderer Stelle gegeben.²⁾ Aus ihm folgt nun, daß es so etwas wie eine objektive Vorzugswürdigkeit eines Interesses geben muß. Was ist das Kriterium dieser Vorzugswürdigkeit? Es leuchtet ein, daß die Beantwortung dieser Frage nicht nur für die Ethik überhaupt sondern auch speziell für die Politik von großer Bedeutung ist.

Die nächstliegende Antwort ist offenbar die, daß das stärkere Interesse dem schwächeren vorzuziehen ist. In der Tat beherrscht diese Ansicht in mehr oder minder ausgesprochener Weise einen erheblichen Teil der neuzeitlichen politischen Literatur. Vor allem ist sie eines der Fundamente der klassischen liberalen Doktrin und der Lehre von der natürlichen Harmonie der Interessen. Denn diese Harmonie, die als Ergebnis schrankenloser wirtschaftlicher Freiheit verkündet wird, kann logischerweise in nichts anderem bestehen als in der Befriedigung sämtlicher Interessen nach dem Verhältnis ihrer faktischen Stärke. Die selbe Ansicht liegt aber auch dem Ideal der Demokratie zugrunde; denn was kann man günstigstenfalls von seiner Durchführung anderes erwarten als wiederum die Berücksichtigung eines jeden Interesses nach dem Verhältnis seiner Stärke?

Aber so einfach diese Lösung des Problems auf den ersten Blick erscheint, so liegen doch Einwände dagegen ziemlich auf der Hand. Dabei, daß wir das Interesse eines Verbrechers an der verbrecherischen Handlung zu achten uns nicht verpflichtet fühlen, ohne Rücksicht auf die Stärke dieses Interesses, brauchen wir uns nicht lange aufzuhalten. Um von einem Verbrechen zu reden, müssen wir schon voraussetzen, daß die Abwägung der Interessen bereits stattgefunden hat. Wichtiger ist ein anderer Fall. Es kommt vor, daß das Interesse eines Menschen infolge eines Irrtums auf eine gewisse Handlung gerichtet ist. Zum Beispiel, wenn jemand Verlangen nach einer vergifteten Speise hat, weil er nicht weiß, daß sie vergiftet ist. In solchem Fall fühlen wir uns nicht nur befugt sondern sogar verpflichtet den Betroffenen ohne Rücksicht auf die Stärke seines Interesses an der Ausführung seines Vorhabens zu hindern. Wir erkennen daran, daß wir bei der Abwägung der Interessen nach ihrer Stärke diese so berücksichtigen müssen wie sie sich nach der Korrektur eines etwaigen Irrtums ergeben würde. Auf diese Notwendigkeit ist man natürlich sehr früh aufmerksam geworden und hat nicht versäumt aus ihr politische Konsequenzen zu ziehen. In der Tat finden wir, daß die Torheit der Menschen und ihre Unkenntnis dessen, was ihrem Glück förderlich ist, eines der stärksten Argumente gegen Demokratie und Liberalismus abgeben. Es dient vorzüglich zur Rechtfertigung jeder Art von Bevormundung. Seiner bedienen sich die Verteidiger des Absolutismus und des Polizeistaats, und auch die Gedankengänge mancher Sozialisten

²⁾ Siehe Nelson Die kritische Ethik bei Kant, Schiller und Fries /Göttingen 1914/; siehe auch die Besprechung dieser Abhandlung in der Rundschau Philosophie, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 651 ff.

stehen ihm nicht fern. Was den beiden hier gekennzeichneten Ansichten gemeinsam ist, das ist die Überzeugung, daß bei vollkommener Kenntnis der Sachlage für die Vorzugswürdigkeit eines Interesses nichts anderes als seine Stärke maßgebend sein kann. Sie erweist sich jedoch bei näherem Zusehen noch immer als unzureichend. Das zeigt sich in denjenigen Fällen, wo wir ein schwächeres Interesse einem stärkern vorziehen, ohne daß von einem Irrtum über Tatsachen die Rede wäre, einfach deshalb, weil wir das schwächere Interesse für das höhere halten. Das kann so weit gehen, daß das schwächere Interesse die Stärke null hat, das heißt, daß sein Träger sich dessen gar nicht bewußt ist; ja dieser Fall ist der wichtigste. Er tritt zum Beispiel ein, wenn Eltern oder Erzieher, um ein Kind in ihrer Obhut festzuhalten, es am Selbständigwerden verhindern, ja das bloße Aufkommen des Wunsches nach Selbständigkeit hintertreiben. In einem solchen Fall kann das Kind sich in dieser Vormundschaft sehr wohl fühlen, also an der Selbständigkeit gar kein Interesse haben. Dennoch machen wir solchen Erziehern den Vorwurf der Pflichtverletzung. Wir gehen also hier so weit, daß wir ein bloß mögliches Interesse einem faktischen vorziehen.

Wir machen also zwischen verschiedenen Interessen einen Unterschied des Wertes, der von dem der Stärke unabhängig ist. Man könnte auf Grund dessen versuchen von der Stärke gänzlich abzusehen und das Kriterium der Vorzugswürdigkeit nur in den Wert eines Interesses zu legen. Doch auch so urteilen wir in Wirklichkeit nicht. Zum Beispiel hat das Interesse an guter Musik an und für sich einen höhern Wert als das Bedürfnis zu schlafen. Dennoch halten wir uns im Kollisionsfall verpflichtet das Schlafbedürfnis etwa eines Kranken unserm musikalischen Interesse vorzuziehen. Und solcher Beispiele ließen sich sehr viele anführen. Aus ihnen ergibt sich, daß man jedenfalls die Stärke eines Interesses bei der Abwägung nicht ganz vernachlässigen darf. Wir müssen also einen Maßstab für diese Abwägung finden, der diese beiden Gesichtspunkte vereinigt. Die Anwendung dieses Maßstabs müssen wir dann mit dem Gesetz der persönlichen Gleichheit in Einklang bringen. Nach diesem kommt es nämlich darauf an, ob wir in unsere Handlung einwilligen können, wenn die von ihr betroffenen Interessen auch die unsrigen wären. Die Möglichkeit dieser Einwilligung hängt doch aber von der relativen Stärke der Interessen ab.

Ein Interesse ist stets ein Akt, in dem wir einem Gegenstand einen Wert beilegen. Es gibt aber zwei grundverschiedene Arten von Interessen. Ein solches kann nämlich einmal sein die Anerkenntnis eines Wertes; in diesem Fall kommt der Wert dem Gegenstand zu unabhängig von dem Vorhandensein unseres Interesses. Ein Interesse kann aber auch selbst Bestimmungsgrund eines Wertes sein; dann kommt dieser Wert dem Gegenstand nur zu, sofern wir uns für ihn interessieren. Wir wollen die erste Art von Interessen objektiv, die zweite subjektiv nennen. Subjektiv ist zum Beispiel unser Interesse an einer angenehmen Speise, objektiv dagegen das an einer Tugend, etwa der Ehrlichkeit, denn wenn wir ihr einen Wert zuschreiben, so meinen wir nicht, daß er ihr nur zukommt, weil und sofern wir uns für sie interessieren, sondern an und für sich. (So ist es nach unserer wirklichen Überzeugung; ob wir mit dieser Überzeugung recht haben, bleibt dabei noch dahingestellt.) Die objektiven Interessen zeichnen sich dadurch aus, daß sie berichtigt und gebildet werden können. Ein subjektives Interesse kann

nur modifiziert werden. Hieraus folgt nun ein wichtiger Unterschied der beiden Arten von Interessen: Während es offenbar bei einem subjektiven Interesse keinen Sinn hätte zu sagen, daß seine Stärke dem Wert des Gegenstands nicht entspricht, weil ja der Wert sich erst durch diese Stärke bestimmt, ist es bei einem objektiven Interesse durchaus möglich, daß es, obwohl schwächer als ein anderes, doch auf einen wertvollern Gegenstand gerichtet ist. Wenden wir das nun auf die Interessen an, die wir gegen einander abwägen wollen, so zeigt es sich, daß das, worauf es dabei ankommt, der objektive Wert ist, der ihrer Befriedigung zukommt. Wir beurteilen nämlich den Wert eines Interesses danach, in welchem Grad seine Befriedigung zum Wert des ganzen Lebens beiträgt. Es leuchtet ein, daß hierbei auch der Befriedigung bloßer sinnlicher Interessen ein gewisser Wert erteilt wird, insofern nämlich als sie bis zu einem gewissen Grad Bedingung der Befriedigung höherer Interessen ist. »Der Mensch ist zwar noch wenig«, sagt Schiller, »wenn er warm wohnt und satt zu essen hat; aber er muß doch zuerst warm wohnen und satt zu essen haben, bevor seine bessere Natur in ihm sich regt.« Hiermit ergibt sich denn auch die Möglichkeit eines gemeinsamen Maßstabs zur Vergleichung der Stärke und des Wertes zweier Interessen. Beides wird zurückgeführt auf die Vergleichung objektiver Interessen. Wir erhalten so das folgende Kriterium: Die Vorzugswürdigkeit eines Interesses gegenüber kollidierenden bestimmt sich durch die relative Stärke des Interesses, das eine vollkommen gebildete Person an seiner Befriedigung haben würde. Unter einer vollkommen gebildeten Person ist dabei eine solche zu verstehen, die einerseits über vollkommene Einsicht verfügt, andererseits in jedem Fall das als wertvollere Erkenntnis dem als weniger wertvoll Erkannten vorzieht. Das Gesetz der persönlichen Gleichheit müssen wir also dahin ergänzen, daß wir bei der Frage nach der Möglichkeit unserer Einwilligung nicht nur von einem etwaigen theoretischen, sondern ebenso von einem praktischen Irrtum des Betroffenen absehen müssen (das heißt nicht nur von dem Irrtum über eine Tatsache sondern auch über einen Wert).

Damit ist die Frage nach dem Kriterium der Vorzugswürdigkeit von Interessen so weit beantwortet als dies mit Hilfe der Abstraktion möglich ist. Das Weitere ist nun Sache der Deduktion; diese will ich an dieser Stelle nicht ausführlich wiedergeben. Das Genauere darüber möge der Leser in der erwähnten Nelsonschen Schrift nachlesen. Nelson unterscheidet zwei Arten von Interessen: intuitive und nichtintuitive. Ein intuitives Interesse ist ein solches, das uns unmittelbar bewußt ist. Dagegen kommen uns nichtintuitive Interessen nur durch Reflexion zum Bewußtsein. Nun kann die Reflexion für sich keine neuen Inhalte hervorbringen sondern uns nur bereits vorhandene zum Bewußtsein bringen. Daher muß einem jeden reflektierten nichtintuitiven Interesse ein ursprünglich dunkles nichtreflektiertes Interesse zugrunde liegen. Das oben gefundene objektive Interesse am Wert des Lebens ist ein solches reflektiertes nichtintuitives Interesse. Nelson zeigt nun, daß das ihm zugrunde liegende nichtreflektierte Interesse ein rein vernünftiges ist, nämlich das ästhetische Interesse an der vernünftigen Selbstbestimmung der Persönlichkeit. Diese ist es, die er als das Ideal der Bildung bezeichnet. Mit der Aufweisung dieses Interesses ist die Deduktion vollendet und damit auch der vorher bloß formalen Bestimmung des objektiven

Interesses ein bestimmter Inhalt gegeben. Damit klärt sich auch der Unterschied zwischen dem bloß wirklichen und dem wahren Interesse einer Person auf. Er beruht auf der ursprünglichen Dunkelheit des rein vernünftigen Interesses. Dadurch wird es möglich, daß ein Irrtum über den Inhalt dieses Interesses entsteht.

Ich will nun mit Nelson versuchen aus dem eben Gefundenen einige Folgerungen für Rechtslehre und Politik zu ziehen. Wir sahen, daß das wahre Interesse auf die vernünftige Selbsttätigkeit gerichtet ist. Daraus ergibt sich die Eigentümlichkeit, daß niemals ein Mensch das wahre Interesse eines andern unmittelbar befriedigen kann. Es kann also auch keine Pflicht geben das wahre Interesse eines andern zu befriedigen. Wohl aber kann es Pflicht sein Hindernisse zu beseitigen, die einen andern an der Befriedigung seines wahren Interesses hindern. Ein Versuch dagegen das wahre Interesse eines andern direkt zu befriedigen würde vielmehr gegen dieses wahre Interesse als ein auf Selbständigkeit gerichtetes verstoßen. Sind insofern die Pflichten, die für uns aus dem wahren Interesse anderer entspringen, geringer als diejenigen, die aus deren sinnlichen Interessen entspringen, so ist in anderer Beziehung das Verhältnis ein umgekehrtes. Wie wir sahen, ist das wahre Interesse dem Menschen nicht unmittelbar bewußt. Er kann es aber nur befriedigen, soweit es ihm zum Bewußtsein gekommen ist. Deshalb hat jeder Mensch ein wahres Interesse daran zum Bewußtsein seines wahren Interesses zu gelangen. Daher die Aufgabe dieses Bewußtsein bei anderen zu erwecken, soweit es noch nicht vorhanden ist.

Zwei politische Ansichten waren oben einander gegenübergestellt worden. Nach der einen sollten die Interessen der Menschen nur nach ihrer faktischen Stärke Anspruch auf Berechtigung haben. Danach ist jede Art von Bevormundung schlechthin zu verwerfen. Nach der andern Ansicht dagegen ist es geradezu Pflicht die Menschen in jeder Hinsicht zu bevormunden und ihr *wohlverstandenes* Interesse auch gegen ihren Willen zu befriedigen. Man kann nunmehr den Fehler dieser beiden Ansichten aufdecken. Er liegt in der Verwechslung des wahren mit dem sinnlichen Interesse. Dieses gegen den Willen seines Trägers zu befriedigen kann nicht nur erlaubt sondern auch Pflicht sein. Wohingegen jenes von der Art ist, daß der in ihm liegende Anspruch auf Selbstbestimmung nicht durch die Einwilligung seines Trägers aufgehoben werden kann. Diese Beschränkung der Selbstbestimmung ist Bevormundung. Die Erlaubnis zur Bevormundung besteht daher nur gegenüber Wesen, die verständiger Selbstbestimmung nicht fähig sind. Solche Wesen nämlich bedürfen der Bevormundung deshalb, weil sie auch zur Befriedigung ihrer sinnlichen Interessen nicht imstande sind. Dagegen wird diese Erlaubnis zur Bevormundung eingeschränkt durch das wahre Interesse, das fordert sie so auszuüben, daß das bevormundete Wesen so bald wie möglich mündig wird.

Das wahre Interesse genießt vor dem sinnlichen den großen Vorzug, daß es rein vernünftiger Natur ist. Daraus folgt, daß wir das wahre Interesse an der Bildung, das heißt an der vernünftigen Selbstbestimmung bei jedem Menschen nicht nur voraussetzen dürfen sondern sogar müssen. Dagegen können wir nur a posteriori wissen, ob jemand ein bestimmtes sinnliches Interesse hat. Worin jemand sein Glück findet, das weiß er allein am besten. Worin aber der Wert des menschlichen Lebens überhaupt besteht,

das können wir a priori wissen. Daher kommt es, daß aus dem wahren Interesse eine Art Naturrecht entspringt. Durch Subsumtion des wahren Interesses unter das Rechtsgesetz (das Gesetz der Gleichheit) erhalten wir nämlich den Satz: Alle ihrer Natur nach bildungsfähigen Wesen haben das gleiche Recht auf die äußere Möglichkeit zur Bildung zu gelangen. Und dieser Satz gilt ohne Rücksicht darauf, ob der darin ausgesprochene Rechtsanspruch durch ein wirkliches Bedürfnis vertreten wird. Der Satz »*Volenti non fit iniuria*« gilt also nicht für das wahre Interesse.

Es ist sehr leicht aus diesem Prinzip Folgerungen für die Kulturpolitik zu ziehen. Es ergibt sich daraus ohne weiteres der Anspruch aller Bürger des Staates auf die gleichen Bildungsmöglichkeiten. Es ergibt sich aber ferner, daß es eine Forderung des Rechts ist jeden widerrechtlichen Eingriff in die vernünftige Selbstbestimmung eines Menschen zu verhindern ohne Rücksicht auf seine faktischen Wünsche. Ein solcher Eingriff besteht, wie wir sahen, im Fall einer widerrechtlichen Bevormundung, liegt insbesondere aber überall da vor, wo irgend jemand, seien dies nun Eltern, Lehrer oder die Priester einer Kirche, den Versuch macht die heranwachsende Generation in Unkenntnis über ihr eigenes wahres Interesse zu halten, durch einen Mißbrauch ihrer Autorität. In allen solchen Fällen ist es Sache des Staates sich des verletzten wahren Interesses anzunehmen, ohne Rücksicht darauf, ob die Motive jener Vormünder wohlwollende sind oder nicht. Aus diesem Grund muß auch das angebliche Recht der Eltern ihre Kinder in einem ihnen gutscheinenden religiösen Glauben zu erziehen oder durch andere erziehen zu lassen auf die Bedingung eingeschränkt werden, daß dadurch das Interesse der Kinder an ihrer freien Selbstbestimmung nicht verletzt wird. Daraus folgt aber, daß eine derartige Erziehung, wie jeder Unterricht überhaupt, sich nur des Mittels der Überzeugung bedienen darf. Und hieraus ergibt sich, daß der Staat nicht nur die Befugnis sondern auch die Pflicht hat jeden Unterricht zu überwachen. Diese Konsequenz widerspricht nun freilich dem Prinzip der Toleranz, wie es der Kulturpolitik gewöhnlich zugrunde gelegt wird. In der Tat beruht dieses Prinzip auch auf der Verkennung der ursprünglichen Dunkelheit des wahren Interesses. Wäre diese nicht vorhanden, wäre also jeder Mensch sich seines wahren Interesses an der Bildung unmittelbar bewußt, so wäre es freilich das einzig Richtige Toleranz zu üben, das heißt nicht nur einen jeden nach seiner eigenen Fassung selig werden zu lassen sondern es auch jedem zu überlassen, wie weit er zur Seligkeit des andern beitragen möchte. Nun gibt aber die ursprüngliche Dunkelheit des wahren Interesses die Möglichkeit einen Menschen daran zu verhindern, daß er sich seines eigenen wahren Interesses bewußt wird. Und dies ist die Methode, wie sie in Wirklichkeit allerorten von den Priestern aller Konfessionen geübt wird. Hier nun Toleranz üben hieße diejenigen ohne Hilfe lassen, die sich ihrer Notlage gar nicht bewußt sind, und die schon deshalb unfähig sind sich aus ihr zu befreien. Denn darin unterscheidet sich das wahre von dem sinnlichen Interesse, daß das zweite, wenn es verletzt wird, seinen Träger schon von selbst zur Abwehr des Unrechts antreibt, während dies bei dem ersten nicht der Fall ist. Und, mehr noch, das sinnliche Interesse erweckt, wo es verletzt wird, das Mitgefühl anderer Menschen und ruft auch dadurch Kräfte der Abwehr hervor; während das wahre Interesse häufig gerade aus mißverstandendem Wohlwollen für seinen

Träger an der Entwicklung behindert wird. Denn es ist ja klar: Wenn es nur darauf ankommt die Menschen glücklich zu machen, so ist es besser für sie ihnen nicht nur die Bildung sondern auch das Interesse an ihr vorzuenthalten. Wird jedoch hier die Toleranz verworfen und dem Staat die Befugnis eingeräumt über Erziehung und Unterricht und speziell über die religiöse und natürlich auch über die moralische, politische und wissenschaftliche Bildung eine Kontrolle auszuüben, so muß man dabei eine Einschränkung beachten. Was hier vom Staat gesagt wird, das gilt von dem ideal gedachten Staat, läßt sich deshalb nicht ohne weiteres auf einen beliebigen, zum Beispiel auch nicht auf unsere gegenwärtigen Staaten übertragen. In ihren Händen nämlich kann, so ist zu befürchten, und das lehrt auch die Erfahrung, eine derartige Befugnis selber zu einem Instrument allerschlimmster Bevormundung werden. Heute wäre daher schon sehr viel erreicht, wenn es freiheitlich gesinnten Eltern und Erziehern gestattet wäre ihre Kinder oder Zöglinge auf ihre Weise zu erziehen. Unter diesen Umständen ist es allerdings angebracht zunächst einmal Toleranz für freiheitliche Gedanken zu fordern. Die Bevormundung derjenigen Teile der Bevölkerung zu hindern, die sich noch nicht von den Fesseln des Dogmas und der Autorität befreit haben, ist dann erst eine weitere Aufgabe für den Politiker.

Nicht weniger wichtig als die kulturpolitischen sind diejenigen Konsequenzen, die man für die Sozialpolitik aus der Theorie des wahren Interesses ziehen kann. Berücksichtigt man für die Sozialpolitik nur die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen, so gelangt man zu der Forderung, daß jeder diese seine tatsächlichen Bedürfnisse in gleichem Maß müsse befriedigen können. Das würde sich aber am einfachsten dadurch erreichen lassen, daß man durch Bevormundung die Bedürfnisse der Menschen auf einem möglichst niedrigen Niveau erhält. Ohne Zuhilfenahme des wahren Interesses läßt sich die Widerrechtlichkeit eines solchen Verfahrens nicht zeigen. Man hält es gewöhnlich für ein sozialpolitisches Erfordernis der Gerechtigkeit, daß alle Menschen die gleiche Möglichkeit erhalten zum Wohlstand zu gelangen. Es ist aber sehr schwer für diesen Begriff des Wohlstands eine befriedigende Erklärung zu finden. Wie wir eben sahen, ist die Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse zum Wohlstand durchaus nicht hinreichend; andererseits beweist die Existenz von Luxusbedürfnissen, daß auch nicht die Befriedigung jedes wirklich vorhandenen Bedürfnisses als Bedingung des Wohlstands angesehen werden kann. Wir können nunmehr den Wohlstand als dasjenige Maß von Besitz definieren, das notwendig und hinreichend ist, um dem einzelnen zu ermöglichen zu der, mit Rücksicht auf seine Anlagen, überhaupt erreichbaren Bildung zu gelangen. Wenn wir den Wohlstand in diesem Sinn definieren, so muß in der Tat verlangt werden, daß jedem die gleiche Möglichkeit zum Wohlstand zu gelangen durch die Gesetze garantiert werde. Es ist klar, daß jede Art von Ausbeutung mit der hier geforderten sozialen Gleichheit unverträglich ist.

Daraus, daß, wie wir sahen, das Ideal der Bildung die vernünftige Selbstbestimmung der Persönlichkeit fordert, folgt nun ferner, daß jeder im Staat die Freiheit haben sollte seine Bedürfnisse so zu befriedigen wie ihm selber gut dünkt und insbesondere den Beruf zu wählen, der seinen Anlagen am besten entspricht. Allerdings wird dieses Ideal der Freiheit durch das der

Gleichheit eingeschränkt. Die Freiheit in der Befriedigung der Bedürfnisse darf also nicht so weit gehen, daß dadurch andere in dieser selben Freiheit widerrechtlich beschränkt werden. Welche Maßnahmen im einzelnen erfordert werden, um das hier geforderte Gleichgewicht herzustellen, das läßt sich natürlich rein philosophisch nicht bestimmen. Es ist überhaupt nicht Aufgabe einer philosophischen Grundlegung der Politik bestimmte Maßnahmen, die unmittelbar auf einen konkreten Gesellschaftszustand anwendbar wären, abzuleiten. Was sie vielmehr allein leisten kann, ist die Angabe von Kriterien, mit deren Hilfe man einen gegebenen Gesellschaftszustand mit dem Ideal vergleichen kann. Durch welche Maßnahmen dann ein solcher Gesellschaftszustand reformiert und dem Ideal angenähert werden kann, das zu entscheiden ist Sache des praktischen Politikers.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Schippel

von Elm †

Am 18. September ist Adolph von Elm, 59 Jahre alt, in Hamburg gestorben. In ihm verliert die Arbeiterbewegung Unersetzliches (siehe die Rundschauen Sozialistische Bewegung, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung und Sozialpolitik, in diesem Band, pag. 1058 ff., 1065 ff., 1068 f. und 1071 f.). Auch in dieser Rundschau muß seiner gedacht werden. Denn auch als Reichstagsabgeordneter entfaltete dieser überall gleich arbeitsfreudige und weitblickende Genosse seinerzeit eine rege Tätigkeit. 1893 war Molkenbuhr in dem ihm seit langem vertrauten Pinneberg-Segeberg unterlegen. Als 1894 wegen allzu aufdringlicher Wahlbeeinflussungen das Mandat des Grafen von Moltke für ungültig erklärt wurde, war Molkenbuhr bereits in Elberfeld neu gewählt, so daß die Aufstellung von Elms, der von Hamburg aus mit dem schleswigschen Parteileben in enger Fühlung stand, ganz selbstverständlich schien. Damals war der Kreis erst in schwerem Kampf, unter Heranziehung fast aller namhaften Parteiredner, in der Stichwahl zu holen. 1898 und 1903 jedoch siegte von Elm mit immer steigender Stimmenzahl bereits im ersten Gang. Sehr bald nach dem ersten Wahlsieg erwarb er sich auch seine erste parlamentarische Anerkennung durch das Eingreifen in die oft recht leidenschaftlichen Erörterungen über den Hamburger Hafenarbeiterstreik. Später beteiligte er sich vor allem an den Kämpfen gegen die Rückständigkeit des alten Vereinsrechts und der

Koalitionsrechtshandhabung. Männer seines Gepräges traten damals parlamentarisch noch nicht so sehr in den Vordergrund wie sie es verdienten, und ein erfolgshaschender Paraderedner für sensationelle Gelegenheiten wollte von Elm nicht sein. Wo er aber sich beteiligte, wußte er sich stets als ein ganzer Mann Ansehen und Sympathieen zu verschaffen.

×
Neutrale und Entente

Nachdem am 27. August Rumänien sich offen auf die Seite der Entente-mächte geschlagen hatte, scheinen England und Frankreich zu den letzten und stärksten Druckmitteln gegen die bisher noch neutral verbliebenen Staaten übergehen zu wollen. Soweit es sich dabei um die wirtschaftliche Einschränkung, um den Handelskrieg gegen Deutschland handelt, ertönen aus den überaus stark mitleidenden Durchfuhr- und Zufuhrländern immer beweglichere Klagen, ohne daß man dort jedoch zu einer ersten Selbstverteidigung gelangt. Für einen gemeinsamen Schritt fehlt hier die Gleichartigkeit der Voraussetzungen. Genügend groß und einflußreich, um der englischen Seekriegspraxis als Einzelstaat entgegenzutreten, wären nur die Vereinigten Staaten von Amerika gewesen; aber an ihren Willen zur Abwehr glaubt längst niemand mehr, obwohl im Kongreß immer wieder mit Vergeltungsmaßregeln gedroht wird, die sogar, als Vollmacht für den Präsidenten und die Verwaltung, von Zeit zu Zeit ihren bestimmten Niederschlag in Anträgen und Beschlüssen finden. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die 3. skandinavische Konferenz, die am

19. September in Kristiania tagte, über eine abermalige Betonung der »fortgesetzten Aufrechterhaltung loyaler, unparteiischer Neutralität während des Weltkriegs« nicht hinauskam. Selbst aus dem Beschluß über die geplante handelspolitische Bevorzugung zwischen den Ententemächten, bei der die Neutralen als weniger begünstigte Außen-seiter, wenn auch nicht als schroff zoll-differenzierte Feinde, in eine sehr schwierige Lage geraten könnten, spricht kaum eine etwas selbstbewußtere, festere Haltung: »Zur Behauptung der handels-politischen Interessen nach dem Krieg sollen in den drei Ländern vorbereitende Maßnahmen getroffen werden, unter gegenseitigem Zusammenwirken der-jenigen Organe, denen die Angelegen-heit anvertraut ist oder werden wird.«

×
Schweden Der einzige skandinavische Staat, der sich nicht ein-fach dem englischen Joch beugt, ist Schweden, und für die Ver-bindung der Weststaaten mit Rußland ist gerade Schweden von besonderer Bedeutung, vor allem im Winter, wenn die Zufuhr über Archangelsk durch Eis gesperrt ist. Gegen den englischen Postraub und sonstige Übergriffe wandte sich Schweden mit tatkräftigen Vergel-tungsmaßnahmen. Und als es weiterhin Mitte Juli 1916 die Kogrundsrinne, die vom Oeresund in die Ostsee führt, für alle ausländischen Schiffe sperrte, be-schwerte sich der Vierverband in einer ziemlich gereizten gemeinsamen Note: »Das Ergebnis ist, daß die deutschen Handelsschiffe sowohl zu Schwedens Ost- wie Westküste Zutritt haben, wäh-rend die Handelsschiffe der Alliierten, die sich in russischen Häfen befinden, nur Zutritt zur Ostküste haben und die übrigen Handelsschiffe der Alliierten nur zur Westküste. Mit anderen Worten: Schweden hat die von Deutschland zwischen den Alliierten in der Ostsee aufgetürmte Scheidewand vervollstän-digt. Um der Möglichkeit einer Ver-letzung der schwedischen Hoheits-gewässer durch Rußland vorzubeugen, verstärkt die schwedische Regierung die Bewachung ihrer Küsten und droht mit unmittelbarer Anwendung von Waffen-gewalt. Um einer entsprechenden Mög-lichkeit von Deutschland vorzubeugen, entfernt dagegen die schwedische Re-gierung jeden Anlaß zum Eindringen deutscher Seestreitkräfte in schwedische Gewässer, indem sie ohne weiteres die Seefahrt absperrt, an deren Störung

Deutschland Interesse hat. Zwischen der Haltung der schwedischen Regierung gegenüber der einen und der andern der kriegführenden Parteien besteht also ein deutlicher Unterschied, der schlecht vereinbar erscheint mit den Verpflichtungen loyaler unparteiischer Neutralität. Die Regierungen der Ententeländer beklagen lebhaft dies fest-stellen zu müssen.« Bei einer solchen Zuspitzung des Gegensatzes sieht man selbst in der angekündigten weitem Drangsalierung Norwegens nur einen Schachzug Englands gegen Schweden: ähnliche Kompensationen und Zusiche-rungen, wie sie auf den neuen Druck hin das ententefreundliche Norwegen, vielleicht gar nicht so ungern, gewährt, wird, wie man hofft, Schweden künftig gleichfalls kaum verweigern können, wenn es ernstere und gefährlichere Kon-flikte vermeiden will. So zert man er-bitterter als je an dem Riegel, der sich wirtschaftlich noch immer recht fühl-bar zwischen den östlichen und den west-lichen Flügel der Ententegruppe schiebt.

×
Schweiz Der Schweiz andererseits versagte man (natürlich immer mittelbar, durch Drohungen mit schärferen Zufuhr-verweigerungen seitens Englands und Frankreichs) Deutschland gegenüber die spottgeringe Bewegungsfreiheit, aus der allein die Schweiz zu hinreichenden Gegenleistungen für die sonst zurück-gehaltene deutsche Zufuhr, vor allem von Kohle, Zucker, Bekleidungsgegen-ständen, befähigt war. Wie die Nie-derländer ihren Niederländischen Über-seetrust, so haben die Schweizer ihre Société de la Surveillance Suisse. Bis zu deren Inslebentreten hatte Deutschland jedoch, wie die deutsche amtliche Dar-stellung hervorhebt, Vorräte in der Schweiz angekauft, deren Erwerb natür-lich ohne jede Voraussicht der kom-menden neuen, von England erzwunge-nen, Ausfuhrerschwerungen erfolgt war. Die Freigabe dieser Bestände zum Aus-tauschverkehr (es handelte sich um etwa 3800 Bahnwagenladungen) bildete die Voraussetzung des deutschen Einver-ständnisses mit der Errichtung der So-ciétié de la Surveillance; und bei den deutschen Zufuhrzugeständnissen an die Schweiz, die Deutschland bei der unge-heuren Anspannung seiner Produktion nicht immer leicht fielen, war stets als Gegenbedingung gedacht, daß ähnliche Warenversorgungen wie im Anfang aus der Schweiz auch später ungestört fort.

liefen. Die Ententemächte, die mit ihren internationalen Lieferregelungen die Schweiz wirtschaftlich genügend in der Hand zu haben glauben, suchten neuerdings selbst diesen Kompensationsverkehr zu unterbinden. Alle schweizerischen Vorstellungen in Paris, wo die Verhandlungen mit dem ganzen Ententekreis geführt wurden, blieben erfolglos. Dagegen kam man mit Deutschland zu einer Verständigung, die allerdings noch durch ein entsprechendes schweizerisches Abkommen mit den Westmächten ergänzt werden muß. Nach einer Erklärung des Bundesrats Hoffmann vor dem schweizerischen Ständerat war man in Bern von den Pariser Verhandlungen schwer enttäuscht, insbesondere durch die ängstliche Abwägung all dessen, was als Verproviantierung der blockierten Mittelmächte gelten könne. Die Blockade sei eine militärische Maßregel, und man könnte verstehen, wenn jede Durchfuhr verhindert werde, die eine direkte Unterstützung der militärischen Kraft der Mittelmächte darstellen würde. Jedoch die Ausdehnung der Blockade auf Dinge, deren Durchfuhrverbot den feindlichen Handel und die Industrie treffen solle, sei vom neutralen Standpunkte nicht zu rechtfertigen. Insbesondere hätte man der Schweiz im Restitutionsverkehr (Lieferung von Rohstoffen gegen Rücklieferung von Fabrikaten hieraus), der ja den Mittelmächten keine Vorteile für deren eigenen Bedarf geliefert hätte, mehr entgegenkommen können.

× Kriegspublikationen ×
In der von Alfred Hettner sachkundig geleiteten Sammlung Die Kriegsschauplätze /Leipzig, Teubner/

sind folgende Arbeiten erschienen: Professor A. Philippson (Bonn) Der französisch-belgische Kriegsschauplatz, Professor J. Partsch (Leipzig) Der östliche Kriegsschauplatz, Professor N. Krebs (Wien) und Professor Fr. Braun (Graudenz) Die Kriegsschauplätze auf der Balkanhalbinsel. Das Unternehmen ist zu Orientierungszwecken sehr zu empfehlen.

Das neutrale Belgien und Deutschland im Urteil belgischer Staatsmänner und Juristen /München, F. Bruckmann/ nennt ein hervorragender belgischer Jurist, Dr. Fritz Norden, seine von Josef Kohler eingeleitete Schrift, in der er geschichtlich wie juristisch nachzuweisen sucht, daß die Neutralität und Unverletzlichkeit Belgiens seit langem

als eine bedingte galt, und daß die früheren Abmachungen keineswegs einem Durchzug fremder Truppen entgegenstanden. Belgische Eindrücke und Ausblicke veröffentlicht der bekannte volksparteiliche Führer Dr. Ernst Müller (Meiningen) /München, J. F. Lehmann/. Vielfach beachtenswert sind am Schluß die Glossen zur Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Zeitgemäß und geschickt hat auch der Volksvereinsverlag in München-Gladbach eine Sammlung von 9 Abhandlungen über den Kampf in Belgien herausgebracht. Über die Verkehrsentwicklung schreibt hier Otto Dresemann, über die Landwirtschaft Hermann Ritter, über die Arbeiterbewegung Theodor Brauer, über das religiöse Problem Julius Bachem. Eine gewisse Färbung der Auffassung ist natürlich unverkennbar, aber Sachkenntnis und geschulter Blick lassen sich vielen Bearbeitern nicht absprechen.

Über unser Verhältnis zu Italien spricht sich Albert von Trentini in einer Flugschrift des Dürerbundes /München, Callwey/ aus. Der Trautenauner Stadtrat Ferdinand Gruner legt mit Benutzung amtlicher Urkunden dar, wie der Übergang Italiens zur Entente in die Wege geleitet und durchgeführt wurde (Der Treubruch Italiens /München, J. F. Lehmann/).

Düstere Blätter aus der russischen Geschichte schlägt H. von Revelstein von neuem auf, in einer Schrift Die Not der Fremdvölker unter dem russischen Joche (Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen und Polen, die Ukraine und Weißrußland, Bessarabien, der Kaukasus) /Berlin, Georg Reimer/.

Hauptsächlich der zusammenhängenden Darstellung der sogenannten Verfassungskampfperiode in Finnland ist das anziehende Werkchen von Johannes Öquist Das politische Leben Finnlands (in der Sammlung Zwischen Krieg und Frieden /Leipzig, Hirzel/) gewidmet. Schwedische Stimmen über die militärisch-politische Bedeutung der finnischen Inselgruppe hat Wilhelm Habermann übersetzt und eingeleitet (Aland /München, Duncker & Humblot/).

Als überaus reichhaltige Materialiensammlung konnte ich kürzlich in meinem Artikel Deutsche Politik, England und Rußland (in den Sozialistischen Monatsheften, 1916, 2. Band, pag. 845) Mehrmanns Schrift Der diplomatische Krieg in Vorderasien /Dresden, Das Größere Deutschland/ empfehlen. Jetzt veröffentlicht in Jäckhs Deutscher

Orientbücherei / Weimar, Kiepenheuer/ auch Dr. C. A. Schäfer, als Vorarbeit zu einem größern Buch, eine Studie über die Entwicklung der Bagdadbahnpolitik, mit einer vortrefflich orientierenden Karte der ineinandergreifenden und zugleich weltpolitisch rivalisierenden Eisenbahnen der asiatischen Türkei.

× Kurze Chronik Am 23. Juli verschied im 61. Lebensjahr der konservative Abgeordnete Dr.

Georg Oertel. Aus kleinen Verhältnissen emporgewachsen, hatte er sich bereits als junger Oberlehrer in Leipzig eine angesehene journalistische und politische Stellung in der konservativen Partei Sachsens zu schaffen verstanden. Sein raschster Aufstieg vollzog sich jedoch, als ihn der Bund der Landwirte 1894 an die Spitze der neugegründeten Deutschen Tageszeitung berief. Zu dem unerhörten Erfolg, daß eine konservativ-agrarische Zeitung eine Massenverbreitung und selbst in städtischen und hauptstädtischen Kreisen großen Einfluß gewann, hat er, in den allerjüngsten Jahren neben dem Grafen E. von Reventlow, wesentlich beigetragen. Auch im Reichstag, der keinen Überfluß an wirksamen und sachverständigen Rednern und Führern besitzt, hinterläßt sein Tod eine fühlbare Lücke.

× Nach mehreren Ministerkrisen ist der innere Auflösungsprozeß in Griechenland so weit vorgeschritten, daß sich unter dem Schutz der Entente-armeen und -geschwader ein revolutionärer Ausschuß, hauptsächlich in Saloniki und auf den Inseln tätig, zur Bekämpfung des alten, nicht genügend ententefreundlichen Regierungskurses bilden konnte. Veniselos scheint gleichfalls alle Brücken der Verständigung hinter sich abgebrochen zu haben. Ob der König noch wie früher über die Spitzen der Armee verfügt, wird sich sehr bald herausstellen müssen. × In Dänemark benutzten die vereinten Gegner des bisherigen, von der Sozialdemokratie unterstützten bürgerlichradikalen Ministeriums Zahle und seines, angeblich allzu deutschfreundlichen Ministers des Auswärtigen Scavenius den Streit über den Verkauf der westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten (siehe die Rundschau Kolonisation, in diesem Band, pag. 1024) zur Heraufbeschwörung einer innern Krisis. Das Ergebnis war, daß das Ministerium Zahle durch Hinzuziehung je eines Konservativen, Libe-

ralen und Sozialdemokraten zu einem Sammlungsministerium erweitert wurde. Die Antillenvorlage wurde einer Kommission beider Häuser des Parlaments überwiesen. Entscheidet diese sich für die Abtretung, so soll darüber noch eine Volksabstimmung stattfinden.

× Literatur In 2., erweiterter Auflage gibt der Verlag B. G. Teubner in Leipzig Alfred

Hettners Rußland heraus. Äußere und innere Entwicklung eines großen europäischen Reiches werden hier meisterlich zu ihren geographischen Grundlagen in Beziehung gesetzt; ein neugeschriebener Teil behandelt die politisch-geographischen Verhältnisse des ganzen russischen Reiches, seinen Bestand, seine äußere Politik und seinen innern Zusammenhalt. -

Sozialistische Bewegung / Joseph Bloch

von Elm † Die sozialistische Bewegung wird aus den Kriegsjahren mit stark verminderten Kräften herausgehen. Am 31. Juli 1914 wurde der Weltkrieg mit der Ermordung Jean Jaurès eingeleitet, des geistig bedeutendsten Sozialisten seit dem Tod Ignaz Auers. Am 3. September 1914 fiel Ludwig Frank, wohl die stärkste Hoffnung unter den deutschen sozialdemokratischen Parlamentariern; er hatte anscheinend gerade zuletzt, nach mancherlei Irrungen, die richtige Orientierung als Politiker gefunden. Am 26. September 1915 starb James Keir Hardie, der hochverdiente, volkstümliche Führer der britischen Unabhängigen Arbeiterpartei. Am 19. Dezember 1915 starb der 76jährige Edouard Vaillant, der 1871 die revolutionäre Commune in Paris mit aufrichtete, der 1914 in der Festschrift für den beabsichtigten internationalen Sozialistenkongreß die »Organisierung der sozialistischen Aktion gegen den Krieg« als Aufgabe hinstellte und dann 1½ Jahre später als fanatischer Vorkämpfer der nationalen Verteidigung sein Leben beschloß: ein Menschenschicksal, das uns den nationalen Urgrund des sozialistischen Internationalismus zeigt. Und jetzt ist am 18. September 1916 der deutschen Sozialdemokratie Adolph von Elm entrissen worden. Er war einer der wenigen, die, noch aus dem Heroenalter unserer Bewegung stammend, sich durch ihre eigene Persönlichkeit von den organisatorisch Gebildeten unter-

scheiden, Adolph von Elm gehörte nicht zu denen, die durch eine dankbare Tätigkeit die Blicke auf sich lenken. Er gehörte zu denen, die den Sozialismus verwirklichen. Er arbeitete, eine ungewöhnliche Erscheinung, intensiv in allen drei Strömen des Sozialismus; in der politischen, der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Bewegung. Er hat ihnen allen mit seiner gewaltigen Arbeitskraft, seiner umfassenden Intelligenz und seiner selbstlosen Hingabe in einer Art gedient, die in jeder einzelnen Bewegung wenig ihres gleichen hatte, in allen zusammen nirgends erreicht wurde. Wenn er sich vorwiegend den wirtschaftlichen Betätigungen widmete, so wohl aus dem Grund, weil er erkannte, daß er dadurch unmittelbar ein Stück Sozialismus im Gegenwartsstaat aufbauen konnte. Denn für ihn war der Sozialismus nicht Agitationssache sondern Lebensprinzip; den sozialistischen Geist, den andere in Resolutionen verlangen, hat er in den wirtschaftlichen Schöpfungen der Arbeiterklasse gestalten helfen. Er war unter den Heutigen wohl derjenige, der am meisten sozialistisch lebte.

Sein an Mühen wie an Erfolgen überaus reiches Wirken wird hier in gesonderten Darstellungen geschildert werden. In dieser Rundschau soll nur gesagt werden, was er den Sozialistischen Monatsheften gab und war. Nahezu seit ihrem Bestehen hat von Elm an dieser Zeitschrift mitgearbeitet, und sie verdankt ihm eine Fülle von eindringenden und aufhellenden Arbeiten über fast alle Lebensprobleme der praktischen Arbeiterbewegung. Seine in ihrer einfachen Sachlichkeit überzeugende Schreibweise hat sich unseren Lesern eingepägt. Denn von Elm war nicht nur von großer Klarheit des Denkens sondern auch von nicht alltäglichen schriftstellerischen Fähigkeiten; er hat, ohne absichtlich zu stilisieren, nur auf die Wiedergabe der Gedanken abzielend, ihnen unbewußt die Form gegeben, die sie verlangten. Aber von Elm war den Sozialistischen Monatsheften nicht nur einer ihrer wertvollsten Mitarbeiter, er war auch, und das ist weit mehr, ihr treuester Freund. Treue war der hervorstechendste Zug in seinem Wesen. Die Sozialistischen Monatshefte haben in 2 Jahrzehnten ihres an großen und kleinen Anfeindungen reichen Lebens immer wieder diese Treue von Elms kennen gelernt: als man 1902 auf dem Münchener Parteitag über sie herfiel; dann 1909 bei der noch

schlimmern Hetze, die aus Anlaß eines Leuthnerschen Artikels, der das deutsche Volk vor den englischen Absichten warnte, in der Parteipresse entfesselt wurde und sich dann bis zu ungeheuerlichen Verdächtigungen steigerte; und noch manches andere Mal.

Im übrigen kümmerte sich von Elm nicht um die großen und kleinen Parteidaffären. Wenn er aber einmal Stellung nahm, dann nur, wenn er ein Lebensinteresse der Sache gefährdet sah: mochte es ein materielles oder ein moralisches sein. So in dem Akkordmaurerfall vom Jahr 1901, der, wie er in seiner Abhandlung *Durch Gärung zur Klärung* in den Sozialistischen Monatsheften (1901, 2. Band, pag. 722 ff.) ausführte, »für das gesamte Partei- und Gewerkschaftsleben unheilvoll werden« konnte. So bei der Entlassung der 6 Vorwärtsredakteure, die für ihn eine Verletzung der ethischen Grundlage unserer Bewegung darstellte. Damals schrieb er in den Sozialistischen Monatsheften (1906, 1. Band, pag. 26 ff.) einen Artikel, der in dem Satz gipfelte: »Die Liebedienerei gegenüber *Seiner Majestät dem Proletariat* ist ebenso zu verurteilen wie die Kriecherei vor anderen Majestäten. Aufrechte, fähige Genossen werden da nicht mittun.« Adolph von Elm war überhaupt immer, wie in einem Artikel im Jahr 1902, »auf der Suche nach Gerechtigkeit«. Das Unbedingte der Gesinnung, das in der Kleinarbeit des Tages bei weniger geschlossenen Charakteren leicht verloren geht, weil man geneigt ist die eigene Tätigkeit als Selbstzweck anzusehen, blieb bei ihm in wundervoller Reinheit erhalten. Ihm gab stets nur die Sache selbst, nie seine Beteiligung daran, das Grundgesetz. Daher war er auch wie keiner geeignet die »Organisationsstarre« in ihrer Gefährlichkeit für unser Denken und Tun zu erkennen (siehe seinen Artikel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1900, pag. 116 ff.) und durch sein Beispiel zu bekämpfen. Er sah fortgesetzt die lebendige Aufgabe vor sich, die er hier in seinem Aufsatz *Die Revisionisten an der Arbeit* (1904, 1. Band, pag. 26) also definierte: »Durch Evolution zur Revolution, durch fortgesetzte Demokratisierung und Sozialisierung des Gesellschaftskörpers zur völligen Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft.« Er, der in seiner Tagesarbeit jahraus jahrein die scheinbar nüchternsten Dinge betrieb, hatte den innern Sinn stets dem Höchsten zugewandt.

Und in seinem eigenen Erleben war es Wort für Wort eine Wahrheit, daß in dem Ruf »Proletariër aller Länder, vereinigt euch!«, wie er sich hier einmal ausdrückte, »die Ahnung dermaleinstiger wirklicher Harmonie der Menschheitsinteressen uns zur höchsten Anspannung unserer Kräfte begeistert«.

Adolph von Elm war menschlich fein wie wenige andere. Er hatte nichts von dem, was den Außenstehenden fasziniert. Wohl aber alles, was den Nächstehenden um so nachhaltiger festhält. Bei Zusammenkünften war er immer nur in einem kleinen Kreis (zur Unterhaltung in größerer Gesellschaft fehlte ihm wohl der dazu nötige Zusatz von Banalität); um so ergiebiger waren die Gespräche, die man mit ihm zu zweien oder dreien führen konnte. Auf die, mit denen ihn Gesinnungsgemeinschaft verband, hat er, bei aller ruhigen Zurückhaltung doch durch die merkliche Wärme aller seiner Äußerungen anziehend, einen Einfluß ausgeübt, der sie erhöhte. Er hat mutlosen Skeptizismus verschucht, erschlafften Willen neu belebt. Denn er konnte, ohne große Worte, nur durch die Art, wie er die Dinge betrachtete, den andern mit der Zuversichtlichkeit erfüllen, die in seinem unbeirrbaren Glauben an das Kommende wurzelte. Mit Adolph von Elm ist ein schöner, seltener Mensch gestorben, und wir wissen nicht, ob unsere Generation noch andere sehen wird, die ebenso sind.

×
Deutsche Reichskonferenz 1916

Die erste Veranstaltung parteitagähnlichen Charakters seit Ausbruch des Weltkriegs, die sozialdemokratische Reichskonferenz, die vom 21. bis zum 23. September in Berlin tagte, folgte auch darin alter Parteübung, daß im wesentlichen nur Parteistreitigkeiten behandelt wurden, während die politischen Gegenwarts- und Zukunftsfragen kaum irgendwelches Interesse fanden. »Den Weg zum Frieden zeigt man uns nicht«, mußte Löbe (Breslau) in seiner sehr verständigen kurzen Rede am letzten Verhandlungstag feststellen. Zwar soll anerkannt werden, daß der Korreferent Haase in seinen (an sich wohlgedachten, aber infolge irrealer Voraussetzungen ganz imaginären) Ausführungen das politische Kernproblem gestreift hat, daß ferner mehrere Redner der Mehrheit, wie Cohen, Winnig, David, Meerfeld, Saenger, sich bemühten die Aussprache auf ein politisches Niveau zu bringen. Aber sie

fanden kaum einen Widerhall, die Delegierten waren zu sehr in ihre Parteidinge vertieft, und so kam die Politik nicht über die größten Allgemeinheiten hinaus. Auch die Resolution, auf die sich die Reichskonferenz einigte, bewegt sich derartig auf dem Boden der Selbstverständlichkeiten und vermeidet sorgfältig jede Stellungnahme zu den aus der gegenwärtigen Lage Deutschlands sich ergebenden Problemen, namentlich zu dem Weg und der Art des herbeizuführenden Friedens, daß Richtlinien für irgendeine Aktion aus ihr unmöglich ersehen werden können.

Immerhin, die Hauptabstimmung der Reichskonferenz hat gezeigt, daß für die Politik, die die sozialdemokratische Partei am 4. August 1914 begonnen hat, eine Mehrheit jetzt, nach 2 Kriegsjahren, immer noch vorhanden ist. Sie ist nicht überwältigend, aber sie reicht aus, um diese Politik nunmehr zu betreiben: vorausgesetzt, daß man wirklich entschlossen ist dies mit allen Konsequenzen zu tun. Die bloße Formel der Vaterlandsverteidigung reicht freilich dazu nicht aus. Worin besteht denn diese Verteidigung? Doch nicht nur in den wiederholten Beteuerungen, daß wir in der Stunde der Gefahr unser Volk nicht im Stich lassen. Wir müssen vielmehr für dieses Volk, das heißt für seine Zukunft, auch wirklich arbeiten. Daraus folgt, daß nicht nur, wenn der Krieg einmal ausgebrochen ist, Kriegskredite bewilligt, sondern daß auch die Bedingungen geschaffen werden müssen, die den Bestand des Reiches und der Nation gewährleisten. Es wäre im wesentlichen auf folgendes hinzuwirken:

Nach außen: auf die spätere Bildung eines kontinentaleuropäischen Wirtschaftsimperiums, das uns vor britischen Eingriffen sichert, uns ferner durch Kolonisation uns zugänglicher Gebiete, in erster Linie eigenen Kolonialbesitz, die wichtigsten tropischen und subtropischen Rohstoffe verschafft und somit die Selbstversorgung, freilich nicht absolut, aber doch in einem Maß ermöglicht, daß wir in den eigentlichen Lebensnotwendigkeiten unabhängig werden. Um die Interessen der europäischen Kontinentalstaaten zu diesem Zweck vereinigen zu können und erneute angelsächsische Trennungversuche unwirksam zu machen, wäre durch eine Orientierung nach dem Osten (die bei dem Fehlen unausgleichbarer Interessengegensätze zwischen den Zentral-

mächten und der Türkei auf der einen, Rußland und Japan auf der andern Seite sehr wohl möglich wäre) einer dauernden Bindung unserer Kräfte auf dem Kontinent vorzubeugen. Ziele und Mittel solcher Politik sind in den Sozialistischen Monatsheften oft genug gezeigt worden. Es bedarf dazu freilich eines, in unserer Partei wie in unserm Bürgertum nicht gerade häufigen, über den Tag hinausgehenden politischen Geistes, der sich durch die Fragestellung »Ost oder West?« nicht schrecken läßt, wohl aber die Tatsachen berücksichtigt, die den Tiefen des Völkerlebens selbst entstammen.

Nach innen: auf eine sozialistische Politik, die auf die Produktion gerichtet ist, die Förderung und Intensivierung der Produktion zu ihrem eigentlichen Zweck hat. Es muß jetzt der Kampf eingestellt werden, der mit den Schlagworten Konsumenteninteressen und Produzenteninteressen geführt wird. Beide bilden ein unteilbares Ganze. Nur in der Produktion kommt die eigentliche Volkskraft zum Ausdruck, und nur durch ein Schaffen von gewaltigem Umfang und besonderer Qualität können wir die Verluste ersetzen, die dieser ungeheure Krieg uns gebracht hat. Ein erhöhtes Verständnis müssen wir auch als Partei namentlich der Landwirtschaft entgegenbringen. Wir haben hoffentlich jetzt erkannt, daß die Landwirtschaft eine gemeinnützige Angelegenheit ist, daß daher die Interessen der Landwirte in einer der entscheidenden Bedeutung ihrer Produktion angepaßten Weise wahrgenommen werden müssen. Der Krieg hat auch weiteren Kreisen der Partei klargemacht, was in den Sozialistischen Monatsheften seit 1½ Jahrzehnten immer aufs neue festgestellt wurde: daß die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik die für unsere gegebenen Bedingungen richtigen sind, daß diese daher, wie viel Unvollkommenheiten ihr im einzelnen auch anhaften mögen, wohl weiter auszubauen, nicht aber abzutragen ist.

Agrarpolitik und Kolonialpolitik: das sind die beiden großen Aufgaben der Zukunft; durch ihre Lösung wird die deutsche Wirtschaft in ihrem Bestand gesichert und gewaltigen neuen Entwicklungsmöglichkeiten zugeführt. Die Fähigkeit zu kolonialisatorischer Arbeit auf heimischem Boden wie übersee wird den Prüfstein für die produktive Kraft der Nationen abgeben. Auch

der ökonomische Gegensatz zwischen Deutschland und England wird erst dann seine Gefahr für den Weltfrieden verloren haben, wenn der deutsche Kolonialbesitz zu einer unumstößlichen Tatsache geworden und derartig gesichert ist, daß England nicht mehr daran denken kann ihn zu beseitigen, daß es sich damit abfindet und nunmehr, statt einen andern herabdrücken zu wollen, seine eigenen schaffenden Kräfte neu belebt und vergrößert. Nur auf diesem Weg ist, was wir Sozialisten sicherlich alle wünschen, jener Kampf der Lebensinteressen beider Völker zu beendigen; nicht dadurch, daß man sich durch Autosuggestion über ihn hinwegzutäuschen sucht. Und so treibt die Arbeiterklasse nicht mehr formalistisch-liberale sondern wirklich sozialistische Politik.

Alles das ist ein Gemeinschaftsinteresse der Nation. Und jetzt und noch für eine geraume Zeit nach dem Friedensschluß, da es gilt die nationale Wirtschaft wieder aufzubauen, ist der Gemeinschaftsgedanke das Wesentliche. Der Klassenkampf kann überhaupt nur dann zu positiven Ergebnissen für die Arbeiterklasse führen, wenn das Volksganze selbst vorhanden und gesichert ist, innerhalb dessen er sich abspielen soll. Wie überhaupt der Klassenkampf stets seine Ergänzung in der Klassensolidarität findet.

Die Parteien der Rechten ziehen ihre Kraft aus der Erfüllung der Staatsnotwendigkeiten, diese erst befähigt sie dann auch ihre eigenen Klasseninteressen zu verfolgen; ohne diese Funktion, die sie unentbehrlich macht, hätten sie auch nicht die Möglichkeit das andere mit Erfolg zu betreiben. Ihre Macht kann also nur dann auf das ihrer Bedeutung im Wirtschaftsorganismus der Nation entsprechende Maß gebracht werden, wenn die Arbeiterpartei selber diese allgemeinstaatlichen Aufgaben zu ihren eigenen macht. Daher muß die sozialdemokratische Fraktion, nachdem sie einmal den Willen zum Staat bekundet hat, nunmehr auch alle staatlichen Erfordernisse selber erfüllen. Sie muß das Budget annehmen (es versteht sich von selbst: nicht gouvernementalkritiklos sondern aus Eigenem schaffend), vor allem gerade diejenigen Teile, die die Existenz und die Zukunft des Volkes in sich schließen. Haase traf durchaus das Richtige, wenn er auf den Zuruf, daß doch die Kriegskredite nicht

dem gegenwärtigen Reichskanzler bewilligt würden, erwiderte: »Also dem Lande [David: »Seiner Verteidigung«], dann mußten Sie auch in Friedenszeiten allemal die Mittel zur Landesverteidigung bewilligen. Die Militärforderungen werden immer mit der Möglichkeit eines baldigen Krieges begründet; zum Militärsystem konnten Sie sich kritisch verhalten, aber konsequenterweise konnten Sie dann dem Lande nicht die Mittel zu seiner Verteidigung verweigern.«

So muß die zukünftige Politik unserer Partei beschaffen sein. Das Aussprechen dieser Dinge darf man aber nicht auf die Zeit nach dem Friedensschluß hinauschieben. Wir müssen vielmehr jetzt unzweideutig bekunden, wie wir sein werden. Denn nur so ist die vielerörterte Neuorientierung möglich. Wir erwarten eine solche von der Regierung. Aber ganz abgesehen von der subalternen Denkweise in der Regierung etwas Übergeordnetes zu sehen, von dem man Gaben erwartet: wie kann denn überhaupt irgendeine Regierung sich auf eine Partei einrichten, bei der sie nicht sicher ist, ob sie nicht nach wie vor die Grundlagen des Staatswesens negieren wird? Zu jedem Parlamentarismus gehört eine arbeitsfähige Mehrheit. Diese kommt aber nicht von ungefähr sondern nur durch klare Erkenntnis gemeinsamer Interessen und durch ausgesprochenen Willen zu produktiver Arbeit. Das alles kann auch nicht hinten herum erreicht werden. Durch die Klugheitssimpelei ist die Mehrheit immer kleiner, die Minderheit immer größer geworden. Die Taktik des Zusammenhaltens um jeden Preis bedeutet faktisch nichts weiter, als daß die Sozialdemokratie sich politisch ausschaltet. Das an sich unbedingt notwendige Bestreben die organisatorische Einheit der Partei aufrechtzuerhalten muß seine Grenze daran finden, daß man nicht einen Parteiorganismus werden läßt, der einer aktiven Politik im Weg steht, weil er für seine Selbsterhaltung so viel verbraucht, daß für Leistungen nichts mehr übrigbleibt. Die taktischen Schwierigkeiten, die die Kräfte unserer Parteiführer aufzählen, bestehen überhaupt nur so lange, als man ängstlich vermeidet das zu sagen, was man zu tun doch genötigt ist, und jede Gelegenheit sucht, um die bequemen Agitationsmethoden wieder anzuwenden. Das Verhalten der Partei in den Ernährungsfragen während der Kriegszeit ist ein Schulbeispiel da-

für. Man glaubte dadurch, daß man nach altgewohnter Friedenstradition gegen die Agrarier loszog, die Partei zu kitten und hat sie doch nur auseinandergetrieben. Das Zweiseelenschema: nach außen Vaterlandsverteidigung, nach innen Parteitagation, ist in solcher Zeit vollends widersinnig. Wir brauchen im Krieg eine geschlossene Front, und wir brauchen später eine nationale Politik. Eine wirklich nationale Politik ist gleichzeitig auch der beste Internationalismus. Sie kann freilich nur einem seiner selbst sichern Gefühl entspringen, das eine nationalistische Überheblichkeit (wie sie in der Kriegsverwirrung leider überall, bis in unsere Reihen hinein, sich zeigte) nicht aufkommen läßt. Man kann sich die Verlegenheit, mit der man sich in unserer Partei um das Versagen der sozialistischen Internationale herumdrückt, sparen. Die Internationale mußte versagen, weil ihre einzelnen Glieder (und unter ihnen an erster Stelle die deutsche Sozialdemokratie) niemals nationale Politik getrieben haben. Hätten sie das getan, hätte jede der angeschlossenen Parteien die Interessen ihres Landes erkannt und vertreten, so wäre ein Ausgleich auf sozialistischer Basis, unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der Produktivkräfte der einzelnen Nationen, möglich gewesen. Man hätte dann auch einen Einfluß auf die Austragung der großen Völkerkonflikte ausüben und so in Wirklichkeit etwas für den Völkerfrieden bedeuten können, während die leeren Proteste durch Erweckung schädlicher Illusionen ihm gefährlich wurden. Die verschiedenen Nationen haben durch jene inhaltlose Demonstrationspraxis einander ja überhaupt nicht kennen lernen können: wie sollten sie da zusammen wirken? Man war nur einig in der Verurteilung der heimischen Politik. All dies Negative zusammen addiert konnte aber nichts Positives ergeben. Und darum mußte die Internationale bei der ersten wirklichen Probe auseinanderfallen. Bei ihrer Wiedererrichtung wird man zu ihrem dauernden Bestand vorerst ihre nationalen Grundlagen erkennen und stabilisieren müssen. So ist das Gesamtergebnis der Reichskonferenz nur potentiell, nicht aktuell zu werten. Einstweilen ist irgendeine Entscheidung nicht getroffen; vielmehr blicken, wie die Vossische Zeitung die Situation treffend kennzeichnete, sowohl die Mehrheit wie die

Minderheit» mit großer Befriedigung« auf die Konferenz zurück. Die Opposition ist mit dem Vorwärts überzeugt, daß »der Geist der alten [!] Internationale« sich in der deutschen Partei »in siegreichem Vormarsch« befinde, ja daß »sein endgültiger Triumph . . . bereits gesichert« sei. Auch die Deutsche Tageszeitung meint, daß die Richtung, die »einem von jeglichem Verständnis für den nationalen Gedanken verlassenen Internationalismus huldigt«, in der Sozialdemokratie »wieder stark an Boden gewonnen« habe. Nach dem Berliner Tageblatt aber »unterliegt es kaum einem Zweifel, daß durch die prinzipiellen Entscheidungen der sozialdemokratischen Reichskonferenz die Politik des 4. August nicht behindert sondern eher noch unterstrichen wird«; nur »wenn die Reichsregierung ihre bisherigen Richtlinien verlassen sollte«, dann »allerdings sofort«, würde »eine Einigung der äußersten Linken gegen die Reichsregierung drohen«. Es ist also im wesentlichen alles geblieben wie es war, man hat sich eben nicht bemüht rein sachlich in die Gedankengänge des andern einzudringen, man war vielmehr von vornherein festgelegt, und so hat denn die Aussprache, wie die Kölnische Zeitung konstatieren konnte, »das Bild der vorangegangenen Preßkämpfe nicht verändert«, und die Chemnitzer Volksstimme hat in ihrer Übersicht am 30. September die Frage »Wer hat gesiegt?« mit Recht nicht beantwortet.

In der Tat wird erst die Folge zeigen, ob die bisherige Mehrheit sich klaren politischen Ideen zuneigen und mit ihnen den Willen zur Folgerichtigkeit haben wird. Dazu ist es freilich notwendig, daß man die Superiorität der Idee über die Instanz anerkennt. Die Partei hat seit dem Sozialistengesetz das Neue meist als disziplinwidrig abgelehnt. Jetzt aber hat der frühere Parteivorsitzende Haase die folgenden Worte gesprochen, die es verdienen, daß man sie sich merkt: »Es ist jetzt bei uns üblich geworden Genossen, die in kühner Initiative eigene Wege wandeln, weil sie glauben so am besten dem Proletariat und der Menschheit zu dienen, preiszugeben. Das ist ein trauriger Mangel an echter Solidarität. Herr von Heydebrand hat in Frankfurt-am-Main ausdrücklich erklärt, daß die konservative Partei nur für das verantwortlich ist, was sie für maßgebend erklärt, daß er aber deshalb nicht von den Parteimitgliedern abrücke, die eine andere

als die offizielle Meinung vertreten [»Hört! hört!« bei der Opposition]. Er hat hervorgehoben, daß solche Leute von einer Partei und von dem Lande ertragen werden müssen, auch wenn sie nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen [Lebhaftes »Hört! hört!« bei der Opposition]. »Wär' ich besonnen, wär' ich nicht der Teill!« Würde der Parteivorstand diese Worte beherzigen, so würde die Ketzerrichterei aufhören [Wiederholte Zurufe: »Ihr wart ja Ketzerrichter!«]. Mit Gewaltmaßregeln kann man Ideen nicht totschiessen.«

Diese Einsicht hat man auf all den Parteitagen, auf denen die revisionistischen Wegfinder verketzert wurden, vermisst. Sie kommt aber nicht zu spät. Sie führt zur Selbsterkenntnis, der notwendigen Voraussetzung späterer schöpferischer Arbeit. Man soll daher auch endlich mit der konventionellen Fabel aufhören, als ob die sogenannte Politik des 4. August die konsequente Fortsetzung der frühern sozialdemokratischen Politik gewesen ist. Nein, sie war nur die Anerkennung der Politik, die seit jeher von einem Flügel der Sozialdemokratie in den Sozialistischen Monatsheften vertreten, aber von der offiziellen Partei stets bekämpft worden war. Die Partei muß den Mut haben das ruhig zu bekenne und sich nun wirklich und ehrlich umzuorientieren. Erst dann kann sie eine Umorientierung der gesamten innern Politik im Reich und in den Einzelstaaten verlangen. Dann aber wird diese auch kommen.

×
Kriegspublikationen

Die Sozialdemokratie im zweiten Kriegsjahr betitelt sich eine Broschüre unseres österreichischen Genossen Robert Danneberg /Wien, Brand/. Sie zerfällt in folgende Abschnitte: Krieg und Sozialdemokratie, Die innere Politik, Die Volksernährung, Arbeiterschutz und Kriegerfürsorge, Nach dem Kriege. Die Lektüre wird sehr behindert durch die vielen weißen Stellen, die durch die österreichische Zensur entstanden sind. Der Verfasser steht auf der linken Seite der Partei. Doch sind manche seiner Ausführungen beachtenswert, wenn wir auch andere Folgerungen aus ihnen ziehen werden als er. Es seien die folgenden Sätze wiedergegeben: »Die Arbeiterfeinde mögen darüber frohlocken, daß heute Marxens Losungswort nicht Wahrheit ist und die Proletarier aller Länder tatsächlich nicht vereinigt sind. Aber unsere Gegner vergessen dabei, daß die

Sozialdemokratie nicht eine Kirche ist, die Dogmen aufstellt, und daß die Arbeiterbewegung nicht aus Herden Blindgläubiger besteht. Daß vielmehr die sozialdemokratische Politik nur in mühsamer Gedankenarbeit erstehen kann, und das Ringen der Arbeiterklasse um ihre Befreiung vor sich geht zugleich mit einem geistigen Ringen innerhalb der Arbeiterbewegung, in welchem jeweils die Entscheidung über den Weg gefunden wird, den wir für den besten halten, um zu dem von uns allen einheitlich erstrebten sozialistischen Ziel zu gelangen.« Die Bedeutung der Arbeiterklasse für das Staatsganze wird in folgendem hervorgehoben: »Ist doch in Wirklichkeit niemals deutlicher und auch für den Begriffstutzigsten so offenkundig geworden wie im Kriege, daß die Existenz eines modernen Gemeinwesens von seiner Arbeiterschaft abhängig ist. Von ihrer Leistungsfähigkeit im Felde wie im Hinterland hängt die ganze Kriegführung eines Staates ab.« Man wird dieser Auslassung durchaus zustimmen, sie aber durch die Betrachtung ergänzen, daß ebenso umgekehrt die Entwicklungsmöglichkeit der modernen Arbeiterklasse den gesicherten Bestand des Gemeinwesens zur Voraussetzung hat. Über den Kriegssozialismus werden einige treffende Worte gesagt. Es werden diejenigen, auf die er abschreckend wirkt, mit Recht ermahnt nicht zu glauben, »daß derlei aus Not und Mangel geborene Zwangsmaßregeln mit dem Wesen des Sozialismus etwas zu tun haben und ein proletarisches Ideal sind«. Doch wird gleichzeitig auch von »zweckmäßigen Einrichtungen der Kriegszeit« gesprochen, die »in der Friedenszeit erhalten bleiben« sollen. Dagegen wird man nur mit Kopfschütteln den Satz lesen: »Wir büßen die Rückständigkeit der Landwirtschaft heute mit der Brotkarte, mit der Unterernährung der breiten Massen.« Wie man so ganz allgemein von einer »Rückständigkeit der Landwirtschaft« sprechen kann, angesichts der bedeutenden und hochwertigen Leistungen, die zum Beispiel die deutsche Landwirtschaft aufzuweisen hat, ist unverständlich. Um so mehr als gerade ein Sozialdemokrat daran denken mußte, daß unsere Partei es in der Friedenszeit an der notwendigen Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sehr hat fehlen lassen. Insgesamt wird man das Schriftchen mit Interesse lesen. Auch für den, der selber auf ganz anderm Standpunkt steht,

ist es immer lehrreich die Argumentation der Andersdenkenden kennenzulernen, statt sie richtungsgemäß unbezogen abzutun.

×

Kurze Chronik Vom 31. Juli bis zum

2. August tagte im Haag eine Konferenz von Sozialisten neutraler Staaten. Ihre Beschlüsse sind zu allgemein gehalten und gehen namentlich in den wirtschaftspolitischen Problemen über die traditionellen Freihandelsanschauungen nicht hinaus. (Nur muß registriert werden, daß, wie hier an anderer Stelle bereits erwähnt wurde, unser holländischer Genosse van Kol in seiner Denkschrift zur Konferenz die Kolonialpolitik als »einen der am tiefsten eingreifenden Faktoren in der Weltgeschichte der nächsten Zukunft« bezeichnet und der Meinung ist, daß die »Negation der Kolonien . . . nicht länger aufrechterhalten werden« kann.) Die eigentliche Bedeutung der Konferenz besteht darin, daß sie beschlossen hat auf eine Aussprache zwischen den deutschen und den französischen Sozialisten hinzuwirken, die bisher stets an der Weigerung der Franzosen scheiterte. Genosse Branting, der mit seinen Sympathieen ganz auf französischer Seite steht und, wohl infolge einseitiger Information, gegen die deutsche Mehrheit unbedingt eingenommen ist, aber als wägender Politiker die wirklichen Kräfte Deutschlands richtig einschätzt und daher an einen deutschen Zusammenbruch nicht glaubt, scheint es in seinem Nachwort zur Konferenz im schwedischen Parteiorgan, wie schonend er sich auch ausdrückt, auch als das Wichtigste zu betrachten die französischen Genossen von ihrer törichten Halsstarrigkeit abzubringen. × Diese Bemühungen haben einstweilen bei der Mehrheit der französischen Partei noch nicht den geringsten Erfolg gehabt, wie die letzte Sitzung des französischen Nationalrats zeigte. Denn dieser knüpfte die Wiederaufnahme der internationalen Verbindung an »Bedingungen«, die einfach ihrer Abweisung gleichkamen. Dagegen hat Jean Longuet im Namen der französischen Minderheit im Populaire du Centre vom 29. August »die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen, das heißt den Eintritt des Internationalen sozialistischen Bureaus« verlangt. In der gleichen Erklärung wird aber betont, daß die Minderheit »seit Beginn des Krieges auf

dem Standpunkt der Politik des 4. August« stehe und »mit ganzer Kraft für die nationale Verteidigung« arbeite. X Zu Beginn dieses Jahres ist ein Nationalbund der britischen Arbeiter gegründet worden, dessen Führer Hodge und Walsh sind. Er gibt ein Wochenblatt *British Citizen and Empire Worker* heraus, das den nationalen und imperialistischen Charakter der englischen Arbeiterbewegung betont und vor allem die Bestrebungen für den engeren Zusammenschluß des britischen Reiches fördern will. X In das dänische Koalitionsministerium (siehe die Rundschau Politik, in diesem Band, pag. 1058) ist Genosse Stauning eingetreten. X In Neuseeland ist vor kurzem durch Verschmelzung der *United Federation of Labour*, der *Social Democratic Party* und des *Labour Representation Committee* eine neue Arbeiterpartei gegründet worden. Ihr Programm hat vorwiegend staatssozialistischen Charakter. X Der arbeitseifrige Verlag der Internationalen Korrespondenz (A. Baumeister) gibt seit dem 15. Mai eine Sozialdemokratische Feldpost heraus. Sie will den Genossen im Feld »eine sachliche Informationsquelle über die Vorgänge in der Heimat bieten«. Das dankenswerte Unternehmen wird hoffentlich vieles von dem gutmachen, was die Parteistreitigkeiten verdorben haben. Es hat auch bereits guten Erfolg gehabt; die Auflage des Blattes beträgt jetzt annähernd 50 000.

X
Literatur X
Der offizielle Sozialismus, der vor dem Krieg geistig ziemlich stagnierte, ist durch den Weltkrieg in Fluß gekommen. Das beweist eine ganze Reihe neuer Zeitschriften, die während der Kriegsjahre ins Leben gerufen wurden. Von der Linken, die jetzt ja nicht im Besitz der Macht, daher mehr auf literarische Betätigung angewiesen ist, wurde zunächst die Internationale gegründet (herausgegeben von Rosa Luxemburg und Franz Mehring); sie wollte eine »Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus« sein, mußte aber gleich nach Beginn ihr Erscheinen einstellen. Ihre Nachfolgerin ist auf deutschem Boden die »Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus« Arbeiterpolitik (herausgegeben von der bremischen äußersten Linken). Auf schweizerischem Boden erscheint der *Vorbote* (herausgegeben von Anton Pannekoek und Henriette Roland-Holst)

als »internationale marxistische Rundschau«; ihr wichtigster Mitarbeiter ist Karl Radek. Eine schweizerische »Monatsschrift für sozialistische Bildung« *Neues Leben* (herausgegeben von Robert Grimm und Jacob Lorenz) vertritt theoretisch ungefähr die gleiche Richtung, bringt aber mehr Artikel praktischen Inhalts. Die Mehrheitspolitik der deutschen Partei verfechten offensiv die Glocke (gegründet von Parvus, redigiert von Konrad Haenisch), defensiv die neue Folge der Fackel (herausgegeben von Otto Wels). Wir können uns darüber freuen, daß so viele neue Kräfte gekommen sind, auch wenn sie nach einer andern Richtung ziehen als der, die uns richtig erscheint. Wenn wir nur aus den kleinlichen Zänkereien des Tages zu dem wirklichen Kampf der Anschauungen kommen: die Entscheidung bringen dann die Kraft der Argumente und vor allem die Realitäten des geschichtlichen Werdens.

Gewerkschaftsbewegung Paul Kampffmeyer

von Elm † Adolph von Elm, der jetzt so plötzlich starb, war ein bedeutender, wegweisender Führer der freien Gewerkschaften Deutschlands. Glücklicherweise verband dieser intelligente Kopf und gediegene Charakter mit einem hochgerichteten theoretischen Geist einen feinen Sinn für wirksames, praktisches Schaffen. Sein Name wurde über Deutschlands Grenzen bekannt, als im Jahr 1896 der große deutsche Hafenarbeiterstreik so vernehmlich von dem Erwachen aufstrebender, von festen Organisationen bisher wenig geschulter Arbeiterschichten redete. Was einem von Elm dieses große Streikerlebnis war, das hat er uns in den sozialistischen Monatsheften, in dem Artikel *Lehren des Hamburger Streiks* (1897, pag. 69 ff.) berichtet. Die Organisationslosigkeit dieser Arbeiter war nach von Elm die Ursache einer ganzen Reihe taktischer Fehler, die gut hätten vermieden werden können. Der Streik hätte dann einen durchschlagenden Erfolg gehabt, wenn sämtliche im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter solidarisch gehandelt hätten, wenn sie national und international gut organisiert gewesen wären. Zum Zweck der organisatorischen Machterweiterung der Gewerkschaften weist von Elm die Verquickung der Gewerkschaftspolitik mit der sozialdemokratischen Parteipolitik zurück. Die Verquickung einseitiger radikaler

Parteilpolitik mit sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik rächte sich schwer in der skandalösen Entlassung von Buchdruckerverbändlern durch die Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung. Und an diesen Vorgang, der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zugunsten des Buchdruckerverbands auf den Plan rief, knüpfte von Elm die beherzigenswerte Mahnung, daß man den Beschlüssen größerer gewerkschaftlicher Verbände die selbe Wertschätzung angedeihen lassen müsse wie den Parteitagebeschlüssen (siehe Die Probe aufs Exempel, in den Sozialistischen Monatsheften, 1901, 1. Band, pag. 35 ff.).

Die ganze schaffende Arbeit von Elms wird von dem Grundgedanken beseelt: Die Befreiung des Proletariats ist an die schrittweise Eroberung wirtschaftlicher Macht durch diese Klasse gebunden. Hinter allen wirtschaftlichen Kämpfen der Gewerkschaften muß nach von Elm wirkliche ökonomische Macht stehen. Daher seine geringe Bewertung einer lärmenden Boykottpolitik, bei der nicht genau der wirtschaftliche Einfluß der Boykottproklamation auf große Konsumentenkreise erwogen ist. Das Interesse für die Erweiterung der ökonomischen Macht des Proletariats treibt dann von Elm zu einer innigen und festen Verknüpfung des Gewerkschaftswesens mit dem Genossenschaftswesen an. Er schärft daher den Gewerkschaften ein, daß die Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion von ihnen selbst in hohem Maß abhängt. Durch genossenschaftliche Produktionsbetriebe könnten ja vor allem die Arbeiter ihre gewerkschaftliche Politik mächtig fördern. Und es ist ein hohes Ziel, was einem von Elm in der organischen Verbindung von Gewerkschaften und Genossenschaften vorschwebt: der auf Kooperation gegründete Staat. In allem seinem praktischen Schaffen offenbart sich eben eine grundsätzliche antikapitalistische, sozialistische Tendenz. Gewerkschaften und Genossenschaften weist dann von Elm eine weitere segensvolle gemeinsame Tätigkeit in der Gründung einer Volksversicherung großen Stils zu. Diese Volksfürsorge ist ihm ein Unternehmen mit antikapitalistischer Tendenz im Interesse des Volkes.

Ein so auf positive sozialistische Arbeit eingestellter Mensch wie von Elm mußte selbstverständlich vielfach hart mit K. Kautsky und Rosa Luxemburg zusammenstoßen. Das geschah vor allem

nach der Gewerkschaftsdebatte auf dem Mannheimer Parteitag. Er wandte sich in dem Aufsatz über diese Debatte in den Sozialistischen Monatsheften (1906, 2. Band, pag. 831 ff.) gegen die eigenartige Kautskysche Einschätzung der russischen Revolution für die deutsche soziale Entwicklung, die sich in folgendem Satz aussprach: »Was sie [die russische Revolution] zu eröffnen verspricht, ist vielmehr eine Ära europäischer Revolutionen, die mit der Diktatur des Proletariats endigen werden, mit der Anbahnung der sozialistischen Gesellschaft.« Dieser Kautskysche Satz widersprach eben der ganzen Auffassung von Elms von der schrittweisen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Und diese Auffassung läßt unsern besonnenen Gewerkschaftsführer auch gegen die Luxemburgische revolutionäre soziale Entwicklungslehre Sturm laufen, die sich in dem Ausspruch kundtat: »Die Revolution in Rußland und das eigenartige Gebilde, das aus ihr hervorgehen wird, kann nicht umhin die Klassenverhältnisse auch in Deutschland und überall mit einem Ruck zu verschieben.«

Es wäre völlig verkehrt, wenn man in von Elm einen *Überrevisionisten* sehen wollte, der auf alle Fälle an der sozialistischen Theorie und Taktik herumrevidierte, ohne auf die positive Situation der Gesamtpartei gewissenhaft zu achten. In einem Aufsatz Prinzipienwächter überall (in den Sozialistischen Monatsheften, 1909, 2. Band, pag. 904 ff.) betont er scharf, es könne einigen Revisionisten der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie bei Erörterung aktueller politischer Fragen nicht immer die nötige Rücksicht auf die jeweilige Position der Partei genommen hätten: »Wenn einige Gewerkschafter und Genossenschaftler ihren Neutralitätsstandpunkt ostentativ mit Vorliebe der Sozialdemokratie gegenüber zum Ausdruck bringen, muß der Eindruck schließlich erweckt werden, als handle es sich bei ihnen um eine unfreundliche, um nicht zu sagen: feindliche, Stellungnahme gegen die Sozialdemokratie. Mit Einseitigkeiten und Übertreibungen schadet man der Sache nur, der man dienen will.« In diesem Aufsatz hat übrigens auch von Elm sein politisches und sozialökonomisches Glaubensbekenntnis, wenn man so sagen darf, klar und bestimmt in den Worten niedergeschrieben: »Den Kapitalismus zu überwinden ist weder die politische noch die ge-

werkschaftliche oder die genossenschaftliche Bewegung für sich allein imstande. Bei der absolut notwendigen Wahrung völliger Selbständigkeit der drei Bewegungen trägt jede doch für sich ihr Teil dazu bei das arbeitende Volk vom Druck des Kapitalismus schließlich einmal freizumachen. Wir Revisionisten sind der Überzeugung, daß wirtschaftliche Macht sich in politische Macht umsetzen muß, und deshalb arbeiten wir im Gegenwartsstaat unermüdlich an der wirtschaftlichen Organisierung des Volkes, ohne dabei die politische Aufklärung auch nur für einen Moment zu vernachlässigen. Das Ziel ist für uns alle das gleiche. Die politische Macht erstreben wir gleich den Radikalen, nur in der Würdigung der Mittel sie zu erreichen differieren wir. Wir glauben nicht, daß wir die politische Macht bei irgendeiner Katastrophe plötzlich erlangen werden, ebensowenig wie wir an eine plötzliche Wandlung der Geister glauben; aber mit sozialistischem Geist wollen auch wir die gesamte Arbeiterbewegung erfüllen. »

Und das hat unser von Elm in vollem Maß getan: Alle seine Werke sind durch die Feuertaufe des Sozialismus gegangen.

✕ Eisenbahner ✕

Am 1. Juli trat der Deutsche Eisenbahnerverband (Sitz Berlin), eine Reichsorganisation der Angestellten, Handwerker und Arbeiter der städtischen und privaten Eisenbahnbetriebe (mit Einschluß ihrer Nebenbetriebe) ins Leben. Mehr als 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen (darunter zahlreiche Gewerkschafter) strömten seit Kriegsbeginn der Staatseisenbahnverwaltung zu. Die vor dem Krieg betätigten Organisationsverbote mußten deshalb beseitigt werden. Unter dem Einfluß der so veränderten Verhältnisse beschlossen nun die Zentralverbände der Metallarbeiter, Transportarbeiter, Maschinisten, Kupferschmiede, Sattler und Maler, im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften, freiwillig auf die Organisierung der Eisenbahner zu verzichten und ihren im Eisenbahnbetrieb beschäftigten Mitgliedern den Anschluß an den Deutschen Eisenbahnerverband zu empfehlen. Damit wollen die betreffenden Organisationen das Prinzip der Berufs- oder Industrieorganisationen nicht preisgeben und nicht gegen den Münchener Gewerkschaftsbeschuß über die Organisierung der in staatlichen und

kommunalen Betrieben tätigen Arbeiter verstoßen. Nach § 2 seines Statuts vertritt der Verband die wirtschaftlichen und sozialen Interessen seiner Mitglieder, er erstrebt insbesondere möglichst günstige Lohn- und Dienstverhältnisse (Verkürzung der Arbeitszeit, Ausdehnung der Ruhepausen, des Urlaubs), Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse zu selbständigen Vertretungskörperschaften, Errichtung von obligatorischen Schiedsinstanzen auf paritätischer Grundlage für die Entscheidung der aus dem Arbeits- oder Dienstvertrag sich ergebenden Streitfälle, Veranstaltung von Versammlungen und Vorträgen zur Förderung der Bildung und des Wissens und zur Erörterung beruflicher und sozialer Angelegenheiten der Mitglieder, Unterstützung der Mitglieder und Gewährung von Rechtsschutz, Förderung des Pflichtbewußtseins, des solidarischen Geistes und des geselligen Verkehrs unter den Mitgliedern, Herausgabe einer in diesem Sinn geleiteten Zeitschrift.

Die Reichssektion der Eisenbahner der Deutschen Transportarbeiter trat zum Deutschen Eisenbahnerverband über. Ihr Organ Der Weckruf ist vom 8. Juli ab das Organ des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Zu dieser gewerkschaftlichen Neugründung bemerkt das Korrespondenzblatt der Generalkommission am 15. Juli 1916: »Mit der Gründung des neuen Verbandes, in dessen Satzungen die besonderen Pflichten der staatlichen Verkehrsanstalten Beachtung gefunden haben, dessen wirtschaftliche und soziale Bestrebungen frei von politischer oder religiöser Färbung den Verhältnissen in den Betrieben der Staatseisenbahnen Rechnung tragen, ist die Grundlage für die seit Kriegsbeginn in ansteigendem Maß von den Eisenbahnern propagierte Einheitsorganisation geschaffen.«

✕ Tapezierer ✕

Der Verband der Tapezierer hat, wie aus seinem Jahresbericht 1915 hervorgeht, besonders schwer unter den wirtschaftlichen Wirkungen des Weltkriegs zu leiden. Kurz vor Kriegsausbruch, im Juli 1914, hatte er 143 Zweigvereine mit 10 265 Mitgliedern. Beim Jahresabschluß 1915 hatte sich der Mitgliederbestand auf 2567 verringert. Im Lauf der Kriegszeit waren 61 Zweigvereine eingegangen. Der Kassenstand des Verbandes wird »in Anbetracht der allgemeinen Verhältnisse vom Verbands-

vorstand als gut« bezeichnet. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug im Berichtsjahr 234 135,79 Mark, davon kommen auf die Hauptkasse 122 520,42 und auf die Lokalkassen 111 545,37 Mark. Die Gesamtausgabe betrug freilich 275 255,11 Mark, wovon auf die Hauptkasse 144 871,14 und auf die Lokalkassen 120 383,97 Mark entfallen. Der Verband hatte demnach eine Mindereinnahme von 41 119,32 Mark. Dieser Betrag wurde aus den vorhandenen Beständen zugesetzt. An Unterstützungen zahlte der Verband im Berichtsjahr folgende Summen: Arbeitslosenunterstützung 10 765,71 Mark, Reiseunterstützung 381, Umzugsunterstützung 310, Krankenunterstützung 3466,75, Sterbeunterstützung 4370, Kriegs- und Notstandsunterstützung 44 834,30 Mark.

Gleichwohl hat der Verband, trotz dem riesigen Mitgliederverlust, während der Kriegszeit eine äußerst segensreiche Tätigkeit entfaltet. Er war bestrebt für die zurückgekehrten Kriegsinvaliden Fürsorgemaßnahmen zu treffen, damit sie möglichst wieder in ihrem erlernten Beruf Beschäftigung finden. Der Hauptvorstand hat zu diesem Zweck mit dem Vorstand des Deutschen Tapeziererbundes ein besonderes Übereinkommen getroffen.

× **Kurze Chronik** Am 23. September warnen der Parteivorstand und die Generalkommission die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands vor dem Treiben anonymer Flugblattschreiber, die ohne jeden gewerkschaftlichen Auftrag zu unüberlegten Streiks aufforderten. × Die Statistik der Gewerkschaftskartelle erfaßt in diesem Jahr 524 dieser von den freien Gewerkschaften gegründeten Institutionen. Sie zählten am Schluß des Jahres 884 147 Mitglieder. Mit Befriedigung konstatiert das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, daß die Gewerkschaftskartelle auch das volle Kriegsjahr 1915 ohne Erschütterung überstanden haben. Der Kern der Kartelle, die mittleren und die größten, haben es bisher vermocht ihren Bestand zu wahren, obschon natürlich alle Kartelle durch den starken Entzug von Kräften in Mitleidenschaft gezogen wurden. × Die Vorstände der 4 Bergarbeiterverbände beschloßen mehrere Eingaben an die zuständigen Stellen zur wirtschaftlichen Besserstellung der Bergarbeiter zu richten. × Die

Münchener freien Gewerkschaften veranstalteten vom 17. bis zum 23. September eine Gewerkschaftswoche, um massenhaft Mitglieder für die Gewerkschaften zu werben. × Die österreichischen Gewerkschaften wurden durch den Weltkrieg hochgradig in Mitleidenschaft gezogen. Vor dem Krieg, im Jahr 1913, verfügten sie über 415 195 Mitglieder, 1915 dagegen über nur 177 113.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

von Elm † Aus Hamburg kam die Trauerkunde, daß Adolph von Elm aus voller Gesundheit heraus einem Herzschlag erlegen sei. Mit ihm ist einer der Feinsten und Besten, die wir je gehabt haben, dahingegangen. Adolph von Elm gehörte zu den Auserlesenen, die ein Herz voll Wärme, Güte und Begeisterungsfähigkeit mit einem überlegenen, klar rechnenden Verstand verbinden. So war er Anreger und Vollbringer zugleich. In allen Zweigen der Arbeiterbewegung hat von Elm fördernd und führend gewirkt, und es ist schwer zu sagen, auf welchem Gebiet er sein Bestes geleistet hat. Aber vielleicht darf man doch behaupten, daß ihm die Genossenschaftsbewegung am meisten ans Herz gewachsen war, die so lange das Sorgenkind bildete, das gegen eine Welt von äußeren und inneren Widerständen zu verteidigen und großzuziehen war. Die moderne Konsumvereinsbewegung sieht in von Elm einen ihrer hervorragendsten Mitbegründer.

Als es zu Beginn dieses Jahrhunderts galt die Konsumvereine aus der sie hemmenden Umschlingung des Allgemeinen Verbandes zu lösen, sie auf eigene Füße zu stellen und mit eigenem Geist zu erfüllen, als es galt der Bewegung innerhalb der Partei zur vollen Anerkennung zu verhelfen, stets stand Adolph von Elm in der vordersten Reihe der Kämpfer. Er war gleich bedeutend als Redner wie als Schriftsteller. Seine vorzüglichen, klargestrichenen Arbeiten, von denen eine große Reihe in den Sozialistischen Monatsheften erschienen ist, umfaßten alle wichtigen Fragen des Genossenschaftswesens. Eine ausgezeichnete Werbearbeit für die Genossenschaften leisteten auch seine beiden Broschüren Die Genossenschaftsbewegung /1901/ und Gewerkschaften und Genossenschaften /1911/. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen /1910/

hielt er das einleitende Referat zu dem Punkt Sozialismus und Genossenschaftsbewegung. Dazu kommt seine reiche praktische Tätigkeit. Vom Jahr 1891 ab war er Geschäftsführer der Hamburger Tabakarbeitergenossenschaft bis zu deren Umwandlung in eine Produktivabteilung der Großeinkaufsgesellschaft. Seine vornehmste Schöpfung und sein liebstes Kind aber war die Hamburger Produktion, die als erste den neuen Genossenschaftstyp in Deutschland verkörperte und damit für die ganze Bewegung vorbildlich gewirkt hat. Unermüdlich hat er sich für dieses Unternehmen eingesetzt und es durch alle Fährnisse bis zu seiner jetzigen stolzen Höhe geführt. Einen reichen Anteil hatte er auch an der Schaffung der Volksfürsorge, deren Geschäftsführer er seit ihrer Gründung im Jahr 1913 bis zu seinem Ende war. Im Zentralverband deutscher Konsumvereine war er als Ausschußmitglied gleichfalls von dessen Gründung ab bis zu seinem letzten Tag tätig.

Ein arbeitsreiches und erfolgsegnetes Leben hat hier einen viel zu frühen Abschluß gefunden. Wer Adolph von Elm gekannt hat, empfindet schmerzlich den Verlust des lautersten und gütigsten Menschen.

X. X

Deutsche Statistik Das Preußische Statistische Landesamt hat vorläufige Mitteilungen über die Entwicklung der deutschen Genossenschaften im Jahr 1915 und den Stand der Bewegung am 1. Januar 1916 veröffentlicht. Danach war die Zahl der eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reich am 1. Januar 35 901, gegen 35 631 am 1. Januar 1915. Die Zunahme, die also 270 Genossenschaften oder 0,76 % der bestehenden betrug, blieb sehr beträchtlich hinter der der Vorjahre zurück. Im Jahr 1912 stellte sich der Zuwachs auf 1507 Genossenschaften oder 4,93 %, 1913 auf 1276 Genossenschaften oder 3,83 % und 1914 auf 922 Genossenschaften oder 2,67 %. Der Rückgang des Jahres 1915, der sich hinlänglich aus der Tatsache des Krieges erklärt, wäre noch viel größer gewesen, wenn nicht unter dem Einfluß der kriegswirtschaftlichen Verhältnisse der genossenschaftliche Zusammenschluß des Handwerks besonders rasche Fortschritte gemacht hätte. Es wurden nicht weniger als 110 gewerbliche Produktiv- und 84 gewerbliche Rohstoffgenossenschaften gegründet. Von den am 1. Ja-

nuar bestehenden Genossenschaften beruhten 21 664 auf der unbeschränkten Haftpflicht, 162 auf der unbeschränkten Nachschußpflicht und 13 952 auf der beschränkten Haftpflicht. Dem Gegenstand des Unternehmens nach verteilen sich die am 1. Januar bestehenden Genossenschaften wie folgt:

Genossenschaftsart	Anzahl	
	1915	1916
Kreditgenossenschaften	19 568	19 619
Rohstoffgenossenschaften		
landwirtschaftliche	2 565	2 619
gewerbliche	462	360
Werkgenossenschaften		
landwirtschaftliche	2 073	2 071
gewerbliche	361	360
Magazingenossenschaften		
landwirtschaftliche	520	540
gewerbliche	114	127
Rohstoff- und Magazingenossenschaften		
landwirtschaftliche	21	22
gewerbliche	166	165
Produktivgenossenschaften		
landwirtschaftliche	4 066	4 063
gewerbliche	430	540
Wohnungs- und Baugenossenschaften		
eigentliche	1 403	1 390
Vereinshäuser	139	139
Konsumvereine	2 320	2 289
Wareneinkaufvereine	338	348
Zuchtvieh- und Weidegenossenschaften	540	544
Maschinengenossenschaften	15	14
Zentralgenossenschaften	150	150
Sonstige Genossenschaften	380	355

Die meisten Auflösungen des verfloßenen Jahres, nämlich 49, hatten die Konsumvereine aufzuweisen. Relativ, im Vergleich zur Zahl der bestehenden Genossenschaften, nehmen die Konsumvereine jedoch einen sehr günstigen Rang ein, indem von ihnen nur 2,1 % der Auflösung verfielen, während beispielsweise 3,6 % der gewerblichen Rohstoffgenossenschaften, 5,7 % der gewerblichen Magazingenossenschaften, 8,4 % der gewerblichen Produktivgenossenschaften und sogar 13 % der Maschinengenossenschaften im Kriegsjahr aufgelöst wurden.

X. X
 Volksvertretung Der württembergische Land- und Genossenschaftstag beschäftigte sich Anfang August mit konsumgenossenschaftlichen Fragen. Genosse Feuerstein, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes württembergischer Konsumvereine, hatte beantragt, die Kammer wolle die Regierung ersuchen 1. das Genossenschaftswesen insbesondere in der Richtung zu fördern, daß zwischen den landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften und den genossenschaftlichen Einkaufs- und Ver-

kaufsorganisationen dauernde geschäftliche Verbindungen zum Zweck einer Vereinfachung und Verbilligung der Lebensmittelversorgung geschaffen werden, 2. die Frage zu prüfen, ob eine gesetzliche Vertretung der Verbraucher, sei es durch Zusammenfassung der bestehenden Verbraucherorganisationen in Konsumentenkammern sei es durch ihre Angliederung an die Handelskammern geschaffen werden könne. Der Antragsteller benutzte seine Begründungsrede zu einer Kritik der gesamten kriegswirtschaftlichen Organisation, die vom Hause mit großem Interesse aufgenommen wurde. Er beanstandete es, daß man die Konsumvereine nicht als besondern Komplex aus der Kriegswirtschaft herausgenommen hätte. In diesem Fall hätte die Ernährungsfrage für 20 % der Bevölkerung eine Lösung gefunden, bei der viel Erbitterung und Mißstimmung vermieden worden wäre. Man hätte die Großeinkaufsgesellschaft etwa mit einem Staatskommissar und einem Stab von Kontrollbeamten neben die Zentraleinkaufsgesellschaft stellen und die Vorzüge beider Organisationen mit einander vergleichen sollen. Noch bevor die bundesrätlichen Verordnungen und die Gemeinden mit ihren Vorschriften über die Verbrauchsregelung kamen, hatten die Konsumvereine Brot-, Mehl-, Butter-, Petroleumkarten usw. eingeführt. Die einseitig bürokratische Regelung des Ernährungswesens hat zu manchen Härten geführt. So wurden in mehreren Fällen bei Konsumvereinen Waren beschlagnahmt, die die betreffenden Vereine zur Versorgung ihrer Mitglieder eingekauft hatten, und die sie nun zu einem wesentlich höhern Preis und in schlechterer Qualität aus dem Ausland oder von Großhändlern beziehen mußten. Des weitern tadelte der Redner scharf die Überschußwirtschaft mancher Kommunalverbände, er wies nach, daß der Zuckerbezug durch die Großeinkaufsgesellschaft den Konsumvereinen für den Waggon eine Ersparnis von durchschnittlich 250 Mark gebracht hätte, gegenüber der Zuweisung durch die Kommunalverbände oder die Großhändler. Für den Stuttgarter Verein bedeutete dies einen Schaden von 75 000 Mark im Jahr.

Der Antrag Feuerstein wurde ohne Debatte angenommen, nachdem die Regierung bereits bei den Ausschußverhandlungen ihre prinzipielle Zustimmung ausgedrückt hatte.

X

X

Landwirtschaftsbetrieb Im allgemeinen sind die Erfahrungen, die die Konsumvereine auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Urproduktion gemacht haben, nicht sehr ermutigend. Die Farmen der englischen Großeinkaufsgesellschaft waren und sind ihre Schmerzenskinder, die meist mit Unterbilanz arbeiten; die irischen Molkereien der Gesellschaft sind allmählich vollständig abgestoßen worden. Auch das einzige Landgut, das sich in deutschem Konsumvereinsbesitz befindet, das der Hamburger Produktion gehörige Gut Schwanheide, ist bis heute noch nicht recht auf einen grünen Zweig gekommen. Trotzdem sind in letzter Zeit wieder große Ankäufe landwirtschaftlicher Güter durch Konsumentenorganisationen vollzogen oder beschlossen worden.

Die englische Großeinkaufsgesellschaft hat ihren 4 Farmen im Umfang von 1449 Acres neue Ländereien in einem Umfang von 4977 Acres, die in der Nähe von Manchester und Leeds gelegen sind und die der Milchwirtschaft, dem Getreide- und Gemüsebau dienen sollen, hinzugefügt, so daß sie nunmehr über landwirtschaftliches Areal in der Größe von 6426 Acres verfügt.

Von noch größerm Interesse dürfte ein vom Verband schweizerischer Konsumvereine geplantes Experiment sein. Die Verbandsleitung hat sich auf der diesjährigen Delegiertenversammlung, die am 24. und 25. Juni in Schaffhausen tagte, einen Kredit von 350 000 Franken zum Ankauf landwirtschaftlicher Güter bewilligen lassen. Sie will dafür ein großes, ein mittleres und ein kleines Gut erwerben, die sie in eigener Regie bewirtschaften will, um daran zu erproben, welche Rente aus der Landwirtschaft herauszuwirtschaften ist. Vor allem soll ermittelt werden, welches die Produktionskosten der Milch sind. Der Plan hatte bereits vorher in der Presse zu einer eingehenden Debatte Anlaß gegeben. Unter den Gegnern des Projekts befanden sich sowohl solche, die den Genossenschaften überhaupt jeden Fortschritt mißgönnen, als auch solche, die in ehrlicher Weise die Genossenschaften vor dem von vornherein verfehlten Projekt warnen zu müssen glaubten. In landwirtschaftlichen Kreisen sah man dem Vorhaben mit einem nassen und einem trockenen Auge entgegen. Fürchtete man einerseits den Übergriff in die eigene Domäne, so wurde andererseits auch der Standpunkt vertreten: die

Konsumvereine haben immer auf die hohen Preise der Landwirte geschimpft; nun mögen sie einmal selbst sehen, was in der Landwirtschaft zu holen ist. Von den 10 territorialen Kreisen des Verbandes hatten 3 sich einstimmig, 3 mit Stimmenmehrheit für die Vorlage erklärt; in einem Kreis war eine Abstimmung nicht vorgenommen worden. Auch auf der Delegiertenversammlung entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Von den Gegnern der Vorlage betonte einer, der Schritt sei verfrüht; wenn aber schon ein Gut gekauft würde, so sei das Erbpachtssystem der Eigenbewirtschaftung vorzuziehen. Ein anderer meinte, ob das Experiment gelinge oder nicht; die Bauern würden doch nicht mit ihren Preisen heruntergehen; die Errichtung einer Seifen- oder Teigwarenfabrik sei zweckmäßiger als der Ankauf landwirtschaftlicher Güter. Nachdem 11 Redner für und 7 gegen das Projekt gesprochen hatten, ergab die Abstimmung seine Annahme mit 256 gegen 105 Stimmen. Dem Beschluß wurde der Zusatz gegeben, daß bei der Auswahl von Gütern möglichst auf die verschiedenen Landeslegenden Rücksicht genommen werden solle. So wird denn der Plan Wirklichkeit werden. Dem Verband schweizerischer Konsumvereine sei alles Glück dazu gewünscht.

×

Kurze Chronik Für den 23. September war nach Paris ein internationaler Genossenschaftskongreß einberufen worden, zu dem jedoch nur die Länder der Entente Einladungen erhalten hatten. Der italienische Genossenschaftsbund hat die Teilnahme mit der Begründung versagt, daß er keine Trennung im Genossenschaftswesen wolle. Ebenso hat der leitende Ausschuß des Internationalen Genossenschaftsbundes in seiner Sitzung vom 26. Juli die Einladung korrekterweise abgelehnt, da angesichts der Zusammensetzung des Kongresses eine Teilnahme des Ausschusses seiner Eigenschaft als Vertreter der genossenschaftlichen Organisationen sämtlicher Länder widersprechen würde. × Die Volksfürsorge hatte am Ende des Jahres 1915, also nach 2½jährigem Bestehen, die 7. Stelle unter den deutschen Volksversicherungen erreicht. × Der Reichsverband deutscher Konsumvereine hielt seine diesjährige Tagung am 16. Juli in Münster ab. Die Großeinkaufszentrale deutscher Konsumvereine, deren Generalversammlung vor-

ausging, hat 1915 einen Umsatz von 11 Millionen Mark und einen Reingewinn von 76 568 Mark erzielt; 20 825 Mark werden als Rückvergütung verteilt. Der Verbandstag forderte in einer Resolution die Beamten und Festbesoldeten zum Beitritt auf und versprach ihre Interessen möglichst zu fördern. × Die beiden britischen Großeinkaufsgesellschaften haben in Südinien und auf Ceylon je 2 neue Teeplantagen in der Gesamtgröße von 3077 Hektar erworben. × Der Allgemeine Konsumverein in Basel schloß sein 5. Geschäftsjahr, 1915, mit einem Mitgliederbestand von 37 452 (im Vorjahr 36 844), einem Umsatz von 26 082 079 (26 499 402) Franken, einem Überschub von 2 138 939 (2 403 226) Franken ab. Von dem Umsatz entfallen rund 7,9 Millionen auf Milch und Milchprodukte aus eigener Molkerei, 6 Millionen auf Spezereien, 5,3 Millionen auf die Erzeugnisse der eigenen Schlächtereier, 2,1 Millionen auf die der Bäckerei. Die Genossenschaft verfügt über 119 Verkaufsstellen und beschäftigte am Jahresschluß 1130 Angestellte.

Sozialpolitik / Max Quarck

von Elm † Der rasche Tod, der Adolph von Elm in seiner langjährigen Wirkungsstätte Hamburg im 59. Lebensjahr ereilt hat, reißt eine Lücke auch in die Reihen der deutschen Sozialpolitiker, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und lange Zeit die fast ausschließlichen Vorkämpfer für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung in Deutschland waren. Genosse von Elm ist in der Gewerkschaftsbewegung und im Reichstag, dem er 1894 bis 1906 angehörte, sowie in der sozialistischen Literatur vor allem ein Vertreter des Gedankens gewesen, daß Freiheit des Koalitionsrechts und Möglichkeit der sozialen Volkserziehung durch die Organisationen der Arbeiter selbst diese zu den größten Kulturleistungen befähigen. So schrieb er nach der Reichstagsauflösung vom Dezember 1906, die ihm selbst sein Mandat kostete, zu dem damit begrabenen Gesetzentwurf über die gewerblichen Berufsvereine, der solchen Vereinen die Rechtsfähigkeit entziehen wollte, wenn sie »Arbeiterversände förderten«, in den Sozialistischen Monatsheften (1907, 1. Band, pag. 15): »Kein Gewerkschaftskongreß hat an die Regierung jemals das Ansinnen gestellt

den Zukunftsstaat zu verwirklichen, wohl aber recht praktische Forderungen zum Schutze der Arbeit . . . Heraus mit dem Koalitionsrecht für alle Arbeiter, mit dem Arbeiterschutz für alle Kategorien, und fort mit Gesetzen und Projekten, die die Organisationen der Arbeiter erdrosseln sollen!« Das war für von Elm der Punkt, um den sich seine ganze praktische Sozialpolitik drehte, aber keinerlei bloß agitatorische Wendung, die er überhaupt haßte und verschmähte. An dem speziellen Arbeiterschutz für seinen einstigen Beruf, den der Zigarrenarbeiter, ist er ein unermüdlicher und sachverständiger Mitarbeiter gewesen, er hat die Bundesratsverordnung für diese Branche aus der Taufe heben und fortgesetzt verbessern helfen. Als er immer stärker durch die Genossenschaftsbewegung und zuletzt die Volksversicherung beansprucht war, deren leitender Kopf er wurde, blieb ihm wiederum der Gedanke des Emporstiegs der Arbeiterklasse aus eigener Kraft die Hauptsache, nicht etwa das Streben nach kleinbürgerlicher Behäbigkeit und Existenzsicherung. Er betrachtete das Genossenschaftswesen eminent sozialpolitisch und schrieb darüber hier in dieser Zeitschrift vor jetzt gerade einem Jahrfünft (1911, 3. Band, pag. 1177): »Wenn zirka 3 Millionen Volksgenossen sich entschließen den Segnungen privatkapitalistischer Organisation dadurch zu entgehen, daß sie die Wahrung ihrer Interessen auch auf diesem Gebiet selbst in die Hand nehmen, dann schwindet bei diesen großen Massen wiederum ein Stück des Glaubens, des Vertrauens zu dieser besten aller Welten, und die Überzeugung von der im Volk vorhandenen Kraft ohne kapitalistische Bevormundung bei richtiger Organisation selbst Gewaltiges schaffen zu können, wird aufs neue gestärkt.« Der Gedanke der sozialen Selbstverwaltung trug den unermüdlichen Kämpfer und Organisator durch alle Hindernisse hindurch. Und da er die Gabe der Rede und der literarischen Bearbeitung sozialer Stoffe in hohem Maß besaß und ein klarer Denker und kluger Taktiker war, so betrauert auch die deutsche Sozialpolitik in ihm einen ihrer besten Männer.

×
Frauenberuf-
arbeit

×
Nach den neuesten Über-
sichten des Mitglieder-
bestands der deutschen

Krankenkassen im Reichsarbeitsblatt hat

sich vom Juli 1914 bis zum Juli 1916 die Zahl der männlichen Mitglieder um 2 188 760 vermindert, die der weiblichen um 599 467 Köpfe vermehrt. Gegenüber den Klagen über zu stark: Heranziehung der Frauenarbeit im Gewerbe zeigen diese Ziffern, daß der Männerabgang im versicherungspflichtigen Gewerbe noch kaum zu einem Viertel durch Frauenarbeit ersetzt ist. Allerdings ist die Gesamtzahl der weiblichen Versicherten mit 4 836 755 Köpfen derjenigen der männlichen mit 5 348 000 Köpfen beinahe gleichgekommen. 1914 entfielen auf 100 männliche Mitglieder erst 56, 1916 dagegen schon 90 weibliche Versicherte. Die Zahl der arbeitsunfähigen Erkrankten betrug am 1. Juli 1914 461 896 oder 6,1 % männliche und 532 854 oder 12,5 % weibliche, am 1. Juli 1916 529 974 oder 9,9 % männliche und 636 075 oder 13,2 % weibliche. Das ergibt die überraschende Tatsache, daß der Krankenbestand der weiblichen Mitglieder, von dem ja noch die Wöchnerinnen abzusetzen sind, in den beiden Kriegsjahren ganz geringfügig stieg, während der Krankenbestand der Männer, von dem keinerlei Abzug zu machen ist, um 3,8 % wuchs. Es scheint danach, daß die Arbeiterinnen zunächst die gewerbliche Beschäftigung regelmäßiger leisteten und ertrugen als die Männer. Die Arbeiterinnen dürften freilich den mittleren und besten Altersklassen angehört haben und aus einem Vorrat noch unverbrauchter Kraft haben schöpfen können, der durch längere angestrenzte Beschäftigung erschöpft wird. Die Arbeiter dagegen gehörten den jüngsten und ältesten Jahrgängen an und waren infolgedessen weniger widerstandsfähig. Indessen muß diese Beobachtung noch länger fortgesetzt und durch Einzeluntersuchungen ergänzt werden, ehe man ihren Ergebnissen Allgemeingültigkeit beimessen kann.

×
Sparzwang für
Jugendliche

×
Die Wirkungen des bekannten Sparerlasses für Jugendliche (siehe diese Rundschau und die Rundschau Kommunalsozialismus, 1916, 1. Band, pag. 339, und 2. Band, pag. 516), den das Oberkommando für die Marken zuerst verkündete, lassen sich jetzt für die Reichshauptstadt einigermaßen übersehen. Bis Anfang September 1916 waren von 22 000 Jugendlichen unter 18 Jahren Lohnüberschüsse über 21 Mark wöchentlich in Höhe von 1½ Millionen Mark eingezahlt. Das zeigt, daß von etwa

90 000 beschäftigten Jugendlichen nur ungefähr ein Drittel mehr als 21 Mark wöchentlich verdiente. Die Behauptungen von exorbitanten Jugendlöhnen in der Kriegszeit haben sich also in dieser Allgemeinheit als unrichtig erwiesen. Bis Anfang September stellten 11 000 Jugendliche 21 000 Anträge auf Rückzahlung, worauf 450 000 Mark zur Rückzahlung gelangten, also etwa der dritte Teil der zwangsgesparten Summe. Auch dies spricht nicht dafür, daß Löhne gezahlt wurden, die in keinem Verhältnis zum Bedarf der Jugendlichen ständen. Bei Prüfung eines Teils der Rückzahlungsanträge hat die Berliner Zentrale für private Fürsorge festgestellt, daß einzelne Jugendliche allerdings Wochenlöhne bis zu 60 und 70 Mark bezogen. Für solche Lohnbezüge mag sich der Sparzwang durchaus bewähren. Doch müßte auch für solche Einkommen die Möglichkeit einer laufenden Freigabe für längere Zeit geschaffen werden, falls Familienverhältnisse den Rückgriff auf die Sparsumme notwendig machen. Auch wäre eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verfahrens für die Freigabe der Zwangsparsnisse zu empfehlen.

× Kurze Chronik Die deutschen Bäckerei-
 arbeiterv Verbände haben bei
 allen im Kriegsdienst be-
 findlichen Bäckermeistern und Bäcker-
 gesellen eine schriftliche Abstimmung
 über das Nachtbackverbot veran-
 staltet. Schon nach wenigen Tagen er-
 klärten sich von 10 308 Abstimmenden
 10 247 dafür, daß die Nacharbeit auch
 nach dem Krieg beseitigt bleiben, und
 10 203 dafür, daß das Verbot schon jetzt
 ausgesprochen werden soll. × Die 3
 bayrischen Generalkommandos haben
 durch Erlasse vom Juni 1916 für alle
 nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnach-
 weise eine Meldepflicht an das ge-
 meindliche Arbeitsamt oder die Haupt-
 arbeitsvermittlungsstelle des Regierungs-
 bezirks für Arbeitersuche angeordnet.
 × Das Oberschiedsgericht für Ange-
 stelltenversicherung hat be-
 stimmt, daß Assistenten in wissenschaft-
 lichen Instituten nicht in die Versicherung
 einbezogen werden sollen, wie über-
 haupt Personen, die nicht zu ausführender
 sondern zu selbständiger wissen-
 schaftlicher oder gleichwertiger Tätig-
 keit berufen sind, nach der Entstehungs-
 geschichte des Gesetzes von dieser Ver-
 sicherung ausgenommen bleiben. × Die
 Kölner Hochschule für kommunale

und soziale Verwaltung hält auch im
 kommenden Winter, im 5. Kriegssemes-
 ter, ihre wichtigsten Vorlesungen, Übun-
 gen und Seminare in vollem Umfang auf-
 recht. Auf dem Lehrplan stehen neben 14
 Vorlesungen über Rechts- und Staats-
 lehre und 20 über Wirtschafts- und
 Kulturpflege unter anderm auch 2 Vor-
 lesungen über Versicherungslehre und 1
 über zukünftige Finanzfragen und die
 neuen Reichssteuergesetze des Jah-
 res 1916.

WISSENSCHAFT
 Philosophie / Raphael Sellmann

Sein und Bewußtsein Ich sitze in meinem Zim-
 mer und erwarte nicht
 ohne einige Spannung die
 Ankunft einer mir befreundeten Person,
 die in einem genau angegebenen Zeit-
 punkt zu erscheinen hat. Ich weiß, daß
 nach Ablauf einer bestimmten Zeit an
 der Klingel der Tür gezogen werden
 wird, und ich stelle mir den Schall, der
 ertönen wird, mit einem derartigen Grad
 von Lebendigkeit und Schärfe vor, daß
 ich ihn schon jetzt in diesem Augen-
 blick deutlich zu hören vermeine, wobei
 ich mir dessen vollständig bewußt
 bleibe, daß der Schall in Wirklichkeit
 noch nicht ertönt ist, daß er bloß in
 meiner Einbildungskraft lebt. Wie ich
 nun diese meine Einbildungskraft auch
 anstrengen mag, es wird mir nie und
 nimmermehr gelingen aus dem eingebil-
 deten Schall einen wirklichen zu ma-
 chen. Je mehr ich mich bemühe das
 noch nicht erklungene wirkliche Läuten
 in meiner Phantasie schon jetzt leben-
 dig zu machen, je länger und anhalten-
 der ich an der Schwelle herumlauiere,
 die das reale Sein von dem bloß vor-
 gestellten scheidet, desto weiter ent-
 fernt sich dieses wirkliche Läuten von
 meinem gegenwärtigen Bewußtsein;
 denn da erst beginne ich mit einer allen
 Zweifels enthobenen Sicherheit und
 Evidenz zu erkennen, daß der wirkliche
 Schall einen ganz andern Charakter
 tragen, daß er sich von dem vorgestell-
 ten in einer nicht zu verkennenden, fun-
 damentalen Weise unterscheiden wird.
 Und doch muß ich unbedingt schon in
 diesem Augenblick etwas von dem vor-
 derhand noch nicht Gekannten und
 nicht Gewußten wissen, da ich mit allen
 Fibern meines Gehirns schon jetzt emp-
 finde, wie anders es werden wird, wenn
 erst der wirkliche Schall ertönt, und
 wie sich mit einemmal das vorgestellte
 Tönen in ein wirkliches verwandeln

wird. Solange ich also in der Grenzen meiner Vorstellungen, Erwartungen und Antizipationen eingeschlossen bleibe, wird es mir nimmermehr gelingen einen Wirklichkeitswert aus ihnen herauszupressen, und trotzdem muß ich doch in meinem Innern irgendwelche Beziehungen zu diesem, meinem Bewußtsein vorderhand entrückten Wirklichkeitswert haben, da ich widrigenfalls nicht die Fähigkeit besäße den Unterschied zwischen dem bereits Vorhandenen und dem noch nicht Eingetretenen zu empfinden. Und wiewohl ich nicht sagen kann, wie ich dazu komme von dem vorläufig Ungewußten schon jetzt ein Wissen zu haben, so muß ich doch auf Grund einer einfachen Beobachtung der elementarsten psychischen Vorgänge zu der Schlußfolgerung gelangen, daß es sich in der Tat nicht anders verhält. Aber der angesetzte Zeitpunkt ist schließlich gekommen, an der Klingel wird nicht gezogen, und das erwartete Läuten bleibt aus. Als darüber hinaus eine geraume Zeit verstreicht, beginne ich nach und nach die Überzeugung zu gewinnen, daß ich mich in meinen Erwartungen endgültig getäuscht habe, daß die befreundete Person nicht mehr erscheinen und das einzutretende Läuten nicht mehr ertönen wird, während der eingebildete Laut in meiner Phantasie unbekümmert fortbesteht. Was bedeutet es nun, wenn ich sage, daß ich mich in meinen Erwartungen getäuscht habe, und daß das erwartete Läuten sich nicht einstellen wird? Es bedeutet nichts anderes, als daß ich den nicht eingetretenen, also nicht vorhandenen wirklichen Laut von dem in meiner Phantasie fortbestehenden mit der selben Genauigkeit und Schärfe unterscheidet, wie wenn ich den erwarteten Laut wirklich vernommen hätte, wie wenn er also in der Tat vorhanden wäre. Man komme mir nicht mit dem Einwand, daß von einem wirklichen Laut hier gar nicht die Rede sein kann, sondern bloß von zwei in gleicher Weise eingebildeten Lauten, die mit einander in ihrer Wirkung auf meinen Gemütszustand wetteifern: Den eingebildeten Laut brauche ich ja nicht zu erwarten, er ist tatsächlich in meiner Phantasie vorhanden; was ich erwarte, muß etwas von ihm Verschiedenes sein. Wenn ich also den Phantasielaut mit dem wirklich eintretenden vergleiche und dabei herausfinde, daß er sich von diesem in nicht zu verkennender Weise

unterscheidet, so geschieht es in dem vollen Bewußtsein, daß dieser etwas an sich hat, was dem andern fehlt. Was ist es eigentlich, was dieser an sich haben und was jenem fehlen soll? Das ist es eben, daß ich gar nicht sagen kann, was dem nicht ertönten wirklichen Laut anhaftet und ihn von dem bloß vorgestellten unterscheidet, und daß dasjenige, was er im Gegensatz zu diesem vorgestellten haben soll, ihm vorderhand ebenfalls abgeht. Denn, solange ich ihn mit meinen Ohren nicht vernommen habe, kann ich natürlich auch unmöglich wissen, wie er sich in der Wirklichkeit ausnimmt. Das einzige, was ich mit Sicherheit konstatieren kann, ist, daß ich den erwarteten Laut anders als den vorgestellten denke; und zwar denke ich ihn so, als ob er in der Tat existierte, und dieses Als ob ist nicht eine abstrakte Redewendung sondern tatsächliche Nuance in meinem Empfinden, an der zu zweifeln ich ebensowenig Grund habe wie an meinem Empfinden selber. Es ist eben etwas in meinem Innern da, was in einer intimen Beziehung zu dem Ungewußten und Ungekannnten steht, nicht etwa in der Form einer Vorstellung, die an sich ebenso real und gegenwärtig wie die Wahrnehmung ist, sondern in der einer undefinierbaren Antizipation, die eine Art Mittelstellung zwischen Seiendem und Nichtseiendem einnimmt. Eine als existierend gedachte Vorstellung weist ihrem innern Gehalt nach gar keinen Unterschied von der gleichen Vorstellung auf, die keinen Anspruch auf Realität erhebt und als reines Phantasieprodukt in meinem Gehirn herumpunkt. Denke ich an einen Taler, der sich in meiner Tasche befindet, von dessen Vorhandensein ich mich jeden Augenblick überzeugen kann, und an einen solchen, den ich gar nicht besitze, den ich mir bloß zu meinem Vergnügen in meiner Phantasie hervorzaubere, so sind diese beiden Vorstellungen ihrem gedanklichen Stoff nach einander vollständig gleich. Und doch wäre es unrichtig zu sagen, daß sie identisch seien und einander ersetzen können. Der als existierend gedachte Taler, der demjenigen als Phantasieprodukt so ähnlich sieht wie ein Tropfen Wasser dem andern, weist doch eine innere Zuspitzung seines Wesens auf, die ich in dem andern vermisse; denn der Umstand, daß er jeden Augenblick auf dem Sprung ist sich in einen vollen Wirklichkeitswert zu verwandeln,

erteilt ihm sozusagen eine gewisse Spannung, die schon jetzt in ihm mitschwingt, und die jenem abgeht. Gewiß liegt diese Spannung nicht in ihm selber sondern stammt von meiner Erwartung her; aber eben diese Erwartung ist das in Frage stehende Moment, das mir ein Wissen von dem Ungewußten verschafft und das noch nicht Eingetretene zu einem bereits Gewordenen macht. Man spricht gewöhnlich in solchen Fällen von einer gewissen Antizipation der Zukunft durch Bilder, die ich von dieser vermittelt meiner Einbildungskraft entwerfe. Das trifft nur insofern zu, als ich in sie etwas hineinlege, was ursprünglich in ihnen nicht gegeben ist. Die Bilder an sich, die ihr ganzes Licht von dem bereits Dagewesenen erborgen, sind unfähig das Kommende zu erhellen. Selber nur ein Widerhall der Vergangenheit, können sie bloß Vibrationen in sich enthalten, die mir bereits gut bekannt sind. Sollen sie mir einen gewissen Einblick in das noch nicht Dagewesene verschaffen, so muß in ihnen etwas mitklingen, was aus einem tiefern und verborgenern Grund stammt.

Diese Spannungen sind es eigentlich, die der gesamten Wirklichkeit, der Welt der Dinge ihr ganzes Relief erteilen. Denn wenn wir füglich von der Welt reden, so kann doch darunter unmöglich der engbemessene Ausschnitt der Wirklichkeit gemeint werden, der in dem jedesmaligen Bereich meiner Sinne liegt, und der unmittelbar von mir wahrgenommen und beobachtet wird, sondern es muß eher darunter die unbegrenzte Fülle der Dinge und Geschehnisse verstanden werden, die momentan meinem wahrnehmenden Bewußtsein entrückt sind, die in der Zukunft eventuell Gegenstand meiner unmittelbaren Wahrnehmung werden können, und die ich vor allem als existierend denke. Wenn es aber richtig ist, daß der Schwerpunkt meiner Welt eher auf dem Gebiet des als existierend Gedachten als des tatsächlich Existierenden liegt, so muß ich zugleich sagen, daß diese meine Welt zu ihrem bei weitem größern Teil sich aus meinen Erwartungen, will sagen aus den Schwingungen meiner Einbildungskraft aufbaut. Selber aus der Tiefe meines Gemüts kommend, verleiht meine Erwartung den Dingen meiner Umgebung ihre eigentliche Tiefe. Sehen wir zu, wie es sich mit den Gegenständen der unmittelbaren Wahrnehmung, den leibhaftigen Dingen mei-

ner Umgebung verhält. Ist es denn nicht sonderbar, daß ich das Gegebene immer wieder in zwei von einander streng geschiedene Sphären auseinanderreiß, statt es in genau der selben Gestalt hinzunehmen, in der es meinen Sinnen ursprünglich erscheint? Und sind nicht jene strengen Positivisten im Recht, die nur von einzelnen Qualitäten, wie hart, weich, rau, glatt, grün, schwarz, süß und sauer, wissen wollen und jede Vorstellung von einer alle solche Qualitäten in sich vereinigenden Substanz als ganz unnötig, ja irreführend verpönen möchten? Also haben Berkeley und sein Nachfolger Mach in ihren Behauptungen das Richtige getroffen, und das Stück Zucker, das ich in diesem Augenblick zwischen meinen Fingern hin- und herwende, ist im Grunde nichts anderes als eben ein Zusammen von Hart, Weiß, Süß, Viereckig und vielen anderen Elementen, die schärfere Sinne an ihnen entdecken könnten? Gewiß, welche Operationen ich an diesem Zucker auch vornehmen mag, ich werde aus ihm niemals etwas anderes als eben diese oder jene Sinnesqualität herausholen können. Aber nun schlage ich den Zucker in zwei kleine Stücke. Habe ich hier wirklich ein Zusammen von Hart, Weiß, Süß und Viereckig in zwei Teile zerlegt? Ich werfe den Zucker ins kochende Wasser und lasse ihn sich darin auflösen. Hat sich wirklich im Wasser ein Zusammen von Hart, Weiß usw. aufgelöst? Dies will mir keineswegs einleuchten. Obwohl ich mich fest entschlossen habe mich nur an das Tatsächliche zu halten und allem, was sich faktisch nicht nachweisen läßt, den Zutritt zu meinem Denken zu verwehren. Und wenn ich bloß den Zucker mit meinen Fingerspitzen berühre, soll es wirklich bedeuten, daß hier das Element Hart zu meinen Nervelementen in Beziehung getreten ist? Auch das scheint mir wenig plausibel. Denn meine Nervelemente sind doch wiederum nur Tastqualitäten und nichts weiter, und da müßte ich sagen, daß mein Berührungsempfinden in einem Zusammentreffen von zwei verschieden garteten Tastempfindungen besteht, während in dem Fall der Berührung nur ein Element, nämlich Hart, vorliegt. Wo bleibt denn das andere Element, die Tastqualität meiner Nervelemente, warum macht es sich in meinem Bewußtsein nicht geltend, warum muß ich erst durch einen Schluß meines Verstandes von

seiner Existenz erfahren, warum tritt es nicht so unmittelbar und einfach wie das Hart in die Erscheinung? Der Zucker hat Undurchdringlichkeit, das heißt, wenn ich ihn gegen meine Fingerspitzen festdrücke, weichen gewisse Teile meiner Fingermuskeln vor dem Andrang zurück, um ihm Platz zu machen, das Harte an ihm dagegen geht frei durch die Fingerspitzen hindurch, ohne irgendwelche Muskelteile in diesen zu verdrängen. Und wenn meine Tastmuskeln gänzlich atrophiert sind, so kann die Empfindung des Harten ganz ausbleiben, ohne daß dabei der ausgeübte Druck aufhört die Muskelteile meines Leibes zu verdrängen, woraus zu ersehen ist, daß dies Harte bei der Undurchdringlichkeit gar keine Rolle spielt. In noch höherem Maß gilt dies für alle Qualitäten des Zuckers. Wenn dieser Zucker im Wasser aufgelöst wird, so bleibt noch allerdings die Empfindung des Süßen, aber alle anderen Eigenschaften, das Harte, das Weiße, das Viereckige, verschwinden, was unbegreiflich wäre, wenn der Zucker nur ein Zusammen von Qualitäten dargestellt hätte. Richte ich meine Blicke auf den vor mir liegenden Stoff und versuche mir vorzustellen, wie er immer dünner und dünner wird, bis er sich zu einem feinen, kaum merklichen Staub verwandelt, so wird es mir doch nimmer gelingen jenen Grenzpunkt zu erreichen, bei dem ich sagen könnte, der Stoff hat gänzlich zu existieren aufgehört; wenn ich aber diesen Zuckerstoff ganz verzehrt habe, so verschwinden mit einemmal alle seine Qualitäten, und deren Zusammen ist nicht mehr da. Ein Nachbar kommt zu mir herein, und aus seinen Aussagen muß ich darauf schließen, daß auch er das vor mir liegende Stück Zucker wahrnimmt; schließe ich aber die Augen und stelle mir das selbe Stück Zucker in der Phantasie vor, so wird er das Zusammen der Vorstellungen Hart, Weiß, Süß, Viereckig nicht zu sehen bekommen, was wiederum unbegreiflich wäre, wenn dieser von uns so vielbesprochene Zucker wirklich in nichts andern als in einem Zusammen von den vorhin erwähnten Qualitäten bestanden hätte. Nein, die Materie muß doch etwas mehr und wohl etwas anderes als die bloße Summe der in ihr enthaltenen und an ihr nachweisbaren Empfindungen sein. Von diesem Mehr und diesem Andern dringt nichts in die Fenster meiner Sinne ein, und trotzdem habe ich

von ihm eine klare Erkenntnis, nicht etwa auf dem Weg der Reflexion sondern in ganz unvermittelter Weise, ohne das Dazwischenkommen von Schlußfolgerungen und Konsequenzen. Ich rede von der Materie und weiß, was ich meine, obwohl ich nicht imstande wäre anzugeben, worin sie sich ausdrückt.

Wie unwiderleglich hat man es bewiesen, daß jedes Sein letzten Endes in irgendeinem Wahrnehmen, irgendeinem Eindruck besteht, und daß folglich von einem Sein als solchem nicht die Rede sein kann sondern immer nur von einem Bewußtseiendem. Und doch weiß ich mit unumstößlicher Sicherheit, daß das Sein als solches unendlich reicher und mannigfaltiger als das engbemessene Gebiet meines individuellen Bewußtseins ist. Ohne die Wesensverschiedenheit zwischen Seiendem und Bewußtseiendem untersucht zu haben, weiß ich, daß nicht jedes Seiende die spezifischen Merkmale des Bewußtseienden besitzt, daß aber jede Bewußtseinsäußerung notwendig ein Moment des Seins darstellt. Die Erkenntnis des Unerkennbaren: diese *contradictio in adiecto* aller metaphysischen Forschung ist eine psychologische Tatsache, die aller Unbegreiflichkeit zum Trotz sich im individuellen Bewußtsein in jedem Augenblick geltend macht. Wir bleiben immerhin innerhalb der Grenzen des Gegebenen eingeschlossen; aber das Gegebene bekundet fortwährend die unwiderstehliche Neigung diese Grenzen zu überschreiten.

Ein Buch von Dr. Regina Ettlinger-Reichmann, *Die Immanenzphilosophie* /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/, gibt mir zu diesen Gedankengängen Anlaß. Die Verfasserin bietet uns in diesem Buch eine recht detaillierte und objektive Darstellung der hervorragendsten Systeme der immanenzphilosophischen Schule und fügt am Schluß ihres Werkes eine kurze Würdigung und Kritik des von den Vertretern der Immanenzphilosophie eingenommenen Standpunkts bei. Eine ganz besondere Beachtung verdient unter diesen Vertretern der subtile Denker Schuppe, der die Konzeption der Immanenz, wenn nicht am konsequentesten, so doch gewiß am tiefsten ausgearbeitet hat. Diese Philosophie der Immanenz will sich ausschließlich innerhalb der Grenzen der Bewußtseinsdaten halten und weist mit Entschiedenheit alle Annahmen eines außerhalb der Bewußt-

seinssphäre fallenden Seins als Irreführung und in sich widersprechend zurück. Als der eigentliche Urheber der Immanenzphilosophie muß gewiß Berkeley bezeichnet werden, der durch seinen kardinalen Satz »Esse est percipi« den Grund zu allen späteren immanenten Anschauungen gelegt hatte, die alle den Berkeleyschen Grundgedanken sich zu eigen machten und ausbauten, ohne allerdings dessen subjektivistische Pointe beibehalten zu haben. Dies ist der eigentliche Punkt, der die Berkeleysche Denkweise von der der spätern Immanenzphilosophie in markanter Weise scheidet. Bei Berkeley hat das Bewußtsein immer noch die Bedeutung eines Subjekts als Träger aller Erscheinungen im Universum; die spätere Immanenzphilosophie hingegen bekundet die immer schärfer hervortretende Tendenz die rein subjektivistische, auf das Ich eingestellte Orientierung möglichst zu beseitigen und das Bewußtsein als ein alle Subjekte in sich fassendes Allgemeines darzustellen. Freilich muß sich bei einer derartigen Darstellung die Wesensverschiedenheit zwischen Bewußtsein und Sein allmählich verflüchtigen, da mit dem Augenblick, wo das Subjekt in Wegfall kommt, jede Erscheinung ebensogut als ein Seiendes wie ein Bewußtseiendes aufgefaßt werden kann. Und in der Tat nähert sich die Konzeption eines Schubert-Soldern, der zu den Immanenzphilosophen gezählt wird, sehr deutlich dem kritischen Empirismus eines Avenarius und eines Mach, denen das Bewußtsein nichts weiter als ein Element unter Elementen ist. In scharfem Gegensatz zu diesem Empirismus steht hingegen Schuppe, für den es ein subjektloses Sein gar nicht gibt, da nach ihm jedes Sein ein Gegebensein bedeutet, jedes Gegebensein aber notwendig ein Subjekt voraussetzt, zu dem es in Beziehung tritt. Jedes Seiende ist demnach mit einem Bewußtseienden behaftet, und zwar auf eine Weise, daß beide Momente eine unzertrennbare Einheit bilden. Jedes Seiende stellt eine Synthese von Elementen dar, die in concreto niemals isoliert erscheinen und die nur auf dem Weg der Abstraktion gesondert werden können.

Allen diesen Vertretern der Immanenzphilosophie ist es gemeinsam, daß sie gegen die Annahme der Transzendenz mit dem Argument der Unausdenkbarkeit eines Begriffs operieren, der das außerhalb des Bewußtseins Liegende, das Unerkennbare also, nicht umhin

kann zu denken und zu erkennen. Das Argument stammt von Salomon Maimon, der in seiner Kritik des Kantschen Dings an sich geltend machte, daß mit dem Augenblick, wo das Unerkennbare zum Gegenstand des Bewußtseins erhoben wird, es eo ipso aufhört unerkennbar zu sein.

× Kurze Chronik Wie in der Rundschau Hygiene bereits berichtet wurde, ist Elia Metschnikow in Paris gestorben. Der berühmte russische Naturforscher hat auch als philosophischer Schriftsteller eine rege Tätigkeit entfaltet. Von diesen seinen Schriften sind namentlich die Studien zu einer optimistischen Lebensanschauung und die Aufsatzsammlung Vierzig Jahre auf der Suche nach einer rationellen Weltanschauung bekannt geworden. × Am 14. August starb der Direktor des Philosophischen Seminars der Universität Göttingen Professor Dr. J. Baumann in seinem 79. Lebensjahr. Er war Gymnasiallehrer in Frankfurt am Main, schrieb ein auf gründlichen Quellenstudien beruhendes Buch Die Lehren von Raum, Zeit und Mathematik in der neuern Philosophie und wurde daraufhin an die Universität Göttingen berufen. Von seinen späteren Arbeiten sind Philosophie als Orientierung über die Welt, Handbuch der Moral und Geschichte der Philosophie nach Ideengehalt und Bedeutung, von seinen pädagogischen Schriften die über Volksschule, höhere Schule und Universität zu nennen. × Die Berliner Philosophische Fakultät stellt folgende Preisaufgabe: »Die Polemik des Rhetors Aristeides gegen Platon soll im Zusammenhang dargestellt und womöglich auf ihre Quellen zurückgeführt werden.« Der diesjährige Preis der Bonitzstiftung der Akademie der Wissenschaften in Wien wurde Dr. Hans Leisegang in Markranstädt für sein Buch Das Wesen und Werden der mystisch-intuitiven Erkenntnis in der Philosophie der Griechen zuerkannt. × Wegen des Krieges mußte der internationale mathematische Kongreß, der in diesem Jahr in Stockholm tagen sollte, aufgeschoben werden. Statt dessen wurde ein skandinavischer mathematischer Kongreß abgehalten, der von den hervorragendsten schwedischen, norwegischen und dänischen Mathematikern besucht war. Er wurde am 31. August durch Mittag-Leffler mit einer Rede über seinen Lehrer Weierstraß eröffnet.

Exakte Naturwissenschaften/Bruno Borchardt

Farbenmessung Ein »absolutes System der Farben« glaubt Wilhelm Ostwald gefunden zu haben. Er hat darüber zuerst in der Zeitschrift für physikalische Chemie berichtet. Diese Arbeit ist jetzt weiter ausgebaut unter dem Titel Neue Forschungen zur Farbenlehre in der Physikalischen Zeitschrift erschienen. Ostwald hebt da zunächst bei der Schilderung des bisherigen Standes der Farbenlehre sehr scharf die Mängel hervor, die zeigen, was für eine Fülle von Problemen noch vollkommen ungelöst ist. So weist er darauf hin, daß der Begriff der gesättigten Farbe, die keineswegs mit einer spektralreinen zu identifizieren ist, durchaus noch nicht genügend definiert sei. Ebensovienig kann der Grad der Reinheit einer vorgelegten Farbe genau angegeben werden. Ferner ist die Frage nach der Helligkeit der bunten Farben beim gegenwärtigen Stand der Farbenlehre schier unmöglich zu beantworten. Unbeantwortet bleibt weiter auch die Frage, warum im Spektrum auch bei beliebiger Variation der Helligkeit und bei beliebiger Mischung niemals Braun, Olivgrün und ähnliche Farbtöne erhalten werden können, auch wenn man das Verhältnis zwischen monochromatischem und weißem Licht in allen beliebigen Abstufungen variiert. Und derartiger ungelöster Fragen gibt es noch viele. Sie alle drängen nach einem grundsätzlichen neuen Ausbau der Farbenlehre, um so mehr, als die ausgedehnte und weltbeherrschende Industrie der künstlichen Farbstoffe bis jetzt noch außerstande ist die Haupteigenschaft ihrer Produkte, ihre Farbe, nach Zahl und Maß zu kennzeichnen. »Gegenwärtig«, sagt er, »kann eine bestimmte Farbe nicht anders als durch die Vorlage eines physischen Objekts, welches diese Farbe besitzt, definiert werden, und der Möglichkeit, daß diese Vorlage im Laufe der Zeit in irgendeinem Sinne Änderungen erleiden kann, steht man praktisch hilflos gegenüber.« Als Aufgabe bezeichnet er daher neben andern, »die fehlende Grundlage so weit zu beschaffen, daß man die Farbe ebenso mit Zahl und Maß eindeutig bezeichnen und umgekehrt eine bestimmte und vorgeschriebene Farbe ebenso zweifellos und ohne Zuhilfenahme einer aufbewahrten Norm herstellen kann wie das beispielsweise mit Temperaturen, elektrischen Spannungen oder Volumen möglich ist.

Aus diesen Stellen scheint hervorzugehen, daß Ostwald den im Jahr 1912 von Dr. Leo Arons konstruierten Apparat, den er auch sonst nirgends erwähnt, gar nicht kennt. Gerade die Aufgabe, deren Lösung Ostwald als das Ziel einer wissenschaftlichen Farbenlehre bezeichnet: den »Anschluß des Systems der Farben an das sogenannte absolute Maßsystem«, leistet dieser von Arons sehr bescheiden als ein bloßer Farbenweiser (Chromoskop), nicht zugleich auch als ein Farbmesser (Chromometer) bezeichnete Apparat in einer überaus einfachen und vollkommenen Weise (siehe diese Rundschau, 1911, 1. Band, pag. 75 ff., und die Rundschau Kunstgewerbe, 1911, 2. Band, pag. 1064 f.).

Auf die Einzelheiten von Ostwalds umfangreicher Arbeit kann hier nicht eingegangen werden. Nur so viel sei bemerkt: Ostwald geht von der Tatsache aus, daß manchmal eine Farbe trotz weitgehender Änderung der objektiven Helligkeit ihren Farbcharakter unverändert beibehält, wenn sie nämlich allein in einem übrigens lichtlosen Gesichtsfeld erscheint, daß sie dagegen manchmal trotz unveränderter objektiver Helligkeit und Zusammensetzung der Lichtmasse innerhalb weitester Grenzen variiert, je nachdem nämlich die Helligkeit der Umgebung, die mit der Farbe zugleich im Gesichtsfeld erscheint, abgeändert wird: ein Versuch, der übrigens mit dem Aronsschen Chromoskop in überaus einfacher und eindringlicher Weise durchgeführt werden kann. Hiernach unterscheidet Ostwald bezugsfreie und bezogene Farben, auf deren grundsätzlichen Unterschied, für den er die Ursache in den biologischen Verhältnissen unseres Auges findet, er mit großem Nachdruck hinweist. Weiter verwirft er von den seit Helmholtz als Bestimmungsstücke einer Farbe angesehenen Größen Farbton, Reinheit und Helligkeit die letztgenannte, da sie mit der Analyse und Synthese der Farben unmittelbar nichts zu tun habe, und führt statt dessen als drittes Bestimmungsstück das in einer Farbe enthaltene Grau respektive ihr Weißverhältnis ein. Natürlich handelt es sich bei allen Mischungen um additive, das heißt um Mischungen von Lichtstrahlen oder Lichtarten, wie sie zum Beispiel entstehen, wenn rotes und grünes Licht auf einen Projektionsschirm fallen und von ihm reflektiert das Auge zusammen treffen, wodurch die Empfindung Gelb entsteht, während bei der Mischung

farbiger Pigmente nicht etwa von beiden zurückgeworfene Strahlen ins Auge gelangen, sondern die von dem einen reflektierten von dem andern zum großen Teil absorbiert werden, so daß bei dieser subtraktiven Farbmischung ein ganz anderer Farbeindruck entsteht. Um die additive Mischung von Farben bequem vornehmen zu können, benutzt Ostwald statt des Farbkreisels, bei dem das Verhältnis der zu mischenden Farben nicht in stetiger Weise geändert werden kann, einen von ihm selbst konstruierten Apparat, eine Kombination eines Wollastonschen mit einem drehbaren Nicolschen Prisma, wodurch Polarisationsfarben in durch die gegenseitige Stellung der Prismen beliebig und stetig abänderbarem Verhältnis zur Mischung kommen können.

Farbton, Reinheit und Grau sucht Ostwald ohne Willkür zahlenmäßig zu bestimmen. Er erhält schließlich zur eindeutigen Kennzeichnung jeder Farbe 3 Zahlenangaben, deren jede mit 2 Stellen reichlich genau ist. Mit seiner Analyse der Farben ist seiner Meinung nach in der Farbenlehre ein Punkt erreicht, den die Wärmelehre mit der Verfertigung eines reproduzierbaren Thermometers mit wohldefinierten Fixpunkten und sachlich gerechtfertigtem Einteilungsprinzip erreichte.

Ostwald benutzt die von ihm dargelegte Farbmesskunst oder Chromometrie zur Lösung einiger Probleme, zum Beispiel zur Untersuchung des Reinheitsverhältnisses und des Sättigungsverhältnisses, die in sehr naher Beziehung zu einander zu stehen scheinen, und kommt zu dem Resultat, daß diese Chromometrie das Tor zu neuen wichtigen Ergebnissen öffne, deren Umfang und Inhalt sich zurzeit nicht entfernt übersehen lasse. Ob diese Hoffnungen gerechtfertigt sind, kann erst die Zukunft lehren. Allerdings braucht man in der Skepsis nicht so weit zu gehen wie Dr. König, der in der Zeitschrift für angewandte Chemie sagt: »Mag das System absolut sein, es wird in verschiedenen Händen oder vielmehr in verschiedenen Augen das Absolute mehr oder weniger verlieren und eine relative, subjektive Note bekommen.«

× Kurze Chronik Auf dem Schlachtfeld fiel der Privatdozent der Chemie an der Universität Marburg Dr. Friedrich Flade als Unteroffizier in einem Fußartillerieregiment. × Der Direktor des

russischen Zentralobservatoriums in Pulkowa bei Petersburg, der in Schweden geborene Professor der Astronomie Oskar Backlund, ist im Alter von 70 Jahren gestorben. Seine Arbeiten haben wesentlich dazu beigetragen das Ansehen der berühmten Sternwarte von Pulkowa weiter zu entwickeln. An der Bahnberechnung des Enkeschen Kometen, der soeben als ganz lichtschwaches Nebelgebilde von Wolf in Heidelberg wieder aufgefunden worden ist, war Backlund in hervorragender Weise beteiligt. × Der Professor der Physik an der Universität Bordeaux Em. Vigouroux hat von der Pariser Akademie der Wissenschaften aus dem Fonds Bonaparte den Betrag von 2000 Francs zur Unterstützung seiner Arbeiten über den Zustand des in Metallen gelösten Siliciums erhalten. × Shackleton ist es geglückt die auf der Elefantinsel zurückgebliebenen Mitglieder seiner Südpolexpedition wieder aufzufinden und glücklich nach Buenos Aires zu bringen. × Dagegen ist es nicht gelungen von dem Schicksal der russischen Nordpolexpedition, die im Jahr 1912 auf zwei Schiffen unter den Leutnants Brussilow und Rusanow in das sibirische Eismeer aufgebrochen war und seitdem verschollen ist, trotz zwei ausgesandten Hilfsexpeditionen Näheres zu erfahren. × Die Berliner Philosophische Fakultät stellt für den städtischen Preis die Frage zur Prüfung, ob die Dielektrizitätskonstante fester Körper im Gebiet der Hertzischen Wellen von der Schwingungszahl abhängt. × An die Universität Rostock ist Professor Dr. Paul Pfeiffer aus Zürich als Ordinarius für anorganische und allgemeine Chemie und als Direktor des Chemischen Instituts berufen worden. × Der Privatdozent für Physik an der Universität Wien Dr. Karl Przibram ist außerordentlicher Professor geworden.

KUNST

Dichtkunst / August Döppner

Hauptmann Der Verlag S. Fischer hat Gerhart Hauptmanns Emanuel Quint in volkstümlicher Ausgabe herausgegeben. Man macht Volksausgaben meist nur entweder von Werken, die popularisiert werden sollen, oder von leichter Unterhaltungslektüre. Zu beiden Kategorien zählt der Quint nicht. Man muß also annehmen, daß der Verlag erhofft ein

echtes Volksbuch gefunden zu haben. Ich teile diese Hoffnung. Dieses größte Werk Gerhart Hauptmanns wird zu wenig erkannt von den Schriften, die sich mit dem Dichter beschäftigen. Er ist der deutsche Dostojewskij genannt worden. Es ist eindeutiger Tolstoj zu sagen. Der abgründige Dostojewskische Idiot ist voll starker, tiefster Menschlichkeiten, Emanuel Quints Weg ist gerader, gedachter. Dostojewskij hat die Höllenfahrt selber getan, Hauptmann weiß um die Höllenfahrt. Der äußern und innern Form Dostojewskijs kommt das Buch vom Quint natürlich näher als der Form Tolstoj. Aber Tolstoj heißt Befreiung, Tolstoj ist Programm und Mission, er ist die Seite unseres Befreiungswillens, die nicht diesseits ist sondern jenseits. Und all dies ist auch Gerhart Hauptmann im Emanuel Quint. Deutschland liegt zwischen England und Rußland in mehr als einem Sinn. England ist konsequente Zivilisationsethik, aus Rußland sprechen aufs neue alte, tiefe Stimmen zur Menschheit. Mir scheint, daß jedes Steinchen, das auf die östliche Seite der Wage fällt, ein Gewinn ist. In diesem Zusammenhang betrachtet, wirkt ein Buch wie das von Albert Espey (Gerhart Hauptmann und wir Deutschen /Berlin, Deutsche Verlagsanstalt/), das sich bemüht, über den *undeutschen* Dichter Gerhart Hauptmann Gericht zu halten, einigermaßen albern. Es ist bedauerlich, daß an und für sich richtige Gedanken und Forderungen durch unverständigen Gebrauch diskreditiert werden. Was sich aus den schiefen Ausführungen des Verfassers heraushören läßt, ist zunächst der Ruf nach gründlicher Reinigung des Theaters; dann die Forderung nach Wiedereinklang der Idee in die Kunst. Aber die Begründungen sind so minderwertig und unwahr, daß der Verfasser seinen Wünschen durch diese Veröffentlichung mehr schaden als nützen wird. Die Angriffe auf Hauptmann sind zu verständnislos, um diesem Dichter Abbruch zu tun. Ein Wort nur zu dem Vorwurf, Gerhart Hauptmann sei kein germanischer Dichter, weil kein Prophet der Tat. Ich sehe von der Definition des Germanischen hier ganz ab (solche Definitionen werden von einer Reihe von Schriftstellern, angefangen von Richard Wagner, nicht nach volkpsychologischer Analyse sondern nach Wunsch und Neigung aufgestellt), ich halte mich nur an die Tat. Der Verfasser dieser

Broschüre sieht sie nicht. Und doch ist der Weg des Emanuel Quint in ungleich höherem Sinn eine Tat als mancher Tätige es verstehen wird. Es ist die Weigerung des reinen Geistes die Kompromisse der Erde zu schließen, der Materie nur einen Schritt breit nachzugeben. Das Buch vom Emanuel Quint ist das Evangelium von Jesus Christus, der in unserer Zeit wiederkehrte, und den diese Zeit nicht erkannt hat. Und der Evangelist Gerhart Hauptmann wird von den Vertretern der Denkweise unserer Zeit, von Espey und den ihm Gleichgesinnten, für schwach und elend befunden, weil seine Botschaft sich an die Schwachen und Elenden unserer Tage wendet, die die Starken und Großen der Zukunft sind.

×
Meyrink Der Golem von Gustav Meyrink /Leipzig, Kurt Wolff/ hat als Roman eine große Verbreitung gefunden. Man darf annehmen, daß dieser Erfolg in der Hauptsache stofflichen Elementen nervöser Spannung zu verdanken ist. Aber unterhalb dieser bunten Oberfläche lebt die merkwürdige Kraft guter Bücher und guter Erlebnisse: wir pflegen ihre Wirkung das Bleibende zu nennen und meinen damit die Änderung unserer seelischen Disposition. Von hier aus ist der Golem zu werten, nicht von seiner bunten, freilich immer noch sehr interessanten Stofflichkeit aus. Man erkennt dann, wie all diese seltsamen, anscheinend nur ornamentalen Hochreliefs Chiffre sind für die Tendenz: aufzudeuten, daß hinter, unter, vor den Dingen die Allmacht des Herrschers Geist steht. Tun wir da Mitarbeit des Lesers und unterlegen wir in mehr oder weniger klarer Erkenntnis, vielleicht nur in unbewußtem Anklang diesen fremden, sehr schnell vertrauten Bildern selbsterlebte seelische Werte, so spüren wir das altbekannte Problem des *Romans der Seele*. Die Führungsgestalt des Buches, der Archivar Schemaja Hillel, der die »Register über die Lebendigen und Toten führt« sagt einmal: »Jede Frage, die ein Mensch tun kann, ist im selben Augenblick beantwortet, wo er sie geistig gestellt hat.« Und ein andermal: »Wer nicht nach dem Geist schreit, mit allen Atomen seines Leibes, der kann die Geheimnisse Gottes nicht schauen.« Diesen Roman der Seele, der vom ersten Menschen, vielleicht, begonnen ist, und vom letzten, vielleicht, beendet wird, bringt Meyrink in erstaunlich suggesti-

ven, übrigens gar nicht *originellen* Sätzen. Er formt und steigert seine Bilder, bis die Skepsis untergraben und unsere Tagesanschauung an entscheidender Stelle durchleuchtend gemacht ist, so daß, erst tropfenweise, dann in wachsendem Fluß inseitiger Tiefe Aufmerksamkeit entsteht. Gleich zu Anfang: Der Stein, der so aussieht wie Fett. Wir haben gleiches bekanntlich hundertmal erlebt: Wo sah ich dies schon, diese Situation, diese Farbe, diese Bewegung? Wir haben bekanntlich hundertmal gegrübelt, aus welcher Welt diese Reminiscenzen stammen. Und wir erfahren: Durch eine schmale Spalte kann unser tieferes Ich mit beharrlichem Willen nach Wissen, das heißt nach Erinnerung hinausschlüpfen aus dieser Welt kausaler Bindung und in die geistigen Gefilde seiner Heimat gelangen. Freilich ist das Mystik, aber die Mystik wie in jedem einfachsten, echten Gedanken. Wir werden durch dieses Buch hart an die messerscharfe Scheide zwischen Hüben und Drüben gestellt. So dicht vor die Erinnerung. Die Meyrinksche Kunst will Brücken in das zeitlose, unbedingte, geistige Reich schlagen, sein Dasein hinter den Dingen, in den Dingen durchschimmern machen. Sehr merkwürdige Berührungen schweben zwischen den Gestalten des Hillel und der Mirjam. Ist Hillel der Gedanke, so ist Mirjam die identische Tat. Oder, um dies nicht mißverstehen zu lassen, denn auch der Gedanke ist Tat: Hillel ist der Ursprung, Mirjam ist geistgeschwängerte Irdischkeit. Sie sagt von dem furchtbar häßlichen Wassertrum: »So aussehen wie er und nicht böse sein — wäre Heldentum.« Damit trifft sie den Kern des Irdischen. Mirjam wird tausendmal gebären, und Hillel tausendmal das Geborene zum Geist formen: sie weisen beide auf einen unendlichen Progreß, dessen Ziel aus diesem Diesseits hinaus führt.

Will man den Künstler Meyrink recht beurteilen, so denke man aber nicht nur an Pernath, Hillel und Mirjam, auch nicht an die der Bibel entlichene Kraft, und halte sich an den Händler Wassertrum und den Studenten Charousek. Sie sind beide (das Ganze der Roman der Seele) Teile unseres Ichs in lebendiger Gegensätzlichkeit atavistischer und revolutionär künftiger Regungen und Wallungen des Seele werdenden Blutes. Daß Meyrink diese beiden Gestaltungen derart zu objektivieren vermochte, beweist sein Künstlertum. Und darum ist

es nicht Zufall, daß die seelisch ergreifendste Stelle des Buches so ganz unscheinbar ist und etwas kaum Merkliches darstellt: den, von Charousek erzählten, Vorgang, wie Wassertrum die Nachricht von dem Selbstmord seines Sohnes, des verbrecherischen Augenarztes, aufnimmt. Diese wenigen Zeilen sind von einer Kraft des Leidens, die uns zu brennendem Mitleiden zwingt und das Niedrigste plötzlich an das Höchste reichen läßt, so daß wir jenes oben wiedergegebene Wort der Mirjam noch in einem andern, in seinem letzten Sinn fühlen.

In den selben Bahnen will Meyrink wohl auch in seiner letzten Veröffentlichung wandeln, in einem Geschichtenbuch, betitelt *Fledermäuse* /Leipzig, Kurt Wolff/. Die meisten dieser Geschichten schalten aber ganz aus, als Spielereien, mit denen Meyrink nur seine Leser verwirrt. Seiner Sache wäre besser gedient, wenn er ohne diese Gespenster auskäme, die gar so leicht mißtrauisch machen. Dienen sie ihm nur dazu eine Bewegung unseres Ichs zu personifizieren, so ist dagegen nichts einzuwenden, wenn der Zweck, die Veranschaulichung, damit erreicht wird. Aber die Gespenster dieser Sammlung sind konstruiert und dadurch wirkungslos im Sinn der Sache. Es ist keine Freude Vorzüge in ihr Gegenteil verkehrt zu finden. Meyrink ist mit diesen Skizzen hart auf dem Weg statt Wesen Manier zu geben. Eine Ausnahme bildet teilweise die erste, Meister Leonhard; aber für sie gilt der Vorwurf, daß der Satz »Niemand ist da, der das Schicksal verhängt, als das eine große Ich, das sich als zahllose Ichbilder spiegelt« zu klar ausgesprochen und zu wenig bewiesen ist.

X

Skandinavien Die uns allen so liebe schwedische Literatur erhielt durch die Übersetzung von Verner von Heidenstams Karl XII. und seine Krieger, übertragen von Gustav Bergmann /München, Langen/, sehr willkommenen Zuwachs. Noch viel bekannter und vertrauter sollten uns die großen schwedischen Phantasten sein, in deren Weltfahrten vielleicht zu einem kleinen Teil auch der Heldenmut sich umsetzt, dem es verwehrt ist sich politisch ausreichend zu betätigen. Wohl steht Strindberg fern über allen, er hat in sich den ewigen Geist Asiens. Doch auch die europäischen Skandinaven streben, wie

immer auch unvollkommen, über den materiellen Europäismus hinaus. Es mögen ganz merkwürdige physiologische Konstellationen in diesen Schweden sein, Trunksucht und Mystik sich Wechselwirkung gebend, die größten sehr einsam machend. So hell und stark, so sinnlich und rein, wie manche Schwedin aussieht und spricht, klingt auch ihre seltsame Literatur in uns an. Es gibt nur wenige historische Erzählungen, die das tiefere Wesen eines geschichtlichen Ereignisses oder Menschen kundtun. Das politische Ergebnis ist ja nur die eine Seite. Auch was wir kulturpolitisch nennen, ist oft nur äußerlich. Aber wie ein Mensch 70 Jahre erfolgreich leben kann, und wenn es zum letzten geht, froh ist als Quotient irgendeine, bis dahin ganz unbemerkte Wandlung seiner geistigen Konstitution buchen zu können, so steht hinter der vagen Spur der Geschichte oft ein Sinn, den nur Hellhörige zwischen den Zeilen der Historiker finden. (Das Größte hat Strindberg in seinen Historischen Miniaturen gegeben.) Karls XII. Leben ist gewaltig. Mit dem gewohnten Stempel ist seinem Charakter nicht beizukommen. Er ist einer von den Menschen, die vom Gift, von der Gabe der Ewigkeit etwas bekommen haben und daher außerhalb des sozialen Zusammenhangs stehen. All solche Indrasöhne sind Träger geistiger Aufgaben. Daß Karl XII. einen solchen Sinn bedeutet, vielleicht auch, welchen Sinn er bedeutet, will Heidenstam uns sagen.

×

Kurze Chronik Der junge Dichter Reinhold Sorge ist auf dem Schlachtfeld gefallen. Gerade jetzt kam ein Werk von ihm heraus, ein Drama vom König David. Es wird in dieser Rundschau noch von ihm gesprochen werden müssen. Kaum 30 Jahre alt fiel Heinrich Schnabel, ein junger Münchener Schriftsteller. Er war ursprünglich Wissenschaftler, widmete sich dann der Schriftstellerei. Er hat bei Singer in Straßburg Ausgaben vom Kardinal Retz und vom Magister Lauckhardt erscheinen lassen. Ein Einakter, Die Wiederkehr, ist von einem Regerschüler, Unger, vertont worden. An einer tödlichen Verwundung starb Felix Schloemp, bekannt als Verfasser der Meschuggenen Ente, des Lachenden Erdballs und des Perversen Maikäfers: ein unentwegt lustiger Barbesucher des modernen Berlins, der auch im furchtbaren Ernst des Weltkriegs die Haltung

nicht verlor. × Im August starb in einer Vorstadt von Brüssel Charles Gueux. Er hieß eigentlich Guillaume, hatte aber den Namen Gueux angenommen, um sich so zum Volk zu bekennen; denn er war der Dichter der belgischen Arbeiterklasse. Viele Jahre litt er unter schwerer Krankheit. Er war auch in der Redaktion des Peuple beschäftigt und schrieb eine Geschichte des revolutionären Liedes. × Am 15. September starb José Echegaray. In Deutschland ist dieser bedeutendste moderne Dramatiker Spaniens hauptsächlich durch seinen Galeotto bekannt geworden, der, von Paul Lindau übersetzt, mit Kainz in der Hauptrolle im Deutschen Theater L'Arronges aufgeführt wurde. An Fruchtbarkeit in der dichterischen Produktion kam er den großen spanischen Vorbildern Calderon und Lope nahezu gleich. × Am 7. September starb die Nichte Heinrich Heines, Frau Helene Hirsch-Emden, 80 Jahre alt, in Charlottenburg. Sie hat ihren großen Oheim in seiner Matratzengruft in Paris oft gesehen, und sie konnte viel von ihm erzählen. Sie war selber ein feiner Mensch. × Die schweizerische Schillerstiftung hat Alexander Castell (Zürich), Frank Grandjean (Genf), Dominik Müller (Basel) und Albert Steffen (München) je ein Ehrengeschenk von 1000 Franken überwiesen.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Jaffé †

Dr. Ernst Jaffé, der während meiner Einberufung diese Rundschau weiterführte, ist am 24. August plötzlich gestorben. Er ist 43 Jahre alt geworden. Als Kunsthistoriker hat er sich besonders mit den deutsch-römischen Landschaftsmalern befaßt, die in Olevano den Fleck Erde gefunden zu haben glaubten, der ihnen die Voraussetzungen zur *heroischen Landschaft* zu bieten schien. Gemeinsam mit Professor Dr. Reinhold Freiherrn von Lichtenberg hat Jaffé ein Säkularbuch 100 Jahre deutsch-römischer Landschaftsmalerei herausgegeben, das sich durch einen beträchtlichen Bilderatlas auszeichnet. Der Persönlichkeit, die als die stärkste in diesem Olevanoer Kreis stand: Jos. Anton Koch, hat er früher schon eine Monographie gewidmet und vor allem die Rumfordsche Suppe, dieses prächtige Spektakelstück eines mit der gan-

zen Welt unzufriedenen Künstlers, neu herausgegeben. Vor einigen Jahren ist im Verlag von Julius Bard in Berlin eine Auslese aus dem Vasari erschienen, eine kritische Bearbeitung, die durch ihre Umsicht Beachtung gefunden hat. Von vielem Ballast befreit, wird Vasari in dem gezeigt, was heute noch von allgemeinem Interesse an ihm ist.

Mehr und mehr hatte Jaffé sich schließlich modernen gewerblichen Problemen zugewandt. Die Glas- und Porzellanindustrie war das Gebiet seiner besonderen Bemühungen. Als Mitglied des Leipziger Meßausschusses, als Herausgeber einer eigenen Fachzeitschrift bemühte er sich unablässig um diese Gewerbe. Besonders besorgt war er dabei stets um ihre qualitative und künstlerische Hebung. Im stillen, wie es seine Art war, hat er nach dieser Richtung hin fruchtbare Anregungen gegeben, er hat Industrielle und Künstler zusammengebracht, hat gepflegt, gefördert und ermutigt. Mit gleichem Eifer umschloß er auch die anderen Gebiete modernen Gewerbeschaffens. Von dieser Seite haben ihn die Leser der Sozialistischen Monatshefte im letzten Jahr kennen gelernt. Seine feine literarische und kunstkritische Art war Ausdruck seines Wesens; allenthalben war er bemüht Freund und Förderer zu sein.

×
Kriegerdenkmä- Der Bund deutscher Künstler
 ler und Gelehrter, der sogenannte Kulturbund, dessen Kunstauschuß keine andere Frage als die Errichtung von Kriegerdenkmälern zu kennen scheint, hat jetzt ein Preisausschreiben für »kleinere Kriegs- und Kriegerdenkmäler« erlassen. Es stehen 15 000 Mark zur Verfügung, die für derartige Entwürfe zur Verausgabung gelangen werden. Der Bund will nicht, wie man von ihm erwartet hätte, die Autorität seiner großen Namen einsetzen, um zu verhüten und zu verhindern. Er stellt sich auf den Standpunkt derer, die die Zeit für die Errichtung solcher Steine nicht abwarten können, die so bar alles sozialen Empfindens sind, daß sie auch in den gegenwärtigen Tagen nicht einzusehen vermögen, daß jeder, aber auch jeder Betrag, der für gemeinnützige Zwecke flüssig ist, nicht für Steinwerk sondern für Organisationen zur Kräftigung des siechen Volkskörpers zu verwenden wäre, und daß noch lange über den Krieg hinaus alle etwa überschüssigen Summen des privaten oder öffentlichen Besitzes ledig-

lich für diese Zwecke verausgabt werden dürften. Das Leipziger Völkerschlachtdenkmal (so wenig es auch künstlerisch geraten ist) ist 100 Jahre nach der Schlacht von einem Geschlecht von Enkeln und Urenkeln errichtet worden. Aufgabe, würdig eines Bundes, der diesen Namen sich gewählt hat, wäre es gewesen das Volk aufzuklären, daß es nicht eigentlich unsere Sache sondern Sache eines zukünftigen, von den gegenwärtigen Wunden genesenen Deutschlands ist in dieser Form den Dank für geleistetes Heldentum abzustatten. Für eine solche Agitation wären jene 15 000 Mark ein höchst willkommenes Kapital gewesen. Statt dessen erklärt der Bund in der Begründung zu dem Ausschreiben, er wolle »nicht nur schlechte und übereilte Monumente verhindern sondern mithelfen gute zu schaffen«. Womit diese Agitation noch verstärkt wird. Bei anderer Gelegenheit schon habe ich in dem ersten Kriegshalbjahr in dieser Rundschau (1915, 1. Band, pag. 323 f.) diese Gier nach Denkmälern, die man am liebsten schon fertig hätte, bevor die Schlachten noch geschlagen sind, diesen Übereifer einzelner Gruppen als eine Keckheit bezeichnet, die auch aus der ästhetischen Besorgnis heraus nicht zu rechtfertigen ist. Ich habe damals den Brief eines Feldwebels zitiert, in dem der Wunsch ausgesprochen war das für tote Denkmäler bestimmte Geld lieber zur Fürsorge für die Familien der gefallenen Kameraden zu verwenden und, wo unbedingt etwas Sichtbares geschaffen werden soll, lieber für die nachwachsenden Spielplätze und Spielwiesen zu stiften. Jetzt, nachdem ich als Soldat ganz in die Nähe der Menschen gekommen bin, deren Taten man so zu ehren gedenkt, weiß ich, daß alle, die draußen sind und die ziemlich genau wissen, woran es fehlt, so denken. Die Kämpfer, deren Heldentum so schnell verewigt werden soll, haben für diesen Eifer kein Verständnis; mit Recht wird darin eine gewisse Pietätlosigkeit gesehen, daß man sich so dringlich um die Steine und so gar nicht um die Menschen bemüht. Es ist sehr zu bedauern, daß der Kulturbund sich auch in diesen Strudel hat hineinreißen lassen, daß er nicht Kraft genug in sich hatte, um sich diesen Strömungen entgegenzustemmen. Wie ein erster falscher Schritt immer weitere Bedenklichkeiten erzeugt, erhellt auch dieses Ausschreiben. Eine der Absichten ist die besten der einlaufenden Arbeiten in einem Sammel-

werk zu veröffentlichen und die Künstler, die auf diesem Weg dem Kulturbund vorteilhaft bekannt werden, durch die in Aussicht genommene Beratungsstelle Denkmalsauftraggebern zuzuweisen. Eine Beratung, die selbstverständlich über den Krieg hinaus vorgesehen ist. Der Einsendetermin der Arbeiten ist auf den 25. Oktober 1916 festgesetzt; das heißt, alle die Architekten und Bildhauer, die nicht zu Hause bleiben konnten, sind nicht nur darin benachteiligt, daß sie für die Preise und die Veröffentlichung nicht in Betracht kommen, auch über diesen Wettbewerb hinaus sehen sie eine solche Organisation sich für ihre ohnedies bevorzugten Genossen einsetzen.

× Kurze Chronik Die Kunstdeputation der Stadt Berlin hat zur Unterstützung der Architekten 3 Preis ausschreiben im Gesamtbetrag von 40 000 Mark erlassen. Ein Teil des Volksparks in der Wuhlheide soll als Heldenain ausgestaltet werden; für die Umgestaltung von Bauvierteln im alten Westen werden Vorschläge verlangt und ferner Entwürfe für Kabelmaste der elektrischen Straßenbahn, für Lichtträger der Straßenbeleuchtung, für Uhrgehäuse, Straßenbrunnen, Fernsprechhäuser, Zeitungskioske, öffentliche Bedürfnisanstalten, Wartehallen und dergleichen städtische Einrichtungen. × Paul Branns Marionettentheater soll demnächst einen ständigen Sitz in Berlin erhalten. Vorgesehen sind die Ausstellungshallen am Zoologischen Garten. Pankok wird für die Spiele den architektonischen Rahmen schaffen. × Als eine der bedeutendsten Arbeiten Schlüters ist jetzt das große Giebelrelief an dem Palast Krasinski in Warschau nachgewiesen worden. Es stellt eine Begebenheit aus der Geschichte Roms dar, den von Livius geschilderten Zweikampf eines gallischen Riesen mit dem Marcus Valerius Corvus, von dem die Krasinski ihr Geschlecht ableiten. × Zu dem Wettbewerb für das Haus der Freundschaft in Konstantinopel (siehe diese Rundschau, 1916, 2. Band, pag. 726) sind vom Werkbund 12 Architekten, darunter Poelzig, Endell, Taut, Behrens, Paul, Fischer, Riemerschmid, Gropius und Elsässer, nach Konstantinopel entsandt worden.

× ×

Literatur Ein amüsanter Buehlein Die schwarze Liste ließ Hans Reimann erscheinen /Leipzig, Kurt Wolff/. Auf diese schwarze Liste sind die hauptsächlichsten Plakatmacher gesetzt, die von einem sehr ungenierten geistigen Mundraub leben. Von den gut gehenden Plakatiern wird nämlich, nachdem der einmal entfachte künstlerische Ehrgeiz dem Geschäftsgeist wieder gewichen ist, das Plagiiieren aufs schamloseste betrieben. Der Rat eines dieser Plakatatelierchefs an seine Angestellten zu nehmen und seelenruhig zu übernehmen, da man ja doch nicht fähig sei die Sache besser zu machen, scheint so die Reihe um Schule gemacht zu haben. Reimann schöpft aus einer unerschöpflichen Quelle, wenn er neben einander abbildet, woher die Deutsch, Szafranski, Weidenschlager, Bolz usw. ihre Ideen beziehen. Da sind die Gulbransson, Wilke, Paul, Thöny, Sem, Poulbot, Penfield, Leyendecker, Egger-Lienz, der Simplicissimus, die Jugend, der Wieland, die Assiette au Beurte, die Gazette du bon ton und wer weiß was noch geplündert wird. Serienweise gleich. Einer hat ein Abonnement auf Wilke, einer eins auf Gulbransson, und die Zeichner der Assiette au Beurte, die War und Placek, revanchieren sich jetzt, indem sie sich an Thöny gütlich tun. Nicht alle sind so ungeschickt wie einer unserer beliebten Berliner Zeichner, der einmal das Durchpausen so weit trieb, daß er auch noch den Namen des Entwurfsers mit reproduzierte. Auf dem Blatt überreicht nämlich irgend jemand einer Dame ein Schmuckkästchen, auf dessen Innendeckel der Zeichner seinen Namenszug setzte. Unser Abzeichner hat sich wohl gedacht, daß das eine großartige Pariser Juwelierfirma wäre, und hat mit dieser Kenntnis der Pariser Lebeweltverhältnisse zu renomieren gedacht, indem er den Namen des nicht gerade unbekanntes Zeichners deutlich genug wiedergab. Diese hübsche Art der Selbstentlarvung hätte sich recht gut in dem Buehlechen Reimanns gemacht, der Geschmack genug hat das alles nicht allzu tragisch zu nehmen. Wenn er bei der Gelegenheit einmal auch mich vornimmt, so muß ich das reumütigst annehmen; ich war in dem betreffenden Fall eben etwas zu wohlwollend mit meinem Urteil, und das darf man sich anscheinend nicht gestatten.



ADOLPH VON ELM / NACH EINER AUF-
NAHME AUS DEM JAHR 1912